

5674

ZEITSCHRIFT FÜR

Zeitschriften
Kardex-Kontrolle
24. MAI 1956
Hamburgisches
Web-Miscellants-Archiv

GEO POLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG **5** MAI 1956

Weltherr Amerika?

Das Dilemma des weißen Mannes

Südostasien-Pakt

Revolution im Wehrdenken

Das bayerische Zonenrandgebiet

Vom Schicksalsweg der deutschen Universität

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSOZIOLOGIE
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG

Postverlagsort Darmstadt

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 5 · 1956

INHALT

Volk und Welt

Rolf Hinder:	Weltpolitische Umschau	1
Ernst van Loen:	Weltherr Amerika — Von der westlichen Hemisphäre zur planetarischen Machtergreifung	3
Bericht des Instituts:	Ist Souveränität neutralistisch? — Zur indischen Politik der Unabhängigkeit und Nichteinmischung	7
Carl G. Wingenroth:	SEATO — Lösung von gestern?	11
zu Heinz H. Heinisch:	Südostasien	16

Selbstbehauptung und Sicherheit

Nikolaus Koch:	Revolution im Wehrdenken	17
Berichte des Instituts:	Wehrpflicht im Zwiespalt — Zur Frage der Verweigerung von Massenmord	25
	Der Standort der Evangelischen Kirche	25
	Zur katholischen Kriegstheologie	28
Nikolaus Koch:	Beispiel einer verfehlten Wehrpolitik	29
Nikolaus Koch:	Das Dilemma des weißen Mannes	31

Mensch und Raum

Werner Müller:	Dorf am Eisernen Vorhang	33
Karla Drabsch:	Schöpferischer Einsatz an der Grenze	38
Georg Müller:	Das bayerische Zonenrandgebiet	45

Geist und Tat

Hans W. Hagen:	Greifswald und der Schicksalsweg der deutschen Universität — Preußens älteste Hochschule begeht ihr 500. Stiftungsfest	48
----------------	--	----

MITARBEITER

Drabsch, Karla	Kunsthandwerkerin, Pleystein/Opf.
Hagen, Hans W.	s. Heft 1/1956
Koch, Nikolaus	Dr. phil., Witten/Ruhr, Trienendorfer Straße 3
Loen, Ernst van	s. Heft 3/1956
Müller, Georg	Dr. phil., Institut für Raumforschung, Bad Godesberg, Deutschherrnstraße 62
Müller, Werner	Lehrer, Mühlfeld, Kreis Mellrichstadt/Ufr., Schulhaus
Wingenroth, Carl G.	s. Heft 2/1956

Preis des Einzelheftes: DM 2.30. Vierteljahresbezug: DM 6.50.

Postscheck: Kurt Vowinckel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3

Weltpolitische Umschau

Für die industrielle Weltmacht des „Westens“ ist die Erde zum Warenstapel- und Umschlagplatz geworden. Der Kampf um die Rohstofflager und um die Konsumentenmassen ist entbrannt, seit die eigenen Gebiete den grenzenlosen Planungen nicht mehr hinreichend Raum bieten. Die Überproduktion der industriellen und agrarischen Monokulturen läßt nach neuen Märkten und Rohstoffbasen, endlich nach der Verfügungsgewalt über alle Schätze und Menschen der Erde verlangen.

Industrieller Materialismus macht blind für die außermaterialistischen Lebensbereiche und für die Empfindungen und Interessen einer nicht oder noch nicht industrialisierten Welt. Gemeinschaft höherer Ordnung, mündige Völker, Würde der Einzelperson und nationale Unabhängigkeit sind nicht gefragt. In der Endphase des Imperialismus steht die Menschheit nur noch als globaler Arbeits- und Konsumentenmarkt für die Produktions- und Absatzplaner zur Diskussion.

Die moderne industrielle Großraumwirtschaft mit ihrer Tendenz zur Automation drängt zur planetarischen Machtergreifung. Die Methoden sind Entmündigung und Beherrschung der Völker durch politischen Interventionismus und Plutokratisierung ihrer Staaten. Die potestas oeconomia, die an Stelle der potestas spiritualis getreten ist, dirigiert auch die Vorbereitung eines künftigen Großkrieges, in dem die wirtschaftsimperialistische Welt den Sowjetimperialismus als den letzten ernst zu nehmenden Widerstand aus dem Felde zu räumen hofft.

Wir befinden uns gegenwärtig im Vorbereitungsstadium eines imperialistischen Großkrieges. Seine Wurzeln liegen im ökonomischen Materialismus der Weltmächte, in dem innerlich abgewirtschafteten System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Gegenterror der sowjetrevolutionären Welt. Die scheinbar „unerschöpflichen Möglichkeiten“ der beiden, sich für die Endauseinandersetzung rüstenden Rivalen werden im Kalten Kriege als psychologische Hilfsmittel eingesetzt, um die Suggestion der unerläßlichen Teilnahme bei den europäischen und asiatischen Völkern auszulösen. In Deutschland hat sie 1950 zur militärischen Prostitution an den Westen und zur Militarisierung der Ostzone geführt. Der verbrecherische Wahnsinn zweier deutscher Armeen wird heute verschleiert durch das verantwortungslose Gerede von der Notwehr auch dem „verbrecherischen Bruder“ gegenüber¹⁾.

Aber während die Amerikaner deutsche Generale zu Truppenparaden einladen, mit denen sie sich im Zeichen der bedingungslosen Kapitulation nicht an einem Tisch niederlassen wollten und die sie noch in Nürnberg der Todesstrafe oder einer jahrelangen Zuchthaushaft für würdig befanden, hat die Stunde einer neuen Entwicklung geschlagen. Die Fragwürdigkeit der militärischen Paktpolitik in West und Ost wird den betroffenen Völkern immer deutlicher ersichtlich. Die Forderung nach Umbau der militärischen Kombinationen in Instrumente schöpferischer Weltwirtschaftspolitik dringt unüberhörbar in die Ohren der Atomstrategen

¹⁾ Vgl. dazu die Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Jaeger, zu der Frage, ob nicht der künftige westdeutsche Soldat in einen Gewissenskonflikt kommen müsse in Anbetracht der Tatsache, daß auch „drüben“ Deutsche stehen (auf einem Diskussions-Abend in Bonn, März 1956).

und Vernichtungsplaner. Die Mächtigkeit außerimperialistischer Probleme läßt sich nicht länger in den Hintergrund drängen. Aus der Tiefe der Räume, gewaltlos aber eindringlich, erhebt sich eine „steigende Menschenflut“ und meldet das geopolitische Gesetz einer neuen Epoche an.

Niemand hat diesen Vorgang in so großartiger Sicht auf knappem Raum zusammengefaßt wie der Engländer John Boyd Orr in seinem Buch über das Dilemma des weißen Mannes. Das alarmierende Kennzeichen der gegenwärtigen Lage sei die Tatsache, „daß durch die Ausbreitung des technischen Wissens jetzt praktisch alle Länder, bei denen das bisher noch nicht der Fall war, im Begriff sind, in diese Phase einer explosionsartigen Bevölkerungszunahme einzutreten“¹⁾. Der einseitig industriell ausgerichtete Ökonomismus des Westens verliert an Gewicht in Anbetracht der ernährungswirtschaftlichen Probleme, die mit dem Bevölkerungswachstum in den Mittelpunkt der Weltpolitik rücken und durch bloßen Industrialismus ebenso wenig wie durch einen Vernichtungskrieg zu bewältigen sind.

Die Zahl der Menschen, denen die Erde Nahrung geben kann, hängt von der Ausdehnung und Fruchtbarkeit des Ackerlandes ab, das John Boyd Orr als „das kostbarste Gut der Menschheit“ bezeichnet. Der Heger der Bodenfruchtbarkeit war und ist der Bauer, der den bestellbaren Boden in seine Obhut und Verwaltung genommen hat. Heute, da die Soziologie von einem Vordringen der industriellen Gesellschaftsverfassung in den bäuerlichen Bereich spricht und sich nicht darin genug tun kann, das Übergewicht der industriellen Lebensform zu unterstreichen, ergeht der Anruf an die Menschheit, die bäuerliche Aufgabe der Hegung von Bodenfruchtbarkeit und Ackerland auch im industriell-städtischen Bereich mitzuübernehmen.

Nahrungssorge und Freiheitswille erfordern eine neue Politik. Die Aufbrüche in der farbigen Welt, nationaler, völkischer, raumgebundener Kräfte, nicht nur in Südostasien, sondern auch in Mittelost und Nordafrika, die Unbestechlichkeit und Selbstbewußtheit der „Neutralen“ in Mittelasien, Mitteleuropa und auf dem Balkan, das alles hat einem organischen Denken im Weltmaßstab neue Impulse verliehen und gewisse Vorstellungen von „freier Welt“ im richtigen Licht erscheinen lassen. Heute steht der Eigenständigkeit und dem Ansehen der sogenannten Neutralen nurmehr das Zerrbild der totalitären Blockpolitik gegenüber. Mag diese kollektivistisch oder liberalistisch gefärbt sein, sie kann nicht länger verbergen, daß sie im Grunde der eigentliche Erbe eines haßerfüllten nationalistischen Imperialismus ist, den sie, als Befreiungsdroge kaschiert, den nach Mündigkeit verlangenden Völkern anzupreisen sucht.

Der Auftrag der Geschichte geht in Richtung Mündigkeit, Mündigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft. Nur wo Mündigkeit herrscht, ist Freiheit. Nur wo um Mündigkeit gerungen wird, wird für die Freiheit gekämpft. Der Totalitarismus östlicher Diktatur ist ebenso Widerpart der Mündigkeit wie der Totalitarismus der westlichen Kapitaldiktatur. Freiheit als Betrugsparole kapitalistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungspraktiken hat ebenso an Zugkraft verloren wie die Erweckungsparolen des weltrevolutionären Chiliasmus. Die Tatsachen sprechen eine härtere Sprache. Die Völker wissen um den Mangel an Nahrungsraum, um die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Ernährungsbasis, um ihr Bedürfnis eines höheren Lebensstandards in den unterentwickelten Räumen, sie wissen um die wachsenden Bevölkerungszahlen. Im Durchbruch ihrer nationalen Erhebung haben sie rasch ihre Illusionen abgestreift. Sie wissen heute um die Schwierigkeiten zufriedenstellender, korruptionsfreier, Sicherheit gewährender Staats- und Gesellschaftsordnungen. Indonesien, Birma, Ägypten sind nur drei Beispiele dafür. Sie suchen nach neuen Formen der Zusammenarbeit und des Miteinanderhandelns, Formen, die korporativ der Vielfalt der Stände und der Verschiedenheit der Völker, Rassen und Herkünfte gerecht zu werden vermögen.

Rolf Hinder

¹⁾ John Boyd Orr: Werden nur die Reichen satt? Vgl. die Besprechung dieses grundlegenden Werkes S. 31 f.

Weltherr Amerika

Von der westlichen Hemisphäre zur planetarischen Machtergreifung*)

ERNST VAN LOEN

Am Anfang der Geschichte des modernen Amerika steht der feierliche Protest eines Präsidenten gegen den Interventionismus und Imperialismus des alten Europa. Am 2. Dezember 1823 untersagte Präsident Monroe in einer an den US-amerikanischen Kongreß gerichteten Botschaft jede Einmischung außeramerikanischer Mächte in Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents. Der Protest richtete sich gegen die damaligen europäischen Kolonialmächte, vor allem gegen die maritime Weltmacht England. Amerika wollte sich die Erschließung seiner unterentwickelten, noch unberührten Gebiete selbst vorbehalten. Es zog eine Linie durch den Atlantik, die auf dem 20. Längengrad westlich von Greenwich verlief. Jenseits dieser Linie wurde jede Landnahme durch europäische Mächte verboten.

Westliche Hemisphäre

Damit wurde der Ausdruck „Westliche Hemisphäre“ geprägt als der Begriff eines kontinentalen Großraumes. Die USA grenzten ihren Interessenbereich ab, eine Zone ihrer special interests. Der Bereich wurde fortan zur Selbstverteidigungszone der USA. Jeder Eingriff in die machtpolitischen Verhältnisse dieser Zone galt als Angriff auf die USA. Monroe-Doktrin und das Denken in „westlicher Hemisphäre“ bestimmten die US-Außenpolitik durch das 19. Jahrhundert.

Die auf dem 20. Längengrad gezogene Demarkationslinie war zunächst rein defensiv gedacht. Aber es handelte sich dabei von Anfang an um mehr als eine Linie nur äußerer Interessenabgrenzung. Die Selbstisolierung nahm man vor nicht ohne offensive Tendenz gegen das geistige Europa. Raumpolitisch richtete sich die Demarkation gegen den Kolonialismus des einstigen britischen Mutterlandes. Geistespolitisch war sie gegen das monarchische, legitimistische und konservative Europa Metternichs und der Heiligen Allianz gerichtet. Wenn die USA während der napoleonischen Wirren England und nicht der kontinentalen Hegemonialmacht Frankreich den Krieg erklärten, so trafen sie mit England nicht nur den Repräsentanten des europäischen Imperialismus, sondern zugleich den Gegenspieler gegen die Ideen der Französischen Revolution.

Das Amerika des 19. Jahrhunderts betrachtete sich als Beschützer desjenigen Geistes, der mit der Französischen Revolution von 1789 zum Durchbruch gelangt war. Mit der Erklärung der Menschenrechte war Amerika dieser Revolution selbst um ein Jahrzehnt voraus. So begleiteten seine Sympathien den Siegeszug der demokratischen Ideen in der alten Welt. Im Überschwang der revolutionären Gefühle zog man die geistig-politische Trennungslinie gegen das alte Europa als gelte es, eine „unverdorbene jungfräuliche Welt“ durch eine Art „Quarantäne“ und „Pestkordon“ als „gesundes Land gegen eine verseuchte Gegend“ abzuschirmen.

*) Die Darstellung folgt der Untersuchung von Carl Schmitt über das westliche Hemisphären-Denken sowie über die Interventions- und Anerkennungspraxis der USA. (Vgl. *Der Nomos der Erde*, Köln 1950, S. 250 ff.)

Von tiefer Verachtung erfüllt gegen den europäischen Kontinent, als dessen Repräsentanten sie das britische Weltreich ansah, betrachtete sich die neue Welt als Asyl derer, die Europa verließen, um das Reich der Freiheit zu suchen. Von Amerika sollte die Neugeburt der Menschheit ausgehen, eine Periode der Wohlfahrt und des Weltfriedens, Puritaner, Rationalisten und Materialisten sollten das Gesetz der Demokratie bestimmen. Jenseits ihrer Sphäre war das Reich des Bösen, des permanenten Krieges, der Ausbeutung, der Unfreiheit, das Reich, in dem „die Unterscheidung von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, von anständigen Menschen und Verbrechern durch falsche Situationen und falsche Habits verwirrt“ wurde. Die Unterscheidungslinie zwischen alter und neuer Welt galt als Grenze der moralischen Verwerfung. Aber Amerika würde die Welt schon von dem Ungeist des verdorbenen, korrupten Europa befreien und ein Gegengewicht, ja das Gegengift gegen den verwesenden Kadaver Europas bilden. Es würde die ungelösten Probleme des Jahrhunderts lösen, indem es die sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen, atheistischen und nihilistischen Bewegungen in seiner reinen Welt des Anstandes und der Gerechtigkeit zur harmonischen Auflösung brächte.

Dennoch bedeutete der Protest gegen das alte Europa nicht etwa, daß man sich fortan als außerhalb der europäischen Zivilisation und Völkerrechtsgemeinschaft hätte empfunden. Der Begriff der „westlichen Hemisphäre“ deutete bereits an, daß man sich durchaus europäisch-okzidental, aber als das eigentliche und wahre, echte und freie Europa empfand. Amerika beschlagnahmte den Okzident für seine neue Welt.

Einmischung vorbehalten

Während des 19. Jahrhunderts erweiterte die amerikanische Politik die Monroe-Doktrin. Ihr Anspruch wurde auf den gesamten amerikanischen Kontinent einschließlich der sich bildenden mittel- und südamerikanischen Staaten ausgedehnt. Solcher Ausdehnung des Begriffes „westliche Hemisphäre“ lag noch eine kontinentale Raumvorstellung zugrunde. Aber die Doktrin wurde bestimmt durch das Doppelgesicht von Forderung nach Nichteinmischung (der anderen in die amerikanischen Verhältnisse) und eigenem Vorbehalt von Intervention. Mit derselben Doktrin, mit der die Nichteinmischung Europas in die Angelegenheiten des amerikanischen Großraumes gefordert wurde, proklamierte man den Vorbehalt der eigenen Einmischung in alle Angelegenheiten des amerikanischen Großraumes. In dieser Form blieb der US-amerikanische Interventionismus bis Ende des Jahrhunderts auf die „westliche Hemisphäre“ begrenzt.

Ein entscheidender Bruch trat mit den beiden Weltkriegen ein. Durch zweimalige Kriegführung gegen das kontinentale Europa haben die Vereinigten Staaten zwei europäische Staatenkriege nacheinander in Weltkriege verwandelt. Sie haben damit die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa und in der Welt autoritär an sich gezogen, ihren Interventions-Vorbehalt über die westliche Hemisphäre hinaus ausgedehnt und ihren Weltführungsanspruch angemeldet. Amerika ist seither aus einer freiwilligen Selbstbeschränkung und Isolierung herausgetreten. Es hat den Schritt zur globalen Interventionsmacht vollzogen.

Den ersten entscheidenden Niederschlag fand das neue Weltmachtdenken Amerikas in der sogenannten Stimson-Doktrin. Der amerikanische Staatssekretär Stimson proklamierte am 7. Januar 1932 eine Doktrin, derzufolge die USA einen

Anspruch auf Intervention im globalen Maßstab anmeldeten. Nach dieser Doktrin bestimmen die USA „über alle Unterscheidungen in westliche und östliche Hemisphären hinweg“ über die Rechtmäßigkeit wichtiger Gebietsveränderungen an irgendwelchen Punkten der Erde. Durch die neue Anerkennungspraxis wurde eine formelle Interventions-Maxime zur „Norm“ des Völkerrechts erhoben. Die Duldung und Anerkennung des interventionistisch-imperialistischen Grundsatzes wurde von den davon betroffenen Völkern gefordert. Während nach der bisherigen völkerrechtlichen Praxis Konflikte in der Welt durch Gleichgewichts-Systeme lokalisiert und gebannt werden konnten, sollten fortan alle Konflikte „im Namen der Einheit der Welt universalisiert“ werden.

Staatssekretär Stimson wiederholte seine Theorie während des Zweiten Weltkrieges in seiner Erklärung vor den Kadetten von West Point am 9. Januar 1941: Die ganze Erde sei heute nicht größer als bei Beginn des Sezessionskrieges im Jahre 1861 die Vereinigten Staaten von Amerika waren. Damals seien die USA bereits zu klein gewesen, um den Gegensatz der Kriegsparteien auszutragen. Mit anderen Worten: Jeder Krieg, den die USA künftig führten, sei ein globaler Krieg. — Ein weiterer Schritt war die Panama-Erklärung vom 3. Oktober 1939 nach Ausbruch des Krieges in Europa. Durch diese Erklärung wurde die Drei-Meilen-Zone auf 300 Meilen längs der amerikanischen Küste ausgedehnt, bis tief in Atlantik und Pazifik hinein. Die USA verließen den Boden einer kontinentalen Hegemonialmacht und vollzogen den Übergang zur maritim-imperialistischen Existenz. Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg war nur der letzte Akt dieses Übergangs.

Das Ende der Neutralität

Die Entwicklung der Politik der Vereinigten Staaten vom Isolationismus zum Global-Interventionismus sollte das Ende der Neutralität bringen. Die Begründungen, mit denen die Wandlung vollzogen wurde, spielen deutlich genug auf das Ende aller Neutralität an. So erklärte der amerikanische Präsident Wilson unter radikalem Abbruch seiner bisherigen Neutralitätspolitik am 2. April 1917: das Zeitalter der Neutralität sei vorüber. Der Friede in der Welt und die Freiheit der Völker bedingten und rechtfertigten den Eintritt der USA in den europäischen Krieg. So erklärte Roosevelt in seiner berühmt gewordenen Rede vom 5. Oktober 1937: Der internationalen Anarchie und Gesetzlosigkeit, die sich in der Welt zeige, könne man nicht durch bloße Isolation und Neutralität entgehen. — Der amerikanische Generalstaatsanwalt Jackson gab der Neutralität am 31. März 1941 den Todesstoß: „Ich leugne nicht“, so sagte er, „daß sich im 19. Jahrhundert besondere Neutralitätsregeln herausgebildet haben, die auf dem Gedanken der Neutralität beruhen, und daß diese Regelungen durch die verschiedenen Haager Konferenzen ergänzt wurden. Die Anwendung dieser Regeln hat sich jedoch überlebt. Die Ereignisse seit dem Weltkrieg haben ihnen ihre Gültigkeit genommen... Wir sind zu älteren und gesünderen Auffassungen zurückgekehrt.“

Was man unter „gesünderen Auffassungen“ verstand, hatte der amerikanische Völkerrechtslehrer P. S. Jessup bereits im Herbst 1940 klar ausgesprochen: „Die Dimensionen ändern sich heute schnell, und dem Interesse, das wir 1860 an Cuba hatten, entspricht heute unser Interesse an Hawaii; vielleicht wird das Argument der Selbstverteidigung dazu führen, daß die USA eines Tages

am Jangtse, an der Wolga und am Kongo Krieg führen müssen." Der Glaube an die normative Kraft des Faktischen, weltweiter Interventionismus und der unbarmherzige Drang zum einzigen Herrn der Erde bestimmen den geistigen Hintergrund dieser Theorie. Es ist die Arroganz des Weltimperialismus, die den anderen amerikanischen Juristen John B. Whittou den Akt globaler Antizipation in dem Satz ausdrücken läßt: „Früher war die Neutralität ein Symbol des Friedens, jetzt ist sie ... ein Symbol des Krieges geworden.“

Die Geschichte hat es gewollt, daß Amerika gerade in dem Augenblick, da es endgültig den Schritt zur allein bestimmenden Weltherrschaftsmacht vollziehen zu können glaubte, auf einen Gegner traf, der denselben Schritt zur planetarischen Machtergreifung von der eurasischen Festlandsmasse her versucht.

Weltmachtergreifung

An dieser Stelle der amerikanischen Entwicklung muß man die Frage stellen, ob die USA das, was sie am Anfang zu versprechen schienen, verwirklicht haben. Ist von Amerika die Neugeburt der Menschheit ausgegangen? Haben die Amerikaner die Welt vom „Ungeist des verdorbenen, korrupten Europa“ befreit, haben sie die ungelösten Probleme des 19. Jahrhunderts gelöst, die sozialistischen, kommunistischen, nihilistischen Bewegungen in einer reinen Welt des Anstandes und der Gerechtigkeit zu einer harmonischen Auflösung gebracht? Haben sie auch nur die Ansätze zu all diesem gebildet? Man möge nicht auf die Zukunft verweisen und — ähnlich wie im Bereich der Weltrevolutionäre — neue Hoffnung zu nähren versuchen.

Wir leben zu einer Zeit, da das Denken in Hemisphären und Gleichgewichtsstrukturen umgeschlagen ist in ein Denken der planetarischen Machtergreifung. Dem Hemisphären-Denken lag noch die Vorstellung einer Vielheit von Imperien zugrunde, zwischen denen Interessenabgrenzungen ein Gleichgewicht schaffen konnten. Der bisherige Pluralismus hat dem Duell zweier Weltherrschaftssysteme Platz gemacht. Es stehen sich nicht Hemisphären gegenüber, die sich gegenseitig ausgrenzen und ihren gegenseitigen Besitzstand garantieren. Der Ost-West-Gegensatz ist Konfrontation zweier planetarischer Machtsysteme mit Alleinanspruch. Für beide Systeme sind Interventionismus und Imperialismus Methode und Ziel ihrer politischen Existenz. Jede der beiden Seiten hat die Welt in selbstherrlicher Vorwegnahme beschlagnahmt. Jede Seite denkt monistisch-universalistisch, weder plural noch föderativ.

Diese Konkurrenz ist zum offenen Duell geworden. Das imperialistische Ausscheidungsspiel hat die Endrivalen ermittelt, die um die planetarische Macht kämpfen. Das Schicksal der Ausgeschiedenen soll durch keine Neutralität mehr in Freiheit entschieden werden können. Der Welt wird die Alternative zugemutet, zwischen dem Machtmechanismus westlicher oder östlicher Prägung zu wählen, sich für die eine oder andere Weltmachtergreifung des Materialismus zu entscheiden. Die Völker sind in die gefährliche Suggestion gestürzt worden, als ob diese Entscheidung unentrinnbar sei. Das Völkerrecht ist durch globalen Satelliten-Status ersetzt. Es gibt keinen Frieden mehr, sondern höchstens noch Kalten Krieg als Phase der Vorbereitung auf den endgültigen heißen Schlag.

Aber nicht nur Recht und Freiheit der Völker stehen in Frage. Das planetarische Duell der Machtergreifer bedroht das Dasein von Mensch und Erde.

Ist Souveränität neutralistisch?

Zur indischen Politik der Unabhängigkeit und Nichteinmischung

„Ich töte nicht einmal ein kleines Insekt, aber es würde mir ein Vergnügen sein, all die großen Schieber am Galgen baumeln zu sehen, bis sie tot wären.“

„Asiens und Afrikas Völker sind gar nicht so anfällig gegen diese Gefahr des Kommunismus, aber sie fordern die Befreiung von Armut, Krankheit und fremder Herrschaft, und wenn der Westen das nicht begreift, dann sehen eben die Kommunisten automatisch wie Befreier aus.“

„Unsere Zeit wird kommen, so sicher wie das Amen in den christlichen Kirchen.“

Pandit Jawaharlal Nehru

Am 2. Februar 1956 legte Pandit Nehru die Weltlage so dar: Die Welt mache große Anstrengungen für den Wiederaufbau, aber der Gedanke an Zerstörung und Krieg spiele dabei eine gewisse Rolle, so daß eine zweifache Tendenz, Aufbau und Zerstörung in Form von Kriegsvorbereitungen, bestehe. Gefährlicher noch als die Verschwendung von Material und Energie sei die geistige Zwiespältigkeit, die sich in derartigem Handeln ausdrücke. Die Welt habe eine Art von Bewußtseinspaltung entwickelt.

Am 20. März erklärte Nehru vor dem indischen Parlament zur Frage der Militärpakte: „Es ist immer unsere feste Überzeugung gewesen, daß derartige Pakte keineswegs zur Stärkung der Verteidigungskraft in den betreffenden Interessensphären beitragen.“ Gespräche über Abrüstung wirkten lächerlich angesichts solcher Militärpakte und weiterer Kriegsvorbereitungen. „Es ist unsere feste Überzeugung, die von jeder Erfahrung neu bestätigt wird, daß internationaler Frieden nur durch das Bekenntnis und die Ausübung der Fünf Prinzipien (Pancha Sila) heraufgeführt werden kann“¹⁾.

Zur atomaren Strategie erklärte Nehru: „Seit der Herstellung von Atomwaffen ist alles Denken über militärische oder sonstige Angelegenheiten völlig veraltet. Denkende Menschen und verantwortungsbewußte Führer der Völker haben darum den Krieg von ihrem politischen Programm gestrichen.“ In dieser Situation sei es unlogisch, sich an den Kalten Krieg zu klammern. Zur Frage der Abrüstung führte Nehru aus: „Wenn das Ziel wirklich Friede ist, so ist ein wesentlicher Schritt dorthin die Abrüstung, die am besten stufenweise vorgenommen wird . . . Wir setzen uns dafür ein, daß die Herstellung und der Einsatz von Atom- und Wasserstoffwaffen ebenso wie die Versuche mit ihnen bedingungslos verboten werden. Der erste Schritt müßte ein Aussetzen der Atomversuche und eine allgemeine Waffenruhe sein.“

Unabhängigkeit und Neutralität

Die Politik der Unabhängigkeit des indischen Staatsmannes Nehru verteidigte der westdeutsche Vizekanzler Franz Blücher gegen den Vorwurf des „Neutralismus“²⁾. Die Ablehnung des Ost-West-Gegensatzes durch Indien habe die

¹⁾ Zu den Pancha Sila vgl. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 3/1956, S. 1 ff.

²⁾ In einem Vortrag über seine Indienreise, gehalten am 22. Februar 1956 in der Stadthalle zu Bad Godesberg.

westliche Welt stark irritiert. Man könne eine Politik nicht deshalb als „neutralistisch“ bezeichnen, weil sie im gegenwärtigen Konflikt zwischen Ost und West eine Position der Unabhängigkeit einnehme. Unabhängigkeit und Neutralismus müßten unterschieden werden. Eine Gleichsetzung von Unabhängigkeit und Neutralismus würde bedeuten, daß man grundsätzlich jedes Recht zu einer Politik der Unabhängigkeit bestreitet. Indien nehme nichts als das Recht seiner souveränen Entscheidungsfreiheit für sich in Anspruch. Dazu gehöre sogar das Recht zur Neutralität.

Bei der indischen Politik der Unabhängigkeit handelt es sich jedoch nicht einmal um einen Fall von Neutralitätspolitik. Die Frage der Neutralität steht nur im Falle eines Krieges oder für den Fall einer definitiven Neutralisierung eines Staates (z. B. Schweiz) zur Diskussion. Die indische Politik ist eine Politik des Friedens und der Friedenssicherung. Am Beispiel der indischen Politik der Unabhängigkeit aber taucht die Frage auf, ob die Staaten im Kalten Krieg das Recht der souveränen politischen Entscheidungsfreiheit behalten oder nicht. Mit anderen Worten: ob sie verpflichtet sind, sich in strategische Machtblöcke einzugliedern, um dadurch dem Vorwurf des Neutralismus zu entgehen, oder ob sie im Zeichen ihrer Souveränität eine Politik der Unabhängigkeit vertreten dürfen.

Im Westen ist der Eindruck entstanden, als ob in der gegenwärtig aufgespaltenen Welt eine Grundpflicht zur Preisgabe der Souveränität und zur Eingliederung in eine gegebene Machtsphäre bestehe. Die Weigerung, den Satelliten-Status anzunehmen, wird als unerlaubte Handlung angesehen. Man geht von einer selbstverständlichen Pflicht zur Anerkennung des gegenwärtigen Weltdualismus aus und erhebt damit das Unterscheidungsschema von Weltherren und Satelliten zur Grundlage jeder weltpolitischen Betrachtung. Wer sich in dieses Schema nicht einfügt, wird als „neutralistisch“ diskriminiert. Jede nationale Politik der Unabhängigkeit wird letztlich für illegal erklärt.

Die Verächtlichmachung einer Politik der Unabhängigkeit als „neutralistisch“ ist im Grunde eine Verächtlichmachung der Souveränität als Ausdruck nationaler Selbstbestimmung. Ihr liegt die irrige Auffassung zugrunde, als ob nicht nur im heißen Krieg, sondern bereits im Kalten Krieg eine Pflicht zur „Neutralitätserklärung“ besteht, wenn man nicht Gefahr laufen will, dem Lager einem der gegnerischen Machtblöcke zugezählt und entsprechend als Feind behandelt zu werden. Wenn aber eine souveräne Position im Kalten Krieg nur noch unter der Alternative „Eingliederung in einen bestehenden Machtblock oder formelle Neutralitätserklärung“ möglich wäre, stellte man den Kalten Krieg dem heißen gleich. Dann gäbe es überhaupt keinen Frieden mehr. Dann wäre nur noch Krieg. Der Friede wäre dann — in Umkehrung der Clausewitzschen Lehre von Frieden und Krieg — zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln geworden. Die ost-west-gespaltene Wirklichkeit will uns das glauben machen.

Nach der Propaganda des Westens haben die Völker nur noch zu entscheiden, ob sie sich in einen der beiden Machtblöcke eingliedern oder sich ausdrücklich für neutral erklären wollen. Da Eingliederung in einen Machtblock zur Übernahme einer satellitären Position führt, ist eine souveräne Position im Kalten Krieg nur noch in Form ausdrücklicher Neutralität möglich. Damit wird der Unterschied zwischen Souveränität und Neutralität aufgehoben. Neutralität, die nur eine der Möglichkeiten souveräner Entscheidung darstellt, wird hier mit der Souveränität gleichgesetzt. Insofern die Neutralitätspolitik den Interessen der Macht-

blöcke zuwiderläuft und einer Diskriminierung als „neutralistisch“ ausgesetzt ist, wird der Angriff auf die Neutralitätspolitik zugleich zu einem Angriff auf die Souveränität. Die Diskriminierung der Souveränität als „neutralistisch“ bezweckt die Zerstörung jeder souveränen Unabhängigkeitsposition im Frieden und gleichzeitig jeder echten Neutralitätsposition für den Fall eines Krieges.

Nichteinmischung und Unabhängigkeit

Franz Blücher kennzeichnete die indische Politik der Unabhängigkeit auch als eine Politik der Nichteinmischung. Indien verstehe den Begriff der Nichteinmischung nicht nur negativ als Pflicht zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, sondern auch positiv als Pflicht zur Anerkennung der souveränen Entscheidungsfreiheit der Völker bei der Regelung ihrer inneren und äußeren Angelegenheiten. Nichteinmischung heißt nicht nur: sich selbst der Einmischung enthalten. Nichteinmischung heißt auch: den anderen das Recht souveräner Handlungsfreiheit zubilligen. Nehru hat bekanntlich nach dem Besuch Chruschtschews und Bulganins in Neu-Delhi bewiesen, wie ernst es ihm mit seiner Politik der Nichteinmischung ist. Er erklärte die Kommunisten öffentlich für Feinde der indischen Unabhängigkeit und der neuen sozialen Ordnung Indiens.

Ost und West können keine klare Haltung in der Frage der Nichteinmischung einnehmen. Als global-zentralistische Interventions-Systeme glauben sie, trotz aller feierlichen Bekenntnisse zur Achtung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, auf die Vorbehalte ihrer Diskriminierungs- und Einmischungspraktiken nicht verzichten zu können. Sie praktizieren ihre Nichteinmischung so, wie sie einst von Talleyrand auf die Frage, was denn Nichtintervention sei, erklärt wurde. Talleyrand sagte: Nichtintervention ist ein geheimnisvolles Wort. Es bedeutet ungefähr dasselbe wie — Intervention. — Eine echte Politik der Nichteinmischung kann nur ein Staat vertreten, der sich selbst der Einmischung in die Verhältnisse der anderen enthält, in seiner politischen Struktur anti-kolonialistisch und anti-imperialistisch ist.

Politik der Unabhängigkeit ist zugleich Politik strikter Nichtintervention. Anders wäre Unabhängigkeit im Völkerleben nicht mehr möglich. Sie ist Abwehr fremder Einmischung und Bekenntnis zur eigenen Nichteinmischung. Die indische Politik erfüllt diese Voraussetzungen. Sie ist anti-kolonialistisch und anti-imperialistisch. Sie wird getragen von den Antrieben eines neuen Machtdenkens, dessen Stärke in der Gewaltlosigkeit und im Verzicht auf die gewaltpolitisch-interventionistischen Prinzipien der imperialistischen Großmächte liegt. Sie hat bewiesen, daß selbst Einmischung und Fremdherrschaft Einhalt geboten werden kann, ohne daß man an die Gewalt appelliert oder sich imperialistischen Blockbildungen einverleibt.

Die Möglichkeit zu einer gleichen Politik der Unabhängigkeit für Deutschland und Europa abwägend, meinte Blücher, die Lage Indiens sei nicht mit unserer Situation zu vergleichen. Für diese Behauptung blieb der Vizekanzler den Beweis schuldig. Als Repräsentant westdeutscher Politik hatte er offenbar die Unmöglichkeit einer deutschen Politik der Unabhängigkeit zu vertreten. Sein Widerspruch wurde offenkundig, als er einerseits das unentwickelte, niedrige Industriepotential Indiens dem großen Wirtschaftspotential Westdeutschlands gegenüberstellte, andererseits aber eine Politik der Unabhängigkeit gerade von einer wirtschaft-

lichen Stärke abhängig machte. Wenn schon ein Land wie Indien, allein gestützt auf das Recht und die Kraft einer sittlichen Idee, ohne über militärische Macht, geschweige atomare und nukleare Potentiale zu verfügen, in der Lage ist, eine Politik der Unabhängigkeit zu verfechten, ist nicht einzusehen, weshalb für Europa mit weitaus gefestigteren Daseinsbereichen eine Politik der Selbstbehauptung und Unabhängigkeit grundsätzlich ausgeschlossen sein soll.

Daß man sich selbst im Lager derer, die sich noch ein Organ für die Würde und Freiheit einer souveränen, unabhängigen Politik bewahrt haben, eine derartige Politik für Deutschland kaum vorzustellen wagt, mag verständlich erscheinen angesichts der diskriminierenden Propaganda gegen jede Politik der Unabhängigkeit und deren Plakatierung als „neutralistisch“. Gegen derartige Machenschaften der psychologischen Kriegsführung und Kriegsvorbereitung kann aber gefeit sein, wer um die Unterschiede von Souveränität und Neutralität weiß und den Charakter einer Politik durchschaut, die diese Unterschiede verwischt, den Versuch macht, Souveränität und Neutralität als völkerrechtliche Grundhaltungen zu zerstören, und — von der Voraussetzung des Krieges-in-Permanenz oder der Revolution-in-Permanenz ausgehend — den Völkern den Willen zum Satelliten-Status oder aber den tödlichen Stempel der „neutralistischen Verdammung“ aufpreßt.

Substanzielle Voraussetzung unabhängiger Politik

Blücher wies noch auf das Vertrauen hin, das dem deutschen Namen bei den Völkern Südasiens entgegengebracht werde. Es sei ein — nicht ausschließlich dem eigenen Verdienst zuzuschreibendes — Geschenk der Geschichte, daß der deutsche Name vor den aufsteigenden Völkern Asiens nicht mit dem Odium des Kolonialismus und Imperialismus behaftet sei. Für Deutschland erwachse daraus die hohe Verpflichtung, das oft geradezu beängstigende Maß von Zuneigung und Freundschaft dieser Völker zu Deutschland nicht zu enttäuschen. Angesichts derartig hoffnungsvoller Ansätze muß man erschrecken bei dem Gedanken, welche Enttäuschung jene mit hochgespannten Erwartungen nach Deutschland kommenden Besucher Südasiens erfahren müssen, wenn sie die Entdeckung machen, daß sich die Deutschen im Westen zwar auf dem Höhepunkt einer ökonomischen Entwicklung, zugleich aber in einem geistigen Tief befinden.

Vielleicht wird das Ausmaß dieses geistigen Tiefstandes erst verständlich durch die Schilderungen Blüchers, die sich auf den von Indien eingeschlagenen Bildungsweg selbst seiner Techniker bezogen. Blücher berichtete, daß sogar Studierende der Technik und Naturwissenschaft in Indien dieselbe Anzahl von Semestern der Philosophie widmen müssen, wie sie ihrem wissenschaftlichen Spezialgebiet obliegen. Diese Tatsache zeigt, daß Indiens dritter Weg mehr als nur ein Weg zu politisch-wirtschaftlicher Unabhängigkeit ist. Es wird hier der Wille zu einer geistigen Souveränität deutlich, die die substantielle Voraussetzung für innere und äußere Unabhängigkeit ist. Von daher wird uns allerdings begreiflich, weshalb in Deutschland und Europa eine Politik der Unabhängigkeit noch nicht möglich wurde. Und es wird klar, welchen Weg wir einschlagen müssen, wenn wir zu einer wahren und wirklichen Rettung des Abendlandes gelangen wollen.

SEATO - Lösung von gestern?

CARL G. WINGENROTH

Was dem Westen im Hinblick auf den Raum des Bagdad-Pakts Sorge bereitet, weil es dort neu und überraschend in Erscheinung getreten ist, das muß ihm im Raum des Südostasien-Pakts um so mehr Sorge bereiten, weil es im Begriff ist, sich dort in vielleicht irreparabler Weise einzufressen. Damit sind alle jene Vorgänge gemeint, welche die Staaten jenes Raumes veranlassen, sich von den westlichen Pakten ab- und einer neutralistischen Politik (in einigen Fällen mit deutlich erkennbaren kommunistischen Vorzeichen) zuzuwenden.

Es geht in fast allen von dieser Entwicklung betroffenen Ländern um das, was bei den jüngsten Wahlen in Ceylon „swabbhasa“ genannt wurde, ein Begriff, der sich etwa mit „Patriotismus“ übersetzen läßt, wörtlich aber nichts anderes als „eigenes Land“ bedeutet. Es handelt sich um die Wegwendung von den westlichen Kolonialmächten und ihren nicht immer glücklichen Methoden, sowie um gleichzeitige Hinwendung nach Moskau und Peking, die in geschickter Weise die westlichen Fehler für sich selbst auszunützen verstehen. Davon ist nicht nur der Südostasien-Pakt (im folgenden kurz SEATO genannt), sondern auch das Hinterland, das er einst für sich zu gewinnen hoffte, betroffen.

Um das zu erkennen, muß man auf die Entstehungsgeschichte der SEATO zurückgreifen. Der am 8. September 1954 in der philippinischen Hauptstadt Manila von acht Nationen unterzeichnete „Vertrag über die kollektive Verteidigung Südostasiens“ sollte nach dem Willen seiner Initiatoren einmal die schon in diesem Raum bestehenden bilateralen Abmachungen zu einem großen fernöstlichen Sicherheitssystem zusammenfassen. Frühere Versuche Thailands und später Nationalchinas in den Jahren 1948/49, die einen Zusammenschluß Südostasiens herbeiführen sollten, fanden damals bei den USA keine Gnade.

Erst die Regierung Eisenhower erstrebte in jenem Raum ein ausgesprochen anti-kommunistisches Bündnis, und Churchill unterstützte diesen Plan. Aber die USA zögerten, sich durch das Zusammengehen mit einer klassischen Kolonialmacht wie Großbritannien Sympathien bei den asiatischen Völkern zu verschmerzen. Sie ließen schließlich — ähnlich wie in Mittelost, wo die Türkei und der Irak die praktische Vorarbeit für das Zustandekommen des Bagdad-Pakts leisteten — eine unabhängige Macht aus dem betreffenden Raume selbst die Rolle des Initiators übernehmen. Das waren die Philippinen, in deren Hauptstadt Manila dann auch die SEATO aus der Taufe gehoben wurde.

SEATO war bei ihrer Gründung die einzige der fernöstlichen Organisationen, die auf das asiatische Festland übergriff und damit einen überzonalen kollektiven Charakter besaß. Ihre geographische Demarkationslinie schloß von vornherein die beiden neuralgischen Punkte des Fernen Ostens, Formosa und Südkorea aus¹⁾. Außer den USA, Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland unterzeichneten Thailand, Pakistan und die Philippinen den Pakt. In einem Zusatz-

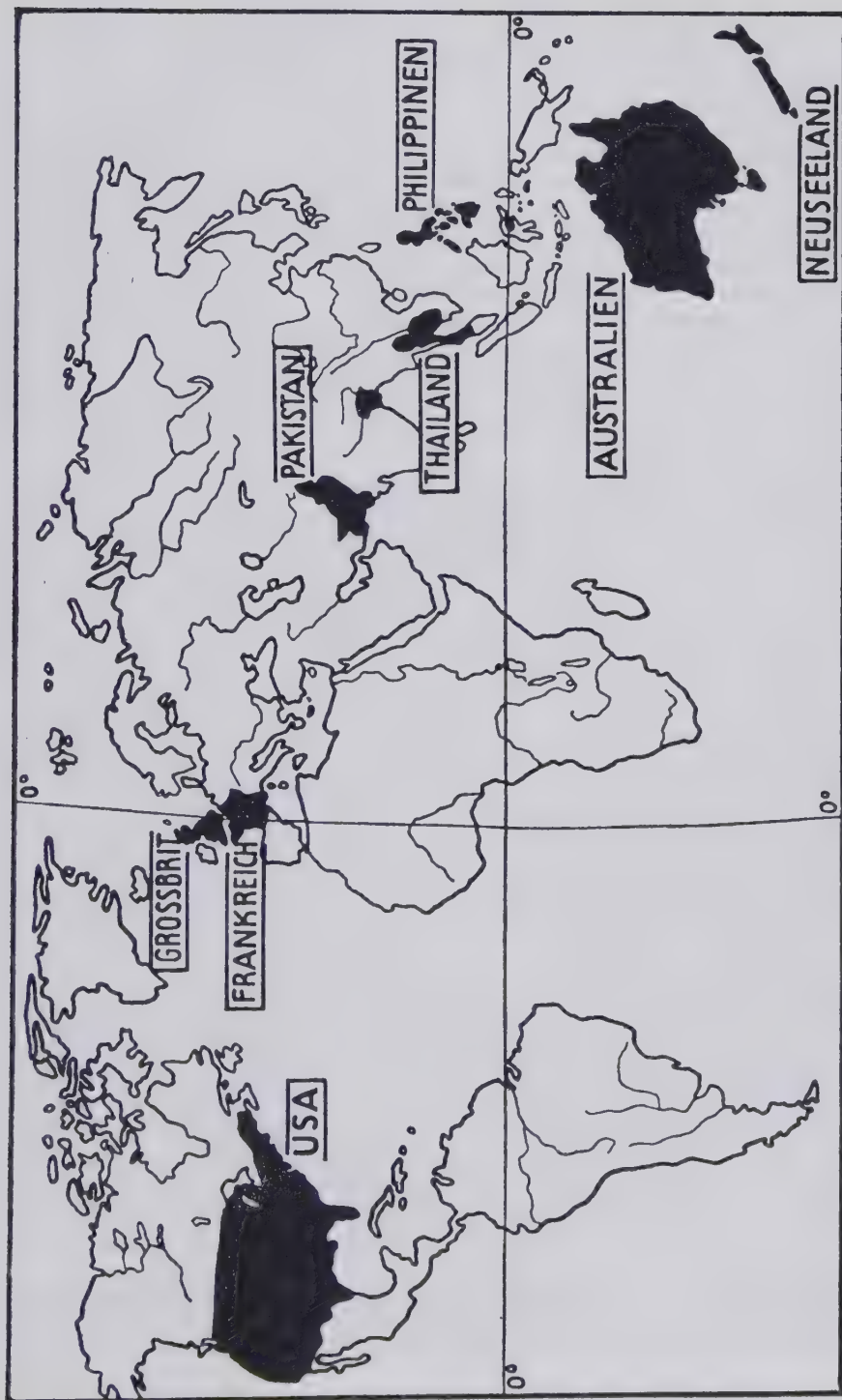
¹⁾ Vertragsgebiet ist laut Artikel VIII des Manila-Pakts das allgemeine Gebiet Südostasiens einschließlich der gesamten Territorien der asiatischen Partner und das allgemeine Gebiet des Südwest-Pazifiks mit Ausschuß des pazifischen Gebietes nördlich einer Linie von 21 Grad und 30 Minuten nördlicher Breite.

protokoll wurden die indochinesischen Staaten Laos, Kambodscha und Vietnam ebenfalls unter Schutz genommen. Die Bestimmungen des Genfer Waffenstillstandes machten es unmöglich, diese Staaten am Vertrag direkt zu beteiligen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche anderen Zonenverträge in jenem Raum schon bestanden, dann erkennt man die vielfältigen Querverbindungen und Verflechtungen dieser Verträge mit der SEATO. Es gab außer dem allgemeinen Friedensvertrag mit Japan einen gleichzeitigen Sicherheitsvertrag und ein Beistandsabkommen zwischen den USA und Japan. Es gab die Verteidigungsverträge zwischen den USA und den Philippinen und zwischen den USA und der Formosa-Regierung. Es gab den sogenannten ANZUS-Vertrag, das heißt den gegenseitigen Beistandspakt zwischen Australien, Neuseeland und den USA, und auf wirtschaftlichem Gebiet neben dem amerikanischen Punkt-Vier-Programm und den technischen Hilfsprogrammen der UNO den britischen Colombo-Plan. Die SEATO besaß also von vornherein starke Verankerungen im fernöstlichen Raum selbst und, durch den Mitgliedstaat Pakistan, auch nach dem nah- und mittelöstlichen Raum hin, also dem Gebiet des Bagdad-Pakts (der seinerseits durch den Mitgliedstaat Türkei wieder mit der NATO verbunden ist).

Die beiden fernöstlichen Mitgliedstaaten der SEATO waren von jeher starke Befürworter des geplanten Paktes. Thailand grenzt an das kommunistische Vietnam. Zu dieser kommunistischen Bedrohung von außen gesellte sich durch das Einstürmen von Flüchtlingen mit überwiegend pro-kommunistischer Haltung die Gefahr eines Staatsstreiches von innen. Eine auswärtige Unterstützung schien daher geboten. Auf den Philippinen war Präsident Magsaysay ein Gegner jeder Politik der Neutralität. Von vornherein rechneten die USA damit, daß er es sein werde, der eine Brücke zu jenen Staaten Südostasiens schlagen werde, die dem Pakt ablehnend oder zögernd gegenüberstanden. Um diese letzteren asiatischen Staaten nicht von vornherein zu verprellen, wurde dem Vertragswerk die sogenannte Pazifik-Charta beigelegt, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung bestätigt und außerdem eine Erklärung enthält, nach welcher der Pakt dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt im fernöstlichen Raum dienstbar gemacht werden sollte. Darüber hinaus wurde der Artikel IV des Paktes, der die gemeinsame Handlungsweise der Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs festlegt, nicht so interpretiert wie es die Amerikaner wollten. Sie schlugen nämlich vor — und unterzeichneten für sich selbst auch nur unter dieser Bedingung — daß sich der Angriffsfall nur auf einen „kommunistischen Angriff“ beziehen sollte. Mit Rücksicht auf Staaten wie Indien, Indonesien, Burma und Ceylon, die man mit einer solchen Formulierung niemals hätte gewinnen können, bezeichnete man dann schließlich den präsumptiven Angreifer nicht näher.

Die Hoffnungen, die man sich hinsichtlich des Beitritts einiger der genannten Staaten machte, waren nicht aus der Luft gegriffen. Sir Kotelavala, der Ministerpräsident Ceylons, war einer der wenigen, die im vergangenen Jahr auf der afro-asiatischen Konferenz in Bandung eine scharfe Klinge für den Westen schlugen, und in Indonesien wurde das neutralistische Kabinett Sastroamidjojo im Juli 1955 gestürzt. Heute allerdings, nämlich seit März 1956, ist eben dieses Kabinett wieder im Amt, und in Ceylon hat die neutralistische Regierung Bandaranaike das Ruder ergriffen. Sie hat sofort zum Ausdruck gebracht, daß sie der westlichen Politik nicht mehr folgen und keine britischen Militärbasen mehr auf dem Boden Ceylons dulden werde. Damit ist in Fernost das entstanden, was einige Beobachter ein neutralistisches Karree genannt haben, womit sie den auf der Karte leicht



Karte zum Südostasien-Pakt: Verschiedenheit und Streuung der Unterzeichner-Staaten

auszumachenden Block Indien-Burma-Ceylon-Indonesien meinen. Das Zustandekommen dieses Blocks hat allerdings die weitergehenden westlichen Hoffnungen, die sich mit der SEATO verbanden, vorläufig illusorisch gemacht.

Stattdessen zeigt es sich, daß die sogenannten Colombo-Staaten (mit Ausnahme Pakistans) wieder zu einer Aktionsgemeinschaft mit politischem Schwergewicht geworden sind. Sie waren als Staatengruppe im Jahre 1954 in Erscheinung getreten, um von Colombo aus auf den Gang der Genfer Asien-Konferenz Einfluß zu nehmen. Sie haben 1955 die Konferenz der asiatischen und afrikanischen Staaten in Bandung angeregt. Mit den Wahlergebnissen in Ceylon und Indonesien reifen die Pläne Nehrus, die nicht in Richtung irgendwelcher Paktpolitik, sondern in Richtung der sogenannten Koexistenz-Politik gehen. Burma mit seiner 1600 Kilometer langen gemeinsamen Grenze mit Rotchina war von jeher irgendwelcher außenpolitischen Exponierung zu Gunsten des Westens abhold; erst vor wenigen Wochen hat es seine Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion wesentlich erweitert²⁾. So könnten diese vier Staaten ihr politisches Glaubensbekenntnis sehr wohl auf andere ausstrahlen, nicht nur auf die indochinesischen Staaten, sondern auch auf Malaya und Singapur.

Was Indochina betrifft, so ist die Gefahr einer fortschreitenden Bolschewisierung gegeben. Die für diesen Sommer vorgesehenen Wahlen in ganz Vietnam dürften zunächst am Widerstand Südvietnams scheitern. Hier hat sich Indien als Vermittler eingeschaltet, nachdem Frankreich mit dem Abzug seiner Truppen seit 1. Mai von jeder Verantwortung für die Durchführung des Waffenstillstandes entbunden ist. Kambodscha versucht augenfällig die Beziehungen zu seinen kommunistischen Nachbarn enger zu gestalten. In Laos sieht es so aus, als ob ein Bürgerkrieg bevorstehe. Malaya und Singapur stehen an der Schwelle voller Selbständigkeit, aber Großbritannien wird dieses Ziel von Bindungen abhängig machen, die nach den unangenehmen Erfahrungen in Ceylon die anderen Stützpunkte in Südostasien einigermaßen sichern. Möglicherweise wird gerade dies den Trend der asiatischen Partner zu dem neutralistischen Karree hin verstärken.

Der Artikel 2 des Manila-Pakts sagt unter anderem, daß die vertragsschließenden Parteien jede subversive Tätigkeit von außen gegen ihre territoriale Unversehrtheit und politische Stabilität verhindern und ihr entgegenzutreten werden. Das bedeutet, daß Maßnahmen nicht nur im Falle eines Angriffs von außen, sondern auch im Falle eines politischen Umsturzes vorgesehen sind. Man muß sich heute fragen, ob die geschilderten Vorgänge in Ceylon und Indonesien oder die zu erwartenden Entwicklungen in den indochinesischen Staaten nicht schon einen Tatbestand darstellen, der eine Aktion der Vertragspartner auslösen müßte. Mit dieser Frage haben sich die Außenminister der acht SEATO-Partner während ihrer Konferenz von Bangkok auseinandergesetzt, die sie im Februar 1955 in der Hauptstadt Thailands zusammenführte. Es stellte sich ihnen damals schon die Frage, wo unter Zugrundelegung des Artikels 2 des Manila-Paktes die Grenze liegt, die unter allen Umständen verteidigt werden soll. Hat man, so mußten sie sich fragen, das Recht, etwa eine vom Volke gebilligte Machtergreifung von Nationalkommunisten (diese Bezeichnung muß man für die Kommunisten der nach Selbständigkeit ringenden asiatischen Völker gelten lassen) zu verhindern? Das

²⁾ Die USA haben in Burma die erste wirtschaftliche Gegeninitiative in Südostasien ergriffen. Gegen die Lieferung von 10 000 Tonnen Burma-Reis wollen sie dem Land technische Hilfe geben, und zwar in einer Höhe von zunächst einer Million Dollar.

könnte ja zum Beispiel in Indochina eines Tages der Fall sein. Man hatte dabei in Bangkok klar erkannt, daß die SEATO nicht zu einem asiatischen Gegenstück der NATO gemacht werden könne, weil ihr ja vor allem die gemeinsame Armee fehlt, weil aber auch die Gefahr in Südostasien weniger in einem militärischen Vordringen der Kommunisten, als in einer langsamen kommunistischen Infiltration einzelner Länder besteht. Diese Erkenntnisse hatten sich weiter vertieft, als die acht Mitgliedstaaten der SEATO im März 1956 in der pakistanischen Hauptstadt Karatschi wiederum zusammentrafen. Diese Zusammenkunft erbrachte neben einer starken Verstimmung Indiens und Afghanistans³⁾ durch einen viel beachteten Vorstoß des französischen Außenministers Pineau eine weitere Erkenntnis, die damals noch in diametralem Gegensatz zu der Außenpolitik von Foster Dulles stand, die Erkenntnis nämlich, daß der Ausbau des kollektiven Verteidigungssystems weniger in militärischer als in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu erfolgen habe.

Es hat seither in dieser Richtung noch manchen Vorstoß — und nicht nur bei der SEATO — gegeben, und auch gewichtige Stimmen in den USA haben sich erhoben, die kritisch vermerkten, daß über die amerikanischen Absichten in Asien eine Ungewißheit bestehe, die geeignet sei, die kommunistische Unterwanderung zu verstärken. Anfang April zog William Randolph Hearst die Bilanz seiner Reise durch 10 asiatische Staaten und schrieb: „Es wäre übertrieben zu sagen, daß wir den Kalten Krieg in Asien bereits verloren haben. Es sind aber sehr wenig Anzeichen dafür vorhanden, daß wir ihn gewinnen, oder daß wir auch nur unsere Stellung halten können.“ Wenige Tage nachdem diese Worte veröffentlicht waren, sprach der amerikanische Gewerkschaftsführer Walter Reuther in Neu Delhi vor dem Indischen Rat für Weltangelegenheiten und warf der amerikanischen Regierung vor, in ihrer Fernostpolitik den militärischen Belangen einen viel zu großen Vorrang eingeräumt zu haben. Dadurch seien Nationen, die zu zuverlässigen demokratischen Freunden hätten werden können, in Militärrallianzen hineingezwungen worden, deren Wert äußerst zweifelhaft sei. Wieder einige Tage später forderte der demokratische Fraktionsführer im amerikanischen Repräsentantenhaus, John McCormack die Regierung Eisenhower auf, eine eindeutig anti-koloniale Politik zu betreiben. Er kritisierte, daß die amerikanische Regierung der Sowjetunion quasi gestattet habe, sich als Vorkämpfer des Anti-Kolonialismus aufzuspielen. McCormack verlangte, daß den wirtschaftlichen Maßnahmen zur Unterstützung der asiatischen Bevölkerung mehr Bedeutung zugemessen werde.

Dies alles dürfte dazu beigetragen haben, daß eine gewisse Sinnesänderung aus den jüngsten Reden amerikanischer Staatsmänner deutlich herauszuspüren ist. Foster Dulles hat nach Abschluß seiner Südostasienreise ausdrücklich erklärt, es gäbe nicht den geringsten Zusammenhang zwischen der Teilnahme an einem Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Beitritt zu einem Sicherheitspakt. Er fügte hinzu, daß das Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch dann fortgesetzt und sogar erweitert werden würde, wenn die Drohung der kommunistischen Aggression es nicht erforderlich machte, Verteidigungsorganisationen beizubehalten. Indonesien und Ceylon hatte Dulles früher schon ausdrücklich erklärt, daß der Chinahandel dieser beiden Staaten der ame-

³⁾ Die SEATO-Staaten bezogen das nördliche Grenzgebiet Pakistans (Patschunistan) in den Abwehrbereich ihres Paktes ein, während Afghanistan die Konstituierung eines selbständigen Staates Patschunistan fordert. Ferner machten sich die SEATO-Staaten die Auffassungen Pakistans in seinem Streit mit Indien um Kaschmir zu eigen.

rikanischen Wirtschaftshilfe nicht im Wege stehen werde. Noch deutlicher hat Präsident Eisenhower Ende April in einer Rede vor dem amerikanischen Zeitungsverlegerverband diese Auffassung unterstrichen. Er zog die Schlußfolgerung: „Selbst die massivste militärische Kraft könnte es nicht verhindern, daß wichtige Gebiete der Welt zur Beute kommunistischer Täuschungen und Umtriebe werden“. Er verlangte vom amerikanischen Kongreß, daß die notwendigen Mittel für die wirtschaftliche Unterstützung anderer Länder voll bewilligt würden.

Dies alles mögen nur Hinweise für einen in Zukunft einzuschlagenden Weg sein — aber sie zeigen jedenfalls, daß auch im Fernen Osten die Lösungen von gestern im Begriffe sind den Lösungen von morgen zu weichen.

Südostasien

Mit dem Wandel der weltpolitischen Problematik sind die Völker und Staaten Südasiens zu einem Zentrum der Weltpolitik geworden. Der Zweite Weltkrieg hat der westlichen Einflußnahme dort eine Grenze gesetzt. Der verlorene Boden und das einstige Prestige sind nicht mehr zurückzugewinnen. Eine neue Welt ist hier im Aufbruch. Das Bestreben nach endgültigem Abschütteln der kolonialen Vergewaltigung und nach nationaler Unabhängigkeit trifft auf den Widerstand der westlichen „Verteidigungspolitik“ und die Einflußnahme Chinas. „Wenn China seine Erzeugung schnell genug steigern und zu großzügigen Bedingungen Reis nach Südostasien liefern kann, und zwar mehr, als die Erhöhung der Ernten durch die technische Unterstützung aus Trumans Punkt-Vier-Programm und dem Colombo-Plan ausmacht, dann wird keine militärische Macht Südostasien daran hindern können, daß es in die Einflußsphäre Chinas gerät.“ (Boyd Orr).

Die Zusammenhänge von Wirtschaft, Militärpolitik, Ernährung und Kolonialismus im südostasiatischen Raum vermittelt das empfehlenswerte Werk von Heinz H. Heinisch über „Südostasien“. Die Einbeziehung Südchinas in die Betrachtung war unerlässlich, „gerade weil der biologische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluß des Chinesentums auf den gesamten südostasiatischen Raum entscheidende Positionsveränderungen hervorgerufen hat“. Aus den überfüllten Zentren Südchinas drangen Händler, Kulis und Siedler nach Hinter- und Inselindien, um den Lebensunterhalt für sich und die in der Heimat zurückgebliebene Familie zu erarbeiten. Andererseits hat Südchina von jeher den Schutz des Nordens gegen fremde Einflüsse übernommen.

Das grandiose Gemälde einer in sich mannigfaltigen, durch viele Religionen und Rassen geprägten Welt, Südostasien, rückt uns den Raum näher, an dem sich auch der

Wert der westlichen Politik unter Beweis stellen muß. Die auf 150 Millionen geschätzte, rasch anwachsende Bevölkerung dieses Raumes bedarf der Hilfe und des Verständnisses bei der Inangriffnahme ihrer Probleme. Mit der bloßen Übertragung westlicher Gepflogenheiten ist es nicht getan. So wie die Ernährung in diesem Raum im Zeichen der Pflanze steht, steht die Arbeit im Zeichen des Menschen und seiner manuellen Tätigkeit. Industrialisierung als alleinseligmachendes Prinzip hat zu unüberlegten Maßnahmen und katastrophalen Folgen geführt. Ohne Planung ist die Volkswirtschaft in den südostasiatischen Ländern gegen die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung machtlos.

Heinz H. Heinisch: *Südostasien — Menschen, Wirtschaft und Kultur der Staaten und Einzelräume*. Mit 72 Fotos und 19 Textkarten. Safari-Verlag, Berlin, 1954. Gzln., 480 Seiten.

Wer den umfassenden Bericht Heinischs studiert hat, möge noch zu dem Buch von Maurice Zinkin greifen, in dem das Verhältnis Monsun-Asiens zum Westen geschildert wird.

Vor allem die mit der politisch-theologischen Grundeinstellung des Monsunasiaten zusammenhängende Unsicherheit des Kapitals habe den heutigen unterentwickelten Zustand Asiens bewirkt. „Der Mangel an Schutz für das Kapital für Investitionen“ erkläre Asiens technische Rückständigkeit. Zinkin weiß von der Verachtung zu berichten, mit der man in Monsunisien jahrhundertlang dem „Kaufmann“ begegnet ist. Er weiß allerdings auch um die Verachtung, die der weiße Mann aus dem Westen den „kleinen gelben Habenichtsen“ entgegengebracht hat und für die er heute seine Quittung erhält.

Maurice Zinkin: *Asien und der Westen*. Deutsch von Fritz und Li Zielesch. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1953. Gzln., 368 Seiten.

Revolution des Wehrdenkens

NIKOLAUS KOCH

Im Leben der Völker hinkt das öffentliche Bewußtsein tiefgreifenden Veränderungen zuweilen stark nach. Je schwächer die geistige Kraft derjenigen Kreise ist, die das öffentliche Leben verwalten, je unzulänglicher die geistige, wirtschaftliche und politische Führung des Volkes und je isolierter der Bürokratismus, um so weniger vermag ein Staatswesen neue Aufgaben rechtzeitig zu sehen und anzugehen. Starke Widerstände von „unten“ und „außen“ sind dann nötig, um die öffentlichen Organe aus ihren gewohnten Bahnen herauszubringen. Im ärgsten Fall kann erst der Zusammenbruch oder eine Folge von Katastrophen den öffentlichen Apparat veranlassen, sich endlich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Vier Stufen der modernen Revolution

Seit hundertfünfzig Jahren ist eine Revolution im Gange, gewaltiger als alle Revolutionen, die wir kennen. Diese Revolution ist dabei, die Welt zu verändern, wie sie niemals zuvor verändert worden ist.

In vier Stufen schreitet die moderne Revolution voran. Ihre erste Stufe ist die industrielle Revolution, mit der der Liberalismus vor anderthalb Jahrhunderten die mittelalterliche Stände- und Zunftordnung des Abendlandes beseitigte und an ihre Stelle einen wirtschaftlichen Absolutismus setzte, den zuversichtlichen Geist und optimistischen Glauben, der wirtschaftliche Egoismus des Einzelnen werde das alle Aufgaben der Welt lösende Prinzip. Als oberstes und im Grunde einziges Regulativ vermöge er, im unbeschränkten Wettbewerb eine neue Welt heraufzuführen und alle Probleme der neuen Gesellschaft zu bewältigen.

Wenige Jahrzehnte später wurde das Prinzip des liberalistischen Wettbewerbs neu gesehen und anders formuliert. Im wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle war das unternehmende Element der menschlichen Gesellschaft einseitig entwickelt und auf den naturwissenschaftlich-wirtschaftlichen Fortschritt konzentriert worden. In unbarmherziger Konkurrenz wurde die neue Industriegesellschaft in einen Prozeß gerissen, der die Beteiligten zwang, entweder auszubeuten und zu fressen oder sich ausbeuten zu lassen und gefressen zu werden. Die Spaltung der Welt in die abnehmende Zahl der immer mächtiger werdenden Ausbeuter einerseits und die wachsende Masse der Ausgebeuteten andererseits ergab die neue Lesart des alten Prinzips, die Lesart, mit der die zweite, die sozialistische Stufe der modernen Revolution ihr Evangelium begann. Die frohe Botschaft der sozialistischen Revolution dachte nur weiter, was die kapitalistische Revolution vorgebracht hatte. Auch ihr blieb die Ökonomie der entscheidende Beweggrund der menschlichen Gesellschaft. Sie trieb den Keil tiefer, mit dem die kapitalistische Revolution die moderne Gesellschaft spaltete. Aber während jene sich einseitig der Unternehmerseite zugewandt hatte, nahm die sozialistische Revolution sich der anderen Seite an, der Ausgebeuteten, der Proletarier, der Massen, der Arbeiterschaft. Der Arbeiterklasse wurde die Weltrevolution in Aussicht gestellt, an deren Jüngstem Tag die zusammengeschrumpfte Ausbeuterklasse durch

die allumfassende Arbeiterklasse enteignet werde. Nach einer kurzen Übergangszeit einer „Diktatur des Proletariats“ solle die Menschheit in den irdischen Himmel der klassenlosen Gesellschaft, der sozialen Gerechtigkeit und des freien Menschen eintreten.

Das Gegeneinander der kapitalistischen und sozialistischen Revolution hatte die dritte Stufe der modernen Revolution zur Folge. Der wirtschaftliche Egoismus der kapitalistischen Revolution war im Verein mit dem älteren Egoismus der westlichen Nationalstaaten Grundlage des kolonialen Imperialismus geworden. Im Ersten Weltkrieg erreichte der Wettbewerb dieses Weltimperialismus der europäischen Mächte seine blutige Krise, in der die alten Mächte ihre führende Stellung einbüßten. Zwei neue Weltmächte traten das Erbe an: die USA und die SU. Von Anfang an betrachteten die USA sich als Führungsmacht der ersten, der liberalistisch-kapitalistischen Revolution. Die SU proklamierte sich als Vormacht der zweiten, der sozialistischen Revolution. Beide Mächte organisierten ihr eigenes Potential und das aller erreichbaren anderen Mächte im Namen der liberalistischen „Freiheit“ und sozialistischen „Gerechtigkeit“ gegeneinander. Nicht mehr nur Klassen oder Parteien stehen sich gegenüber, sondern ganze Staatenblöcke traten in ein Wettrüsten ein, in welchem alle geistigen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte der Erde nurmehr die Aufgabe zu haben scheinen, sich in militärische Schlagkraft unter amerikanischer und sowjetischer Führung umzusetzen.

Die dritte Stufe der modernen Revolution zeigt die Welt gespalten in zwei Militärlager, die sich alles zu unterwerfen suchten und deren Tendenz zum dritten Weltkrieg immer drohender in Erscheinung trat. Der Zweite Weltkrieg mutet in diesem Zusammenhang an wie ein Zwischenspiel, in welchem ein Staat in Überschätzung seiner Kräfte etwas von dem vorwegzunehmen gesucht hatte, was sich nun abzuzeichnen begann.

Jedoch noch ehe die Katastrophe eines dritten Weltkrieges hereingebrochen ist, hat die moderne Revolution sich selbst von der dritten Stufe auf eine neue, die vierte und voraussichtlich letzte Stufe getrieben. Im Wettrüsten der dritten Stufe sind die ABC-Waffen ins Unerhörte entwickelt worden. Solange die USA allein im Besitz der A- und H-Bombe waren, fanden sie sich versucht, sie einzusetzen, bevor die Gegenseite den Vorsprung eingeholt hatte. Aber ein amerikanischer Präventivkrieg stieß auf Widerstände außerhalb und innerhalb der USA, und mittlerweile hat die SU die beiden gefährlichen Vernichtungsmittel ebenfalls.

Seitdem die beiden Mächte sich im Besitz der Mittel wissen, alles Leben der Erde auszurotten, ist es, als ob die Welt von Entsetzen gelähmt werde. Wettrüsten als ein Mittel, das eigne Leben zu sichern, wird immer fragwürdiger. Der künftige Krieg wird als ein Akt selbstmörderischen Wahnsinnes empfunden. Das bisherige Macht- und Gewaltdenken hat sich selbst ab absurdum getrieben. Die offenbar werdende Absurdität des alten Gewaltdenkens ist die vierte Stufe der modernen Revolution, deren Grundgefühl sich in den beiden Feststellungen ausspricht: Unsere Welt ist mit der alten Gewaltpraxis am Ende. Andere, neue Wege müssen gegangen werden.

Wenn der vierten Stufe der modernen Revolution der Name „gewaltlose Revolution“ gegeben wird, so muß dieser Name beides meinen: einmal, daß es mit der Gewalt im herkömmlichen Sinne nicht mehr geht, zum zweiten, daß neue und andere Wege gegangen werden müssen. Das erste Moment ist negativ. Es verneint die *violencia*, die Theorie und Praxis, das System der Gewalttat. Unter dem

Namen Nonviolence ist es vor allem durch die indische Kolonialrevolution ins moderne Bewußtsein eingeführt worden. Das zweite Moment ist positiv: das Verlangen, die Entdeckung und Schaffung neuer Wege. — So wenig die indische Kolonialrevolution sich in der Verneinung von Gewalttätigkeit erschöpfte, so folgenlos müßte das negative Moment der vierten Revolution bleiben, wenn sie nicht schon das positive Moment der aktiven Friedensselbsthilfe enthielte. Die Entdeckung, daß Gewaltmacht nicht die einzige Macht der Geschichte ist, daß neben und über ihr andere Mächte, Gewalten und Kräfte sind, die das Geschick der Welt bestimmen, ist die erste gewaltige Leistung der vierten Revolution.

In der Natur der neuen Kräfte und in der Situation der vierten Stufe der modernen Revolution liegt es, daß sich hier kein neuer und dritter Mächteblock zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Militärlager bildet. So sehr die Völker und Staaten, die sich nicht in das amerikanische oder sowjetische Lager begeben, eine besondere, vielleicht sogar entscheidende Funktion haben, vollzieht sich die vierte Revolution in allen Völkern, auch in den USA und der SU. Manche Zeichen sprechen dafür, daß die SU oder USA oder beide zugleich der neuen Entwicklung gegenüber nicht mehr nur passiv und negativ bleiben.

Die negative Revolution des Wehrdenkens

Das traditionelle Wehrdenken geht von der Annahme aus, ein Volk sei wehrhaft nur, wenn es über schlagkräftiges Militär verfüge. „Wehrmacht“ war wie selbstverständlich gleichbedeutend mit Militär. „Wehrhaftigkeit“ wurde militärischer Wehrhaftigkeit gleichgesetzt. „Wehrlos sein“ war dasselbe wie „keine Waffen haben“. Entweder Waffen und Militär haben oder wehrlos-ohnmächtig sein, — dies sei die einzige Wahl, vor der ein Volk stehe.

Auf der vierten Stufe der modernen Revolution wird diese überkommene Auffassung notwendig revolutioniert. Die negative Revolution des Wehrdenkens entspringt der Entdeckung, daß militärische Gewaltmacht heute keine Sicherheit mehr verbürgt. Es gibt kaum mehr einen Repräsentanten der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Welt, der angesichts der ABC-Waffen nicht schon öffentlich ausgesprochen hätte, daß das moderne Wettrüsten eher den allgemeinen Untergang als eine Sicherheit der Beteiligten herbeiführe und daß der „Krieg“ nicht mehr als ein erlaubtes Mittel der Politik angesehen werden könne. Das Urteil über die Sinnlosigkeit des Wettrüstens und die Kriminalisierung des modernen Krieges hat sich auf der ganzen Welt durchgesetzt. Es leitet eine Umwälzung der bisherigen Vorstellungen von Krieg, Wehr, Verteidigung und Sicherheit ein, deren Folgen noch kaum abzusehen sind.

Es gibt nicht einmal mehr einen ernst zu nehmenden Militärsachverständigen, Strategen oder Militärschriftsteller, der die Aussichtslosigkeit und Sinnwidrigkeit eines modernen Krieges leugnen würde. Auf der ganzen Welt, in den Vereinigten Staaten von Amerika sowohl wie in der Sowjetunion, in England, Deutschland und Italien haben die bedeutendsten Heerführer und Theoretiker des Krieges den Wahnsinn eines künftigen Krieges offen zugegeben und in überzeugender Weise dargetan, daß eine Einschränkung des Krieges auf die Vorformen des kriegerischen Massenmords schlechthin nicht zu gewährleisten sei. Generale und Planer haben bekennen müssen, daß der moderne Krieg für die alten soldatischen Ehrbegriffe, für Sitte und Recht, für die Tugenden von Tapferkeit und Opfermut keinen Raum

mehr biete, sondern den Menschen zum Lenker oder Werkzeug höllischer Mechanismen, zum Veranstalter und Opfer von Veraschungen degradiere¹⁾.

Je nach der Situation der verschiedenen Völker vollzieht sich die Umwälzung des bisherigen Wehrdenkens. Länder wie die Schweiz zeigen sich in ihrer soldatischen Tradition bisher kaum berührt. Junge Staaten wie etwa China sind sogar dabei, sich nach westlichem Vorbild heute erst richtig zu militarisieren. Die stärkste und unmittelbarste Wirkung gewinnt die Revolution des Wehrdenkens naturgemäß nur an solchen neuralgischen Punkten, an denen die moderne Revolution im Ganzen bis zu ihrer vierten Stufe vorgeschritten ist. Dort hat das alte militärische Denken und Tun ein Ende erreicht. Vor allem in Deutschland (in gewisser Beziehung auch in Japan) hat der Zusammenbruch von 1945 eine extreme Lage geschaffen, in der das Ende des alten Wehrdenkens, der Irrsinn von Wettrüsten und Krieg und die Absurdität der Militarisierung wie nirgends in der Welt vom Volk gespürt wird.

Doch aus Gründen, deren wichtigste noch zu nennen sein werden, findet man in den Äußerungen der Regierung und des von ihr abhängigen öffentlichen Apparates eine militärische Konjunktur, die sich von der Revolution des Wehrdenkens kaum berührt zeigt. Nur wer hinter die amtliche Fassade blickt, ist erschüttert über die Ausmaße des Zerfalls und über die Leerheit des militärischen Willens, der nach außen gezeigt wird. Der Kreis derjenigen, die zu glauben scheinen, man könne noch vom „Ideal des wehrhaften Mannes“, von Krieg, Feld der Ehre und Soldatentum sprechen, als ob seit 1945 im Grunde nichts passiert sei, ist klein geworden. Die beiden wichtigsten ideologischen Stützen des bisherigen Wehrdenkens, die Kriegstheologie und die Kriegsethik, sind in einem Maße zwiespältig geworden, daß vorausgesagt werden kann, unter welchen Umständen sie sich endgültig umkehren.

Es gibt heute kaum einen katholischen Moraltheologen mehr, der den modernen Krieg mit Hilfe der alten kriegstheologischen Maßstäbe sittlich rechtfertigte. Selbst wo man auf den modernen Krieg im Ganzen noch die militärisch verstandenen Begriffe der „Notwehr“ und der „gerechten Verteidigung“ anwenden zu dürfen glaubt, kann nicht mehr bestritten werden, daß die Art, wie der Krieg geführt würde, und die Übel, die er schafft, schlimmer sind als alle materiellen und geistigen Übel, mit denen er begründet werden soll. So teilt die katholische Moraltheologie denn auch das negative Urteil, zu dem jedes wache und unbefangene Bewußtsein notwendig kommt. Wenn sie, gleichsam im Nachsatz, dieses Urteil wieder einschränkt oder gar aufhebt, so liegt das an der Tatsache, daß das moraltheologische Nein zum modernen Krieg die Möglichkeit des Krieges nicht aus der Welt schaffen kann. Aber die positive Revolution des Wehrdenkens gibt die Antworten, die die Moraltheologie in den Stand setzt, ihr Nein wirksam und konstruktiv zu sagen.

Die evangelische Kriegstheologie hat es leichter als die katholische und ist weiter fortgeschritten. Ihre Anschauungen wurzeln nicht im gleichen Maße im Boden eines tausendjährigen Staatskirchentums. Dieser Boden wie seine ideologischen und praktischen Erzeugnisse sind in der reformatorischen Revolution erschüttert und in Frage gestellt worden. Die eigenen staatskirchlichen Ergebnisse

¹⁾ „Wenn es der Welt nicht gelingt, den Frieden zu erhalten, wird das Wettrüsten die Erde in einen Atomkrieg stürzen, der das Ende aller bedeuten kann.“ (General MacArthur am 26. Januar 1955 in Los Angeles.)

haben niemals die Bedeutung der augustinisch-mittelalterlichen Konzeption gewonnen. Wo die Lehre von den beiden Reichen sowie der Rückgriff auf das Alte Testament helfen sollten, den Gläubigen zu einem bedingungslosen Untertan zu machen, ist die evangelische Theologie dabei, Kurzschlüsse und unhaltbare Kompromisse aufzudecken und den christlichen Dienst an der Welt neu zu sehen. Als erstes Ergebnis darf die ausdrückliche Gleichberechtigung gelten, die in der evangelischen Kirche Gegner wie Befürworter des militärischen Dienstes genießen.

Die allgemeine Kriegsethik folgt der Kriegstheologie durchaus auf dem Weg zu neuen Antworten. Zuweilen hört man heute das Urteil, das Ja zum Krieg sei eine der größten Anwendungen des Satzes, der Zweck heilige die Mittel. Das klare Urteil des wachen Gewissens, daß der totale Krieg schlechthin verbrecherisch ist, wird von der Kriegsethik respektiert. Die außermilitärische und militärische Vorbereitung des totalen Krieges leidet unter unheilbaren Skrupeln der Beteiligten. Und die mühsame Selbstrechtfertigung, diese Vorbereitung diene nicht dem Krieg, sie sei vielmehr eine Vorsorge gegen ihn, klammert sich nurmehr an die Tatsache, daß die allgemeine Entwicklung der ABC-Waffen den Ausbruch des Krieges hinauszögert und die Bereitschaft zu friedlichen Lösungen erhöht hat.

Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, daß der Krieg heute eher in den Fabriken als an den Fronten entschieden wird, hat dem überkommenen soldatischen Ethos unheilbare Wunden geschlagen. Kriminalisierung und Technisierung des totalen Krieges lassen den Soldaten heute mit ganzem Herzen nach einer besseren und reiferen Erfüllung der soldatischen Tugenden Ausschau halten. Wenn eine beschränkte Zahl von Menschen heute trotzdem das Militär im alten Sinne ehrlich bejaht, so ist der Grund derselbe, der auch die Theologen und Ethiker veranlaßt, ihr Nein zögernd und verklausuliert zu sagen: Das bloße Nein schafft den modernen Krieg nicht aus der Welt. Man spürt, daß er wie ein tödliches Geschwür an einem kranken Körper sitzt. Ein Nein beseitigt das Geschwür nicht. Solange man es nicht von innen her zu heilen versteht, solange man das vergiftete Blut im Körper nicht zu reinigen weiß, solange keine besseren Behandlungsmethoden bekannt sind, bleibt man bei den alten und schlechten.

Solange und in dem Grade die Revolution des Wehrdenkens negativ ist, wird die moderne Welt sich auf ihrem alten Weg des Rüstens und Kriegsvorbereitens vorwärts stoßen. Sie wird den alten Dienst, den sie nicht mehr mit gutem Gewissen tun kann, mit schlechtem Gewissen tun und verlangen. Sie wird sich dabei aller Mittel bedienen, das Gewissen einzuschläfern und die allgemeine Trägheit und Verantwortungslosigkeit auszunützen. Den Zwang werden lockende Vorteile und Vergünstigungen ergänzen. Man wird versuchen, den militärischen Weg zum Weg des geringsten Widerstandes zu machen. Unzählbare Weisen der feinen und groben Korruption, Zerfall des geistigen und moralischen Grundes, fortschreitende innere Fäulnis sind die Folgen. Wo Widerspruch und gesunde Gegenwehr sich äußern, werden sie mit allen Mitteln einer untergehenden Gesellschaft bekämpft werden.

In diese Korruption aus Hilflosigkeit, die neben dem Wandel der Kriegstheologie und Kriegsethik das dritte Moment der negativen Revolution des Wehrdenkens darstellt, schleicht sich eine andere Korruption als viertes Moment ein: das Interesse der Nutznießer, der materielle Vorteil derjenigen, die an der Militarisierung verdienen. Mit der Begründung, „wenn ich das Geschäft nicht mache, macht es ein anderer“, suchen sie militärische Aufträge und machen dabei die wachsende

Anonymität der Verantwortung offenbar. So „unschuldig“ die meisten dieser Rüstungsgewinnler sind, so real wird ihr Widerstand, wo die negative Revolution des Wehrdenkens sich ins Positive und Konstruktive wendet und ihnen dabei Opfer, Umstellungen und Einbußen auferlegt. Wer diesen Widerstand richtig einschätzen will, muß sich die Konsequenzen der positiven Revolution des Wehrdenkens vor Augen führen. Die ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die sich dann als Aufgaben und Chancen abzeichnen, sind kein Anreiz für eine sich automatisch treibende Gesellschaft, solange nicht Einzelne und kleine Gruppen die Initiative ergreifen und der Allgemeinheit neue und sinnvolle Perspektiven eröffnen.

Die positive Revolution des Wehrdenkens

Der Kriegsgefahr kann unmilitärisch wirksam begegnet werden. Diese Aussicht eröffnet sich jedem, der den blutigen Krieg nicht isoliert und als etwas Selbständiges aufnimmt, sondern ihn als Folge und Ergebnis, seiner Entstehung und seinem Zusammenhang nach begreift. An unserem Vergleich des Krieges mit einem immer bösartigeren und schließlich tödlichen Geschwür an einem von innen kranken Körper läßt sich die rechte Weise erkennen, wie man sich vor der lebensgefährlichen Entzündung erfolgreich schützt: Das Blut selbst muß rechtzeitig gereinigt werden, und der Kranke muß einige entscheidende Mängel seines täglichen Lebens überwinden.

Wer unter „Krieg“ nur das Geschehen von der Mobilmachung und Kriegserklärung bis zum vollendeten Massenmord versteht, kann vielleicht noch versuchen, auch den modernen Krieg wie einen Überfall auf einen mehr oder weniger harmlosen Spaziergänger zu verstehen. Der Überfallende ist dann im Unrecht, der Überfallene im Recht. Der erste ist der zu verurteilende Angreifer. Der zweite darf und soll Notwehr üben und sich wirksam verteidigen, wenn es nicht anders geht, auch mit blutiger Gewalt.

Wir wollen hier nicht darüber diskutieren, wieweit die Kriege der Vergangenheit in dieses Schema passen. Der moderne und totale Krieg hat jedenfalls mit ihm nichts zu tun. Es gehört zu den unbegreiflichen und vielleicht unverzeihlichen Naivitäten mancher Theoretiker, auch den modernen Krieg noch nach einem solchen Schema zu klassifizieren. In Wahrheit machen sie sich damit zu Handlangern des ideologischen und psychologischen Kriegs überall dort, wo ihre Lehren und Urteile die Allgemeinheit über die tatsächlichen Triebfedern und Zusammenhänge des modernen Krieges täuschen:

Der moderne Krieg ist ein außermilitärisch ansetzender Prozeß, der je weiter um so zwangsläufiger das geistige, wirtschaftliche und politische Leben auf die wachsenden militärischen Notwendigkeiten hin gleichschaltet und im Ganzen entschieden ist, wenn er in seine blutige Endphase eintritt. —

Wer sein Volk und die Welt vor den Gefahren dieses Krieges wirksam schützen will, kann über die acht Momente, die in dieser Definition des modernen Krieges enthalten sind, nicht zur militärischen Tagesordnung übergehen. Er muß jedes dieser acht Momente seinem ganzen Gewicht, seinem vollen Umfang und seiner eigenen Struktur nach berücksichtigen: Der moderne Krieg ist 1. ein außermilitärisch ansetzender Prozeß, der 2. je weiter um so zwangsläufiger 3. das gei-

stige, 4. das wirtschaftliche und 5. das politische Leben 6. auf die wachsenden militärischen Notwendigkeiten hin 7. gleichschaltet und 8. im Ganzen schon entschieden ist, bevor er in seine blutige Endphase eintritt.

Aus dem achten Moment ergibt sich die radikalste Umwälzung des Wehrbegriffs, die denkbar ist: wenn der moderne Krieg im Ganzen schon entschieden ist, ehe er in seine blutige Endphase eintritt, muß ein wehrbereites Volk mit seiner Verteidigung früher und anders einsetzen, als es heute geschieht, nämlich dort, wo die Entscheidung noch offen ist. Der wehrbereite Mann kann seine Erfüllung nicht mehr im militärischen Einsatz sehen. Falls der Krieg bis zur blutigen Endphase gedeiht, müssen der Einzelne, sein Volk und die Welt vorher an den entscheidenden Stellen versagt haben. Demnach kann der Kämpfende nur noch als Schuldiger am allgemeinen Massenmord teilnehmen, selbst dann, wenn er keinen anderen Weg mehr sieht, als zur Waffe zu greifen. Es ist unmöglich, den Ort des Massenmordes länger als „Feld der Ehre“ zu verstehen. Die alten soldatischen Tugenden können nicht länger in militärisch-mörderischem Einsatz mißbraucht werden. Sie verlangen ihre Erfüllung wesentlich früher: in dem dauernden außer-militärischen Einsatz der ganzen Existenz dort, wo sich die Zukunft seines Volkes und der Welt entscheidet. In diesem Einsatz schließt sich die schmerzliche und peinliche Kluft zwischen soldatischer Tüchtigkeit und ziviler Fragwürdigkeit zu einem Menschentum, das dem modernen Krieg gewachsen ist und sich vor keinem Soldaten der Vergangenheit zu verstecken braucht.

Das entscheidende Wort des siebten Moments ist uns in seiner vollen Bedeutung wohlbekannt: „Gleichschaltung“ ist der Inbegriff der totalitären Tendenzen unserer Zeit. Je weiter der moderne Krieg auf seinem Weg zur blutigen Katastrophe fortschreitet, um so unvermeidlicher wird gleichgeschaltet. Nicht nur der Machtrausch besessener Politiker schaltet gleich, auch der Gegner totalitärer Tendenzen sieht schließlich keinen anderen Weg mehr. Es gibt nicht nur einen „braunen und roten“ Totalitarismus. Mehr oder weniger nackt und verkleidet, wird auch im Westen zu Zwang, Gewalt und Terror geriffen, wo Verführung, Korruption und Zweckhysterie versagen und die Katastrophe näher kommt. Wer redlich den Totalitarismus verabscheut, darf nicht Ja sagen zur Gleichschaltung des modernen Krieges.

Das vierte, das fünfte und das sechste Moment der Definition des modernen Krieges geben die Gebiete der Gleichschaltung an.

Der kundige Beobachter kann innerhalb des öffentlichen Lebens die entscheidenden ideologischen Ansätze des Totalitarismus und des Krieges feststellen. Im Westen ist es derjenige Antikommunismus, der massiven historischen Erzeugnissen und Folgen des Liberalismus mit vorsozialistischen Ursachen beizukommen sucht. Vor allem in Deutschland war er immer ein Hauptmittel, die Öffentlichkeit hysterisch zu machen, und mindestens bis vor kurzem schien es, als könne unser Volk durch antikommunistische Zweckhysterie zu einem Amoklauf gegen Osten verführt werden. Der Antikapitalismus des Ostens, der aus der historischen Reaktion des Marxismus auf die Ungeheuerlichkeiten des fortschreitenden Wirtschaftsliberalismus nicht konstruktiv genug herausfindet, kann im Verein mit dem wohlbegründeten Antikolonialismus der farbigen Welt durchaus eine katastrophale Gegenhysterie auslösen.

Die bisherige Unfähigkeit der Welt, die westliche Überproduktion und den östlichen Überbedarf friedlich auf das Ziel einer gesunden und natürlich arbei-

tenden Weltwirtschaft hin zu verwerten, ist der gefährlichste wirtschaftliche Kriegsgrund. Er ist „das Dilemma des weißen Mannes“ wirtschaftlich revolutionär zu werden oder zugrunde zu gehen.

Die politische Entscheidung über Krieg und Frieden hängt davon ab, wie schnell und gründlich die Zweiteilung der Welt in einen amerikanischen und einen sowjetischen Machtblock überwunden wird. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Völker weder Satelliten Moskaus noch Trabanten Washingtons sein wollen, gewinnt hier eine realpolitische Bedeutung allerersten Ranges.

Das zweite Moment der Kriegsdefinition räumt mit der Illusion auf, acht Tage vor Ausbruch des blutigen Krieges könne irgendein Politiker noch den Frieden erhalten. Absolut undenkbar ist der Fall zwar nicht, daß durch ganz ungewöhnlichen Einsatz weniger und einzelner Menschen auch dann die blutige Katastrophe noch aufzuhalten sei. Aber wenn Politiker und Nichtpolitiker nicht qualifiziert waren, unblutige Wege zu führen, als diese noch leichter zu gehen waren, ist es unwahrscheinlich, daß sie in einem fortgeschrittenen Stadium noch Genügendes vermöchten. Die radikale Erkenntnis, daß der moderne Krieg ein lange vor seiner blutigen Endphase außermilitärisch ansetzender Prozeß ist, der in seinem Fortschreiten immer schwerer beeinflußbar wird und schließlich mit fast automatisch-mechanischer Notwendigkeit auf eine militärische Katastrophe ohne Maß treibt, muß Wehrforschung und Wehrpolitik heute alarmieren. Absurd ist es, die geistigen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte dorthin abzuziehen, wo die Entscheidung nicht fällt und von wo aus sie kaum oder gar nicht positiv zu beeinflussen ist. Die allgemeinen Kräfte müssen sich vielmehr früh und konzentriert genug an diejenigen geistigen, wirtschaftlichen und politischen Stellen nützlich machen, an denen die Frage auf Leben und Tod sich noch positiv entscheiden läßt.

Militärische Sachverständige kommen mehr und mehr zu dem Urteil, der moderne Krieg fordere selbständige Einzelkämpfer und kleinste bewegliche Verbände. Zwangsrekrutierte Massen seien eher schädlich als nützlich. Wo die Politik diesem Urteil gerecht wird, dürfte im Übergang eine Zusammenarbeit von Anhängern der militärischen mit denen der revolutionierten Wehrauffassung möglich werden. Die Wehrhaftigkeit, die sich aus der Revolution des Wehrdenkens ergibt, macht die gewaltlose Selbsthilfe auf allen Lebensgebieten zum allgemeinen Prinzip. Ihre Forderungen gehen wesentlich über die von den Militärsachverständigen vertretene militärische Selbsthilfe Einzelner und kleiner Gruppen hinaus. Überall, wo militärische Selbsthilfe die allgemeine Selbsthilfe nicht hemmt, könnte sie ähnlich wirken wie eine einwandfreie Polizei wirkt: je überflüssiger die Allgemeinheit sie macht, um so besser für alle. Auch in Zeiten kleinerer oder größerer Konflikte muß das Schwergewicht auf der zivilen Selbsthilfe liegen, auf der gewaltlosen Selbsthilfe, die ihre wichtigste Pflegestätte in der örtlichen Gemeinde hat und von dort aus die allgemeine Selbsthilfe auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet zum Einsatz an den lebenswichtigen Aufgaben des Weltfriedens entwickelt.

Wehrpflicht im Zwielficht

Zur Frage der Verweigerung von Massenmord

Die Form des modernen Krieges ist der totale Krieg. Totaler Krieg ist Vernichtungskrieg. Vernichtungskrieg unter Menschen ist totales Massaker oder Massenmord. Die Frage der Teilnahme am Kriege muß unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß der moderne Krieg totaler Krieg ist, die Merkmale des klassischen Krieges verloren und Formen angenommen hat, die jedes unverbildete Bewußtsein als verbrecherisch bezeichnen muß. „Kriegsdienst für die Gemeinschaft“ ist mit dem Wandel von Krieg und Strategie revolutioniert worden. Da der moderne Krieg Massenmord ist, erfordert er ein Umdenken auch in der Frage der Verweigerung des Kriegsdienstes. Wo Massenmord geplant, vorbereitet oder ausgeführt wird, kann nicht mehr von „Dienst“ gesprochen werden, sondern nur noch von Mitwirkung oder Mittäterschaft bei der Begehung (Planung und Vollstreckung) von Massenmord. Es gibt keinen „Dienst“ an der Hinschlachtung von Massen, an der Planung und Durchführung von Veraschungen. Ebenso kann man nicht mehr von einer Pflicht zur Teilnahme am Massenmord oder dessen Vorbereitung sprechen. Inpflichtnahme für Massaker-Planungen und Massaker-Vollstreckung sind rechts- und sittenwidrig. Von daher erscheint die Frage der sogenannten „Wehrpflicht“ in einem neuen Licht. Die Frage der Verweigerung von Teilnahme und Mittäterschaft am Massenmord hat das Problem der Kriegsdienstverweigerung im früheren Sinne gesprengt und überholt.

Das moderne Massaker ist kein Fall des klassischen Krieges mehr. Es ist in sich ein illegaler Akt, Kriegsverbrechen im Sinne des Völkerrechts. Zum erstenmal in der Geschichte liegt mit dem Kriege, seiner Vorbereitung, Planung und Durchführung der Tatbestand krimineller Handlungen vor. Im Falle der Verweigerung von Teilnahme und Mittäterschaft geht es hier nicht mehr um die Verweigerung eines von der Gemeinschaft mit Recht geforderten Dienstes. Es geht hier vielmehr um die Verweigerung von Verbrechen bzw. um die Verweigerung der Mittäterschaft an diesen Verbrechen.

Die Frage des Rechtes zum Kriege bzw. zum sogenannten Recht auf Kriegsdienstverweigerung kann nicht mehr nach den früheren Kriegslehren und Kriegstheologien entschieden werden. Sie muß vielmehr unter Beachtung der revolutionär veränderten Lage neu formuliert werden. Die Frage lautet: Gibt es ein Recht zum kriegerischen Massenmord? Kann eine Pflicht zu Planung und Vollzug von Massenfremd- und Massenselbstmord behauptet werden? Besteht nicht umgekehrt ein elementares Recht und die unabsetzbare Pflicht für jeden Einzelnen und die Völker zur Verweigerung der Planung und Vollstreckung von Massenmord? Besteht nicht ein naturrechtlich und metaphysisch begründetes unabdingbares Recht zum Gewissensaufstand gegen den sogenannten Krieg im Atomzeitalter?

Schriftleitung

Der Standort der Evangelischen Kirche¹⁾

In der Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Kriegsdienstverweigerung vom 16. 12. 1955, welche den staatlichen Stellen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik als „Ratschlag zur gesetzlichen Regelung zum Schutz der Kriegsdienstverweigerer“ zur Kenntnis gebracht wurde, heißt es u. a.:

„Die erschreckende Ausweitung des modernen Krieges und die geschärfte Verantwortung gegenüber Waffengewalt und Krieg legen jedem Christen die Frage in das Gewissen, ob der Krieg als ein letztes Mittel der Verteidigung und die Teilnahme

am Kriege oder die Vorbereitung dafür erlaubt sein kann. Wenn der Staat die Befugnis zur Heranziehung seiner Bürger zum Wehr- und Kriegsdienst in Anspruch nimmt, so steht er vor der Frage, ob er nicht um der Würde des Menschen willen . . . darauf verzichten muß, von Menschen den Kriegsdienst zu fordern, die dadurch in eine ernste Gewissensnot geraten . . .“

Der Schutz des Kriegsdienstverweigerers

¹⁾ Vgl. hierzu: Kirche und Kriegsdienstverweigerung — Ratschlag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Begründung und dokumentarischem Anhang, Chr. Kaiser-Verlag, München, 1956.

solle nicht auf den Fall des eigentlichen Krieges beschränkt werden, sondern wäre auch auf die Teilnahme an der militärischen Ausbildung im Frieden zu erstrecken. „An den Staat ist die dringende Bitte zu richten, in seinem Bestreben, praktisch anwendbare Abgrenzungen zu schaffen, den Kreis der Gewissensbedenken, denen er Gehör schenkt, nicht eng oder gar schematisch (z. B. in Beschränkung auf Angehörige bestimmter Gruppen und Gemeinschaften) abzustecken, damit er nicht Gewissenszwang an vielen übt, die solchen Festsetzungen nicht entsprechen. Die Evangelische Kirche muß daran erinnern, daß für den evangelischen Christen die Stimme des Gewissens in einer konkreten Lage vernehmbar wird und nicht an allgemeinen Maßstäben zu messen ist. Wenn der Staat, eingedenk dessen, daß es nicht das Amt des menschlichen Richters ist, über das Gewissen zu urteilen, objektiv feststellbare Momente für die Anerkennung der Haltung des Kriegsdienstverweigerers fordert, sollte doch das staatliche Gesetz die Möglichkeit offen lassen, auch der konkreten Gewissensentscheidung im Einzelfall eines unlösbaren Gewissenkonflikts Raum zu gewähren. Der Wertung der Persönlichkeit des Kriegsdienstverweigerers und dem Gewissensernst seiner Stellungnahme gebührt dabei Berücksichtigung. In der weitestgehenden Rücksichtnahme auf die Gewissensnot gewährt der Staat die Gewissensfreiheit, der er in Art 4 Abs. 1 GG besonderen Schutz zugesagt hat.“

Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß seit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges sich in der Stellung der christlichen Kirche zum Krieg eine Wandlung gegenüber dem 19. Jahrhundert mit seiner Problemlosigkeit in dieser Frage angebahnt habe. Der Krieg sei den Kirchen unter neuen Bedingungen zu einem ernststen Problem geworden, an dem man nicht mehr vorübergehen könne. Und zwar nicht nur an dem Atomwaffenkrieg, sondern an dem Krieg überhaupt als Mittel der politischen Entscheidung zwischen Staaten und Völkern. Die Kirchen verurteilten den Krieg nicht nur als Übel sondern als „Sünde“. Die Möglichkeit einer Rechtfertigung des Krieges werde bezweifelt und die Frage erhoben, ob es heute noch einen „gerechten Krieg“ geben kann.

Zum Problem der allgemeinen Wehrpflicht heißt es: „Erst in neuerer Zeit ist — im Zusammenhang mit der Entwicklung der modernen Staaten zum Totalitarismus und des Krieges zum totalen Vernichtungskrieg — auch in den Kirchen die Frage nach

dem vor Gott zu verantwortenden Recht des Staates auf die zwangsweise Heranziehung seiner Bürger zu Wehr- und Kriegsdienst aufgeworfen worden. Die christliche Kirche sieht sich dabei dem Problem des Staates, seiner Aufgabe, seines Rechtes und seiner Grenze gegenübergestellt.“ Die Frage der allgemeinen Wehrpflicht bedürfe daher einer allgemeinen Klärung im Zusammenhang mit der christlichen Erkenntnis über den Auftrag und über die Grenzen des Staates. Wenn auch die Einrichtung einer inneren Ordnungsmacht (Polizei) zur legitimen Gewaltandrohung und Ausübung im Dienste des Rechts und des Friedens notwendig sei, so könne die Aufstellung militärischer Formationen im Unterschied zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nicht ein für alle Mal als göttlich gebotene Pflicht anerkannt werden. Das Recht und die Pflicht des Staates zum Schutze seiner Bürger schließe daher die allgemeine Wehrpflicht nicht notwendig ein. Die Kirche müsse darauf hinweisen, daß der Staat mit einer solchen Anordnung eine so ethisch tiefgreifende Forderung an jedermann stelle, die viele seiner Bürger, Christen und Nichtchristen, in einen schweren Gewissenskonflikt bringen können, weil diese aus ihrer religiösen oder ethisch begründeten Überzeugung den Kampf mit der Waffe und das Töten von Menschen unbedingt verwerfen und darum den Befehl des Staates, dem sie sonst Gehorsam leisten, hierin nicht gehorchen zu können glauben. Zur Frage Gewissen und Staat heißt es: „Die Erwähnung des Gewissens im Grundgesetz Artikel 4 Abs. 3 GG bedeutet, daß der gesetzgebende Staat hier ein Phänomen voraussetzt und anerkennt, über das er nicht verfügt. Er setzt voraus, daß seine Bürger ‚ein Gewissen haben‘.“ Mit dem Gefälle von Artikel 1 Abs. 1 GG ab stehenden Artikel 4 Abs. 3 GG habe der Staat die Würde des Einzelnen, die Eigenverantwortlichkeit, die Freiheit in der letzten Bindung anerkannt, die nur vom eigenen Selbst erkannt und entschieden werden könne. Die Erwähnung des Gewissens in der Verfassung bedeute, daß der einzelne Mensch selbst seine letzte Bindung, sein eigentliches Sollen erkenne und sich selbst vorzuhalten habe.

Für die Evangelische Kirche folgt daraus: „Sie wird selbst alle Gewissensentscheidungen respektieren und bei jedermann, bei einzelnen in der Seelsorge, bei Machtbesitzenden und beim Staat für die Respektierung eintreten. Sie weiß und wird deutlich machen, daß nur bei solcher grundsätzlichen und praktischen Respektierung der

einzelne auf sein Gewissen hin angesprochen werden kann, während Nicht-Respektierung die Würde des Menschen und d. h. seine Verantwortlichkeit zerstört. Damit würde der Staat sein eigenes Fundament untergraben und sich unfähig machen, auf Treue und Pflichterfüllung seiner Bürger zu rechnen. In der Achtung des Gewissens seiner Bürger vollzieht sich die Selbstachtung des Staates als einer sittlichen Gemeinschaft."

Respektierung des Gewissens bedeute, daß über Gewissensentscheidungen kein anderer Mensch, also auch nicht der Staat Richter sei. Das Gewissen ist nicht judizierbar. Wohl aber könne dem Verweigerer zugemutet werden, die Gewissensmäßigkeit seines Handelns glaubhaft zu machen. „Dies geschieht durch Vorbringen seiner Gründe und durch eine Lebensführung, die verrät, daß in ihr das Gewissensgespräch eine maßgebende Rolle spielt (womit aber nicht eine fehlerfreie Lebensführung gemeint sein darf)."

Der Rat der Evangelischen Kirche zieht daraus zwei Folgerungen:

- a) Respektierung der prinzipiellen Verweigerer. Darunter sind nicht nur die Vertreter absoluter Gewaltlosigkeit zu verstehen, sondern auch diejenigen, die zwar die Aufstellung von Polizei, nicht aber von Militär — oder die zwar die Aufstellung von Militär, nicht aber die Herstellung der modernen Vernichtungsmittel (ABC-Waffen) zur Befugnis eines Staates rechnen.
- b) Respektierung der aktuellen Verweigerer im Falle des von ihnen für ungerecht gehaltenen Krieges.

Im weiteren wird ausgeführt: Es wirke sich gerade bei der schwierigen Frage der Kriegsdienstverweigerung heute verhängnisvoll aus, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von der christlichen Ethik früher nicht als Problem empfunden worden ist. Leider sei die Kriegsdienstverweigerung bisher als „Sonderfall eines besonders skrupulösen, wahrscheinlich irrenden Gewissens" betrachtet worden. Heute habe die Meinung früherer Tage, der Christ dürfe Wehr- und Kriegsdienst leisten, soweit ihm dies nicht das Gewissen besonderer Umstände halber verbietet, in der Evangelischen Kirche keine unbestrittene Geltung mehr. Wörtlich heißt es: „Angesichts der besonderen Problematik des Krieges im Zeitalter der Atomwaffen und der besonderen deutschen Situation ist die Bereitschaft zur Leistung des Kriegsdienstes in

der Evangelischen Kirche eine ernste Frage des christlichen Gewissens geworden."

Über die verfassungsrechtliche Tragweite des Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes heißt es in der Stellungnahme der Evangelischen Kirche Deutschlands: „In Art. 4 Abs. 3 GG ist der Umfang festgelegt, in dem der Staat sich zu einer Rücksichtnahme auf die gegen den Kriegsdienst mit der Waffe bestehende Gewissensnot verpflichtet hat. Hier werden der staatlichen Gesetzgebung über Kriegsdienstverweigerung . . . feste Schranken gezogen. Angesichts des knappen Wortlauts des Art. 4 Abs. 3 GG ist es Aufgabe der Auslegung, den objektiven Sinn dieser Vorschrift und damit die Tragweite der staatlichen Zusicherung klarzulegen. Es ist von dem allgemeinen Grundsatz auszugehen, daß der Maßstab der rechtlichen Interpretation nicht der historische Wille der gesetzgebenden Instanzen allein, sondern die im Wortlaut der Norm niedergelegte objektive Sinngebung und Wertung ist."

Art. 4 Abs. 3 gewähre ein individuelles Grundrecht, das aber nicht für sich allein stehe, in dem Zusammenhang der Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht als eine einfache Folgerung aus diesen Prinzipien, sondern als eine Erweiterung des von ihnen gewährten Schutzes gemeint ist. Man könne Art. 4 Abs. 3 als Zugeständnis des Staates gegenüber Anschauungen bezeichnen, die der Staat, um der sonst entstehenden ersten Gewissensnot willen, in Selbstbeschränkung zu achten sich bereit findet.

Jedes Grundrecht sei im Zusammenhang der ganzen Verfassung, der anderen Grundrechte sowie der organisatorischen Bestimmungen auszulegen. Daraus folge, daß im Hinblick auf Art. 3 Abs. 3 und Art. 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Abs. 7 der Weimarer Reichsverfassung nicht nur Gewissensbedenken berücksichtigt werden, die aus religiöser Überzeugung entspringen, sondern daß auch Bedenken aus weltanschaulicher Haltung (ethisch-humanitäre Gesichtspunkte) Anerkennung zu finden hätten.

Wer den Kriegsdienst unter Berufung auf Art. 4 Abs. 3 verweigere, äußere „nicht eine bloße Willensentscheidung, sondern er bezeugt die für ihn tatsächlich bestehende Gewissensnot". Nach evangelischer Lehre werde die Stimme des Gewissens nur in der Stellung zu einer bestimmten konkreten Handlung oder Entscheidung hörbar. Diese Stimme könne nicht aus allgemeinen Sätzen abgelesen werden, an denen sich Staatsgesetz und staatliche Instanzen orientieren könnten.

Im Gewissen des einzelnen könnten Gesichtspunkte verschiedener Art zu der Überzeugung führen, daß ein zwingendes höheres Gebot ihn zur Fernhaltung vom Kriegsdienst mit der Waffe verpflichtet. „Es gibt keine Möglichkeit objektiver Feststellungen darüber, ob ein Mensch in seinem Gewissen wirklich in bestimmter Richtung gebunden ist.“ Die Beweislast könne praktisch nur dadurch geklärt werden, „daß derjenige, der sich im Gewissen beschwert fühlt, seine Bedenken äußert und, soweit möglich, durch objektive Angaben (Herkunft, bisherige Haltung usw.) glaubhaft macht“. Die staatliche Gesetzgebung müsse so gefaßt sein, daß sie eine individuelle Rücksichtnahme

auf die besondere Auffassung des Gewissens nach evangelischer Lehre nicht ausschließe.

Abschließend wird die Forderung erhoben: „Eine Befreiung nach Art. 4 Abs. 3 GG wird demjenigen zu gewähren sein, der sich grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit bekennt oder der, ohne den staatlichen Anspruch auf Gewalt und Gewaltanwendung (Polizei) zu bestreiten, den Krieg in seiner heutigen Erscheinungsform ablehnt. Das schließt diejenigen ein, die im Hinblick auf die modernen Massenvernichtungsmittel — solange ihre Anwendung nicht verboten und wirksam verhindert ist — den Krieg ablehnen.“

Bericht des Instituts

Zur katholischen Kriegstheologie ¹⁾

Eine offizielle ausführliche und zusammenhängende Stellungnahme der Katholischen Kirche zum Problem des totalen Krieges im allgemeinen und zur Kriegsdienstverweigerung unter den Bedingungen der neuen Lage wie bei der Evangelischen Kirche existiert nicht.

Zwar wird auch hier im Prinzip das Gewissen als oberste Instanz anerkannt. Aber man ist mißtrauisch gegen das individuelle Gewissen. Gegen seine „Subjektivität“ wird eine obrigkeitliche Autorität gesetzt, die aus der mittelalterlichen Tradition verständlich ist und die Grundfragen der demokratischen Verfassung im wesentlichen unbeachtet läßt.

So wird der Versuch unternommen, die überkommene Kriegstheologie auch noch auf den totalen Krieg anzuwenden. Dabei wird zugegeben, daß der totale Krieg zu verwerfen sei. Aber diese Verwerfung führt nicht zu einem klaren Nein mit allen nötigen Konsequenzen. Vielmehr wird auf Umwegen das Ja auch zum modernen Krieg wieder hereingenommen und sogar bis zum Gedanken der „christlichen Kriegsdienstpflicht“ hochgeschraubt.

Auf diese Weise trägt man gewollt oder ungewollt dazu bei, die Öffentlichkeit über den Charakter des modernen Krieges zu täuschen. Die katholischen Theologen stehen mit wenigen Ausnahmen auf dem Standpunkt, daß nur die Wahl zwischen militantem Nihilismus und defaitistischem Nichtstun verbleibe. Da man sich der defaitistischen Haltung verschließt, glaubt man, das Extrem einer nihilistischen Aktivität bejahen oder wenigstens tolerieren zu müssen.

Immerhin darf auch von einem katholischen Bestreben die Rede sein, die ganze überkommene Kriegstheologie in ihrer mittel-

alterlich staatskirchlichen Bedingtheit kritisch zu verstehen und aus der neuen Situation neue Konsequenzen zu ziehen. Freilich schlägt es sich bisher nur in Einzelbemerkungen kirchlicher Autoritäten und in Einzelleistungen katholischer Laien und Theologen nieder. Aber die Zeichen mehren sich doch, daß auch in der katholischen Kirche eine moderne Friedenstheologie heranwächst.

Aus diesem Zusammenhang sind die offiziellen — stark traditionell gehaltenen — Stimmen zu deuten:

Der Rektor der Theologischen Akademie in Paderborn, Dr. *Gustav Ermecke*, z. B. versucht, das ganze Problem durch den Hinweis auf die moralische Gehorsamspflicht des Staatsbürgers gegenüber dem staatlichen Befehlsgeber zu umgehen. Nach den Auffassungen der christlichen Ethik bestehe eine absolute Verpflichtung zum Kriegsdienst, wenn ein Volk in Notwehr um seine Existenz kämpfe, wenn der Kampf Aussicht auf Erfolg habe und nicht zu noch größeren Übeln führe.

Alle Fragen, ob die moderne Barbarei noch als Kampf um die Existenz und als Mittel effektiver Notwehr angesehen werden kann, ob ein Kampf mit dem Mittel des Massenmords überhaupt Aussicht auf Erfolg hat und nicht zu noch größerem Übel führt, gehen in dieser Lehre unter. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß Ermecke in seiner „Katholischen Moraltheologie“ vom modernen Krieg sagt, er sei „nicht mehr oder doch nur in den seltensten Fällen ein erlaubtes Mittel“.

¹⁾ Vgl. hierzu: Nikolaus Koch, Über die christliche Art, Krieg zu führen. Hrg. von der Beratungsstelle des Friedensdienstes, Witten-Bommern, 1954.

Auch Pater Eberhard Welty betont, daß der heutige Krieg kein geeignetes Mittel der Politik mehr sei, dennoch heißt es: „In einem erlaubten Krieg darf niemand den Kriegsdienst verweigern, zu dem ihn die rechtmäßige Obrigkeit verpflichtet. Kürzer gesagt: Kriegsdienst in einem erlaubten Krieg ist Gewissenspflicht.“ Die Entscheidung über die Erlaubtheit oder Nichterlaubtheit des Krieges wird in die Hand der „rechtmäßigen Obrigkeit“ gelegt. Indem der Einzelne im Gewissen auf die staatliche Entscheidung verpflichtet wird, wird die Gewissensfrage des Christen paralyisiert¹⁾.

Der Moraltheologe Bernhard Häring bemerkt in seinem Buch „Das Gesetz Christi“ zur katholischen Kriegsethik u. a.: „Es ist jedoch auch der Defensivkrieg, zumal bei der heutigen grausamen Kriegführung, sittlich nicht zu rechtfertigen, wenn man von vornherein sehen muß, daß die Übel des Krieges zweifellos schlimmer sein würden als das Übel, das das Volk bei eigener Gewaltlosigkeit vom Feinde erleiden würde.“²⁾ Aber auch Häring läßt den totalen Vernichtungskrieg über die Hintertür des sogenannten „heiligen Krieges“ wieder herein.

Eine falsche Auffassung vom christlichen Realismus in der Welt und der Kirche hindert die katholischen Theologen daran, sich der verheerenden Folgen bewußt zu

werden, die ein dogmatisches Staatskirchentum in einer Zeit offener Kriminalisierung der politischen und militärischen Auffassungen gegen sich selbst heraufbeschwört. Die Gleichsetzung von christlich und weltlich-politisch in einem Augenblick, da sowohl die Politik wie die militärische Strategie vor nihilistischen Hintergründen operiert, droht zu einer furchtbaren Schuld der Kirche zu werden, die furchtbare Folgen haben müßte.

Die sogenannte Verantwortungsethik der zeitgenössischen Moraltheologie droht zur politischen Gesinnungshuberei zu werden. Wahre christliche Gesinnungsethik ist zu allen Zeiten auch wahre christliche Verantwortungsethik gewesen. Die tendenziöse Aufspaltung von Gesinnung und Verantwortung durch gewisse moderne Richtungen der katholischen Moraltheologie muß als ein böser Versuch zur Kaschierung des staatskirchlichen Bündnisses mit einer politischen Wirklichkeit erkannt werden, für das die Verantwortung zu übernehmen durchaus nicht Aufgabe christlicher Gesinnung und Selbstbehauptung im Atomzeitalter mehr sein kann.

Bericht des Instituts

¹⁾ Herders Sozialkatechismus, Freiburg 1952/53

²⁾ Freiburg 1954, S. 972

Beispiel einer verfehlten Wehrpolitik

Während überall in Deutschland die ersten Zeichen des Erwachens zu bemerken sind, hat die westdeutsche Regierung — im Frühjahr 1956 — Bundestag und Bundesrat den Regierungsentwurf eines Wehrpflichtgesetzes für Westdeutschland zugeleitet. Dieser Entwurf sieht den allgemeinen Wehrzwang vor. Ein Gesetz, das ihm entspräche, würde die gesetzliche Möglichkeit schaffen, Westdeutschland total zu militarisieren.

Das Günstigste, was zum Regierungsentwurf und seiner amtlichen Begründung angenommen werden kann, wäre, daß dieses Dokument nur als Routinesache weitergegeben wird, um Volk und Abgeordnete zu testen und um sich gegen amerikanische Vorwürfe zu sichern. Objektive Kritik kann das Dokument unschädlich machen, wenn sie entschlossen und überzeugend genug vorgetragen, von verantwortungsbewußten Persönlichkeiten des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens aufgegriffen wird und den realen Widerstand des Volkes hinter sich hat.

„Grundsätzlich“ — „Ausnahmerecht“ — „repräsentative Demokratie“

Im Regierungsentwurf ist fast alles ignoriert, was an entscheidenden Einwänden und konstruktiven Vorschlägen bisher greifbar geworden ist. Von der Revolution des Wehrdenkens findet sich in ihm keine Spur. Seine Tendenzen zeigen sich alarmierend in Wortlaut und Begründung der Bestimmungen über Kriegsdienstverweigerung und Ersatzdienst. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sei ein „Ausnahmerecht“ und auf „grundsätzliche Waffen dienstgegnerschaft“ beschränkt. Vom Militärzwang ausgenommen sein soll nur, wer sich „aus grundsätzlicher religiöser oder sittlicher Überzeugung allgemein zur Gewaltlosigkeit in den Beziehungen der Staaten und Völker bekennt“. Für alle übrigen Gewissensfälle sollen die Entscheidungen der „repräsentativen Demokratie“, des Parlaments, der Regierung und des Gerichts, gelten. „Situationsgebundene“ Gewissens-

entscheidungen sollen nicht unter Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes fallen.

Die beabsichtigte Beschränkung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung ist eine sittlich und sachlich unhaltbare Verletzung dieses Rechtes. Sie stellt den Versuch dar, es auf einen winzigen Kreis von Einzelgängern einzuengen, die als Utopisten und hoffnungslose Schwärmer angesehen werden und denen man Narrenfreiheit glaubt einräumen zu können. Auf diese Weise soll die Kriegsdienstverweigerung offenbar „unschädlich“ gemacht werden. „Grundsätzlich“ wird zu diesem Zweck in einem ganz bestimmten tendenziösen Sinne genommen, wie abstrakte Pazifisten es nehmen: voraussetzungslos und isoliert. So wird der Fehler mancher Pazifisten, den menschlichen und sachlichen Zusammenhang jeder sittlichen Entscheidung zu übersehen, zugunsten des Militärzwanges ausgenützt. In Wahrheit ist jede sittliche Entscheidung situationsgebunden, und jede Situation, die vom wachen Gewissen ein unüberwindliches Nein zum Militärdienst verlangt, ist rechtlich zu achten.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Fall des Grundrechts der Gewissensfreiheit. Es zum Ausnahmerecht machen würde bedeuten, das Grundrecht der Gewissensfreiheit auf das Unerträglichste zu verletzen. Selbst wenn die obersten Gerichte einen solchen Angriff auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit unterstützten, dürfte der verantwortungsbewußte Staatsbürger hier nicht nachgeben.

Aus einem zweiten Grunde ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kein Ausnahmerecht. Nachdem die negative und die positive Revolution des Wehrdenkens das Nein zum Kriegsdienst für das wache Gewissen zwingend machen, ist die stillschweigende und ausdrückliche Voraussetzung des Militärdienstes als einer selbstverständlichen Pflicht des Staatsbürgers unhaltbar geworden. Mindestens objektiv selbstverständlich ist bei uns heute die Verneinung des Militärdienstes.

Die Regierung begründet das „Ausnahmerecht“ damit, die Entscheidung des Staatsbürgers käme sonst einer jeweiligen Volksabstimmung gleich. Dieser eigenartigen Begründung muß zunächst entgegengehalten werden, daß eine Regierung, die vom Grundrecht der Gewissensfreiheit her die Opposition des Volkes fürchtet, diese Opposition verdient. Unter dem Stichwort der „repräsentativen Demokratie“ tritt hier besonders deutlich die offizielle Tendenz in Erscheinung, dem Staatsbürger die unmittelbare und elementare demokratische Ver-

antwortung zu nehmen. Hiergegen gilt es in unserem obrigkeitsseligen Volk mit den Regierungen, Parlamenten und Gerichten das kleine demokratische Einmaleins einzuüben. Wenn es nicht anders geht, müssen die Staatsbürger die staatlichen Organe durch gewissenhaften persönlichen Widerstand daran hindern, sich in ein autoritäres Regime zu verwandeln.

„Ersatzdienst“

Für alle diejenigen, die als Kriegsdienstgegner anerkannt werden, ist Ersatzdienstzwang vorgesehen. Offenbar bezieht die Regierung ihre Ersatzdienst-Vorstellungen aus einer Zeit, in der die Militärpflicht noch als selbstverständlich angenommen wurde. Nur unter dieser Voraussetzung konnte es gerechtfertigt erscheinen, demjenigen einen „Ersatzdienst“ aufzuerlegen, der um einer besonderen religiösen Vorschrift willen keinen Waffendienst leisten zu können glaubt. Mit der Revolution des Wehrdenkens verschwindet aber die Alternative: Militärdienst oder Ersatzdienst. An die Stelle der alten gewaltpolitisch-militärischen Wehrhaftigkeit tritt die allgemeine gewaltlose Selbsthilfe nach den Erfordernissen des modernen Krieges.

Wenn diese allgemeine Selbsthilfe als der revolutionierte Wehrwille mindestens als gleichberechtigt anerkannt würde, hätten ihre Träger die legale Möglichkeit, in harter Konkurrenz zum überwundenen Wehrdenken die alte Wehrhaftigkeit abzulösen. Ein „Ersatzdienst“, der nach Namen und Inhalt den überholten Militärdienst voraussetzt und moralisch noch unterstreicht, muß von jedem verworfen werden, der die Revolution im Wehrdenken mitvollzieht. Ein unentschlossenes oder halbes Nein zum Ersatzdienst würde allgemeinem Terror unter dem Begriff der Wehrkraftzersetzung die Tore öffnen.

Die Vorbereitung des Terrors geht eindeutig aus dem folgenden hervor: Auch der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen dürfe „nicht die Verbindlichkeit eines einmal erlassenen Wehrpflichtgesetzes oder das Recht und die sittliche Pflicht des Staates zur Verteidigung in Frage stellen. Das wäre Widerstand. Ihn kann kein Staat erlauben; es sei denn, er gibt sich auf.“ (Vom künftigen deutschen Soldaten, Gedanken und Planungen der Dienststelle Blank. Bonn 1955, S. 35). Wie weit wir auf dem hier angezeigten Weg schon vorgeschritten sind, zeigt der Regierungsentwurf eines „Schutzgesetzes für die Bundes-

wehr", dessen totalitären Charakter bereits im Bundestag festgestellt und angegriffen wurde.

Demokratische Verantwortung

Der Gesetzgeber muß dringend davor gewarnt werden, den von der Regierung vorgezeichneten Weg zu gehen. Bisher haben öffentliche Organe wohlfundierte und schwerwiegende Einwände mißachtet und sind darüber zur Tagesordnung übergegangen. Das sollte man hier nicht wiederholen. Es gibt in Deutschland eine stetig wachsende Zahl von Staatsbürgern, die die neue Wehrhaftigkeit bejahen und üben. Sie sehen sich im Gewissen zu einer Haltung und einem dauernden Einsatz verpflichtet, für den sie sich auf das Grundrecht des

freien Gewissens und auf nachprüfbare bessere Einsicht berufen. Der Gesetzgeber hat kein Recht und keinen stichhaltigen Grund, diese Staatsbürger zu zwingen, von ihrer elementaren demokratischen Verantwortung Gebrauch zu machen. Er sollte sie nicht zum Widerstand nötigen.

Der Widerstehende wäre gerechtfertigt kraft seines Gewissens, das ihn moralisch legitimiert. Er hätte das Grundrecht des freien Gewissens für sich, das ihn rechtlich unangreifbar macht, solange es Richter gibt, welche die Übereinstimmung dieser Haltung mit dem elementarsten Grundrecht der Verfassung nicht verdunkeln lassen. Der Widerstehende dürfte außerdem wissen, daß er die Zukunft für sich hat, so schwierig der Weg auch sein mag.

Das Dilemma des weißen Mannes

In deutscher Sprache liegen jetzt mehrere Werke über Asien vor, die den westlichen Leser veranlassen können, die Sicherheit des Westens nicht länger in gesteigerter Militärmacht zu suchen, sondern in einer bestimmten wirtschaftlichen Initiative revolutionären Ausmaßes.

Unter dem Titel „The White Man's Dilemma“ erschien 1953 von Lord Boyd Orr ein Werk, das dem Westen nachweist, er habe nunmehr die Wahl, mit oder ohne Zusammenarbeit mit der Sowjetunion seine industrielle Überlegenheit darauf zu verwenden, in Lateinamerika, Afrika und vor allem in Asien gesunde ökonomische Verhältnisse schaffen zu helfen, oder unterzugehen. Der Autor, Träger des Friedensnobelpreises 1949, nach dem Zweiten Weltkrieg Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, ist wie kaum ein anderer berufen, dem Westen die Augen zu öffnen für die entscheidende Gefahr, die ihm droht, und den Weg zu zeigen, diese Gefahr zum eigenen Nutzen wie zum Nutzen der farbigen Welt zu überwinden. Das Werk ist unter dem verunglückten Titel „Werden nur die Reichen satt“ auf Initiative der Hamburger Freiherr-vom-Stein-Stiftung 1954 im Econ-Verlag Düsseldorf erschienen (152 Seiten, Leinen 10,80 DM). Es sollte von allen deutschen Politikern und Wirtschaftsführern gelesen werden.

Von Anton Zischka brachte der Bertelsmann-Verlag Gütersloh 1955 ein Werk unter dem Titel „Welt in Angst und Hoffnung“ heraus. Der Verfasser, dessen Asienbuch vor einigen Jahren „Pläne und Möglichkeiten der neutralen Hälfte der Menschheit“ dar-

gelegt hatte, gibt einen Bericht über seine „Weltreise zu den Brennpunkten des Zeitgeschehens“. Gelegentlich der Darstellung einer Besichtigung der indischen „Community projects“ durch die Führer des neuen China stellt er (S. 178) die Frage, welche weltgeschichtlichen Folgen es haben könne, wenn Rotchina sehe, daß es außer dem sowjetischen Weg der Gewalt einen anderen Weg gebe, ohne Gewalt zu erreichen, was in der SU Ströme von Blut gekostet habe. Als Quintessenz der indischen Initiative wird (S. 184) Vikash Yojana, die „Selbsthilfe“, als Prinzip größten Stils genannt.

Ebenfalls 1955 erschien von Wolf Schenke im Holsten-Verlag Hamburg eine Broschüre „Die Stunde Asiens“ mit dem Untertitel „Deutschland und die Revolution des 20. Jahrhunderts“. Der Verfasser kennt China aus eigener Erfahrung. Er zieht aus der Einsicht in die Notwendigkeit einer ausreichenden wirtschaftlichen Initiative des Westens (S. 83 f.) sehr sorgfältig die Konsequenzen für Deutschland. Dabei wird festgestellt, daß diese Initiative nicht ohne die Bereitschaft möglich ist, auch theoretisch neue Wege zu gehen. (93 Seiten mit 2 Kartenskizzen, kart. 4,50 DM.)

Die *indische Botschaft* in Bonn gab 1955 unter dem Titel „Indien. Leistung und Aufgabe“ (167 Seiten) einen Bericht heraus, der wichtiges Material über die „Dorfgemeinschafts-Entwicklungsprojekte“ enthält und den Leser fragen läßt, ob das dort geübte Prinzip der allgemeinen Selbsthilfe — abgewandelt nach den Nöten und Bedürfnissen des eigenen Volkes — nicht auch für uns der rechte Weg aus der allgemeinen

Ratlosigkeit ist. Der indische Bericht erwähnt (S. 88) u. a. auch eine Initiative der Ruhrindustrie, eine Anzahl Inder laufend auszubilden und damit etwas gegen den katastrophalen indischen Facharbeitermangel zu tun. Sehr segensreich wäre es, wenn Deutschland diese Initiative im größten Umfang aufnähme.

Wie sehr auch einsichtige Männer aus den USA sehen, was der Westen im Osten tun muß, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, zeigt ein Buch des amerikanischen Oberrichters *William O. Douglas*, das in deutscher Sprache unter dem Titel „Gärten der Orient“ 1954 im Diana-Verlag Zürich herausgekommen ist (364 S.). Im Schlußkapitel nennt der Verfasser die wichtigsten Bedingungen einer Initiative, den Frieden zu retten: „keinerlei Form von Imperialismus“ (S. 354), „Mut, der aus Vernunft kommt, nicht aus Hysterie und nicht aus Furcht“ (S. 355), „ein politisches und nicht ein militärisches Programm“ (S. 357), das „Gefühl innerer Zusammengehörigkeit“ (S. 358), eine asiatische „Bodenreform“ (S. 352) größten Stils als Voraussetzung erfolgreicher westlicher Unterstützung, kein Zusammengehen mit dem Klüngel der „korrupten und reaktionären Kräfte“ (S. 350),

die dauerhafte Ergebnisse unmöglich machen.

Der Franzose *Tibor Mende* legt der deutschen Leserschaft unter dem Titel „Indien vor dem Sturm“ (Europäische Verlagsanstalt Frankfurt 1955. 274 S.) einen konkreten Bericht mit einer überaus skeptischen Prognose vor: Nach seinem Urteil wäre Indien zu retten, wenn der eigene Wille und westliche Initiative den indischen Völkern den Elan gäben, sich selber gesunde wirtschaftliche, soziale und geistige Lebensverhältnisse zu schaffen. Da der Verfasser angesichts der inneren Verfassung des Westens wie des indischen Staates an eine ausreichende Initiative nicht zu glauben vermag, meint er, Indien drohe im nächsten Jahrzehnt den Weg Chinas zu gehen.

Hat der Westen, hat insbesondere Deutschland nicht Geist und Willen genug, seine Kräfte für eine Initiative zu verwenden, die den farbigen Völkern gesunde Lebensbedingungen schaffen hilft, die ökonomischen Verhältnisse des Westens jung macht und gesund erhält und alle Staaten von dem schlimmsten Zwang zu Krieg und Zerstörung zu befreien verspricht?

Nikolaus Koch

Dorf am Eisernen Vorhang

WERNER MÜLLER

Wenn ich aus meinem Fenster schaue, sehe ich — nun schon seit acht Jahren — die Zonengrenze. Es ist ein Bild, welches Auge und Herz täglich neu erregt, nicht wegen der Besonderheit, wohl aber deshalb, weil dieser Schnitt mitten durch Deutschland Wirklichkeit ist und ein Ende dieses Zustandes auch nicht annähernd vorausgesagt werden kann.

Ich wurde einmal von einem „Binnendeutschen“ gefragt, ob wir, so nahe beim Russen, keine Furcht hätten. Es müsse doch „sehr gefährlich“ sein? In den Jahren nach dem Kriege, als die Sowjets noch selbst am Eisernen Vorhang standen, war Gefahr. Oft wurde geschossen, mancher von den Grenzgängern wurde auch erschossen. Heute ist es bei uns ruhig geworden. Die Grenze wird scharf bewacht. Nur in besonderen Fällen wagt man noch den „schwarzen“ Gang über die „Grüne Grenze“. In den meisten Fällen handelt es sich um flüchtende Vopos oder um kriminelle Elemente. Für den harmlosen Grenzgänger lohnt sich das Risiko nicht mehr, mit Paß reist man ruhig.

Unser Ort ist Endstation. Beim Aussteigen stellt der erstaunte Besucher fest, daß unmittelbar vor der Lokomotive das Bahngeleise plötzlich aufhört. Wie eine verfallene Heerstraße windet sich der Eisenbahndamm weiter nach Osten. Im Sommer weiden dort die Ziegen, und die Dorfjungen spielen im Gebüsch ihre Indianerspiele. Hier pulsierte einst der Verkehr, geht doch die Hauptstrecke der Bahn Berlin—Stuttgart hier vorbei, auf der früher täglich 50 Züge unseren Ort passierten, darunter sechs durchgehende Schnellzüge 30 durchgehende Güterzüge, 12 anhaltende Personenzüge und zwei anhaltende Güterzüge. Heute schiebt man um 6 Uhr morgens und abends um 18 und 20 Uhr ein paar Wagen von der nahen Kreisstadt heraus, um die wenigen Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zu bringen.

Am 10-m-Streifen

Es sind nur etwa 400 m bis an die weiß-gelben Pfähle. Von drüben hören wir den Pfiff einer Lokomotive. Ruft sie unser Stahlroß zur Begrüßung? Wie lange haben sie sich auch nicht gesehen. Drüben in Rentwertshausen steht der andere Zug, auf der Endstation der anderen Seite. Wir können bis an den Schlagbaum gehen. Unsere Zoll- und Grenzbeamten hindern uns nicht daran. Wir können sogar über die Grenze gehen, ohne von ihnen Unannehmlichkeiten zu bekommen. Von uns aus ist die Grenze geöffnet. Aber wir bleiben, denn drüben kommen wir nicht weit. Da ist zunächst der 10-m-Streifen, frisch gepflügt und auch geeggt. Bei den Vopos wird saubere Arbeit vom Pflugkommando verlangt. Das ganze Jahr wächst da kein Gräschen. Der Streifen zeigt den Verlauf der Grenze. Er zieht sich vom Fichtelgebirge bis zur Ostsee. An bestimmten Stellen sind Blenden aus Tannenreisig zur Tarnung der Vopostreifen errichtet. Unübersichtliche Geländeteile werden durch Stacheldrahtzäune gesichert. Davor liegen Stolperdrähte mit Abzugsvorrichtungen für Leuchtkugeln. Wer den Streifen betritt, wird ohne Anruf beschossen. 500 m hinter diesem „Todesstreifen“ stehen die hohen Wachttürme. Oben stehen die

Posten und haben Sicht- und Telefonverbindung untereinander. Manchmal hat der neugierige Beobachter Gelegenheit, eine Streife von drüben zu sehen. Da gehen sie in Reihe, voraus zwei Männer, dahinter ein Offizier oder Unteroffizier. Wie aus den Gesprächsfetzen herauszuhören ist, sind es Jungen aus Sachsen. Sie haben den Besucher schon lange gesehen. Beim Näherkommen verstummen sie und marschieren, ohne ein Wort zu sagen, vorbei. Ihre Gesichter sind abweisend und kalt. Mit „Kapitalisten“ sprechen sie nicht.

Ein Blick über die Grenzpfähle

Drüben auf dem Felde arbeiten die Leute aus der Zone, im Sommer auch an den Sonntagen. Es sind Bekannte, Freunde und Verwandte aus den Nachbardörfern. Sie dürfen nicht bis zur Grenze wie wir, reden schon gar nicht. Wir winken uns heimlich zu.

Von einer Anhöhe bei unserem Dorf hat man einen weiten Blick in das Hinterland. Dort drüben der dunkle Streifen am Horizont ist der Thüringer Wald. Wir riechen fast den würzigen Harzgeruch der stillen Tannenwälder. Wie oft waren wir in Oberhof, in Zella-Mehlis, auf dem Beerberg, dem Inselsberg, in Eisenach. Da vorne rechts, zum Greifen nahe, grüßen die Gleichberge herüber mit der alten keltischen Fliehbürg und dem Museum. Ganz nahe um uns herum sehen wir den Kranz der Nachbardörfer, mit denen wir eng verwachsen waren. Es gehörte zur Gewohnheit, daß die jungen Burschen ihre Lebensgefährtinnen drüben suchten und fanden. Heute ist es für die heiratsfähige männliche Jugend schwer bei uns, eine Frau zu finden. Der Umstand, daß die Orte im Hinterland katholisch sind und wir evangelisch, erschwert die Brautschau.

Vom Verkehr abgeschnitten

Wir waren zwar immer schon Grenzland. Früher standen hier die Grenzsteine zwischen den Hennebergern und dem Bistum Würzburg. Dann kam die Grenze zwischen Bayern und Thüringen. Heute haben wir die Zonengrenze vor der Türe. Aber die Grenze war einst „mild und freundlich“, die Menschen gingen ins „Thüringische“ oder ins „Bayerische“, das Herz schlug ruhig und unbekümmert. Seit 1945 hat sich das grundlegend geändert. Der 10-m-Streifen trennt die Eltern von den Kindern, den Bruder von der Schwester, die Großeltern von den Enkeln. Es kommt vor, daß man zur Beerdigung eines lieben Menschen zu spät kommt. Zu den Nachbardörfern würde der Fußgänger in einer halben Stunde gelangen, nach Meiningen wären es 25 km, eine halbe Stunde Bahnfahrt. Wie ist es aber heute? Es wird eine lange Fahrt von 14 Stunden daraus. Die passenden Übergangsstellen fehlen. Auf eine Strecke von rund 200 km thüringisch-bayerische Zonengrenze kommen nur zwei Übergangsmöglichkeiten in Ludwigstadt und Hof. Diese Orte sind für uns schwer zu erreichen. Wir fahren günstiger über Bebra — Herleshausen, also durch Hessen. Für das nördliche Unterfranken könnten bessere Möglichkeiten geschaffen werden. Neben der Hauptstrecke Berlin — Stuttgart liegt die Bundesstraße 19. Beide Verkehrswege treffen sich in der Kreisstadt Mellrichstadt und würden die Abfertigungen an der Übergangsstelle wesentlich erleichtern. Die wirtschaftlichen Nachteile für uns und das Hinterland könnten durch eine Übergangsstelle gemildert werden. Außerdem würden wir näher an den „Pulsschlag“ der Welt herangeführt.

Es gibt hier viele junge Menschen, die ihre Heimat verlassen, um weiter im Landesinneren, besonders im Rheinland, ihr Brot zu verdienen. Nicht nur in der Ostzone spricht man vom „goldenen Westen“, auch hier ist er dem Namen nach bekannt. Auch bei den Industriebetrieben in unserem Raume. Mancher Betrieb, der vielen Menschen Arbeit und Brot gab, hat sich aus dem Streu- oder Saaletal nach Westen abgesetzt. Man ist bemüht, die Industrie durch staatliche Hilfen zu kräftigen oder sogar neue Unternehmen hierher zu bringen, aber ohne den rechten Erfolg. Einer der Hauptgründe ist die schlechte Verkehrslage. Durch Einrichtung des Interzonenverkehrs könnte Abhilfe geschaffen werden. Unser gesamtes nördliches Unterfranken wäre dann an eine Hauptverkehrsader angeschlossen. Anfuhr der Rohstoffe, die es außer Holz und Basalt nicht gibt, wäre billiger, und der Abtransport der Fertigwaren könnte rentabler und bequemer gestaltet werden. Ohne dies kommt die vielgepriesene Hochkonjunktur bei uns kaum in Gang.

Im Grenzdorf

Schon am äußeren Bild unseres Dorfes ist zu sehen, daß wir nicht so recht am „sozialen Aufstieg“ beteiligt waren. Die alten Bauernhäuser machen einen verwahrlosten Eindruck. Zwischen den verwitterten Balken schauen die abgebröckelten Fachwerke heraus. Vom Zustand der Scheunen ganz zu schweigen. Der Bauer richtet sein Augenmerk zunächst auf das Notwendigste. Er versucht seinen Betrieb zu modernisieren. Die große Not an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zwingt ihn dazu. So haben sich in den letzten Jahren fast die Hälfte der Landwirte leichte und mittlere Schlepper gekauft. Alle arbeiten mit Erntemaschinen, einige haben schon Heuaufzüge und Gebläsemaschinen. Ein großes Hindernis auf dem Wege der Modernisierung sind die veralteten Hofanlagen. Der Aufwand an Kraft und Zeit zur Versorgung der Tiere ist groß. Scheunen und Schuppen fassen die Ernten nicht mehr; sie müssen in Feldscheunen außerhalb des Dorfes aufbewahrt werden. Die Hackfrüchte sind in Kellern auf den Raum des Dorfes verteilt oder liegen in Mieten auf dem Felde.

Die größte Belastung entsteht durch die Trinkwasserversorgung. Fünf veraltete Dorfbrunnen liefern das Wasser für Küche und Stall. Die Quellen zu diesen Brunnen liegen sehr flach und werden leicht durch zufließendes Regenwasser verunreinigt, oft so stark, daß das Wasser nicht für den Hausgebrauch verwendet werden kann. Im Nachwinter und Hochsommer herrscht oft Wassermangel. Die Gemeindeverwaltung ist dann gezwungen, an bestimmten Tageszeiten das Wasser ganz abzustellen. Daß sich dann bei Beendigung der Sperrzeit bis zu 20 Personen an den Brunnen ansammeln, ist kaum verwunderlich. Das Wasser wird mit großen Wasserbutten auf dem Rücken nach Hause getragen. Es ist nicht selten, daß in solchen Notzeiten ein größerer Bauer zwei Stunden braucht, bis er sein Vieh getränkt hat.

Vor dem Kriege war man daran, dem Wasserproblem zu Leibe zu rücken. Die Zonengrenze hat alles zunichte gemacht. In der nahen thüringischen Gemeinde Harles sollte eine ergiebige und gute Quelle gefaßt werden, die Verhandlungen waren abgeschlossen und hätten ausgeführt werden können, wenn der Eisernen Vorhang nicht herunter gegangen wäre. Die Gemeinde mußte sich nun entschließen, eine Tiefenbohrung durchzuführen. Die Arbeiten stocken, weil die nötigen

Zuschüsse noch nicht eingegangen sind. Einige Landwirte haben zur Selbsthilfe gegriffen und sich durch Kläranlagen eine eigene Wasserversorgung geschaffen.

Einige Betriebe haben durch die Grenze beträchtliche Teile ihrer Ackerfläche verloren, sie versuchen durch Pachtungen diesen Verlust auszugleichen. Die verlorenen Absatzgebiete für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Thüringer Industriegebieten werden ersetzt durch unsere eigenen Märkte im Westen. Die „Baywa“ vermittelt den Verkauf und versorgt die Landwirtschaft mit Kunstdünger, Maschinen u. a.

Man könnte annehmen, daß Mühlfeld reines Bauerndorf ist. Aber 60% der Bevölkerung sind Arbeiter, vornehmlich Maurer und Tüncher. 80% von ihnen haben ihre Arbeitsplätze in Thüringen verloren. Meiningen, Suhl und Zella-Mehlis waren mit der Eisenbahn leicht zu erreichen. Heute arbeitet man in der Kreisstadt Mellrichstadt, in Bad Neustadt a. d. fränkischen Saale, in Schweinfurt oder im Rheinland. Dank der rührigen Behörde des Kreises konnten die verlorenen Arbeitsplätze in Thüringen zum Teil im Landkreis ersetzt werden. Die rege Bautätigkeit verspricht vorläufig gesicherten Verdienst. In den letzten drei Jahren wurden von 6 Arbeitern eigene Häuser gebaut. Bei ihnen wirkt sich der Umstand günstig aus, daß sie die Maurer- und Tüncherarbeiten selbst ausführen können. Außerdem haben sie 2 ha eigenes Land, auf dem sie sich ernähren können. Es nimmt so kein Wunder, daß in unserem Ort 45 Motorräder laufen, die in der Hauptsache von Arbeitern gefahren werden.

Handel und Gewerbe liegen still

Die „Dorfmühle“ versorgt nur noch den Ort selbst, während sie vor der Zonengrenzziehung auch noch den Nachbarort Roßrieth belieferte. Dieser Ort liegt nicht etwa in der Ostzone, ist aber durch die Grenze nicht mehr auf der Landstraße zu erreichen, weil diese etwa 300 m durch die Ostzone führt. Es führen zwar Feldwege zu diesem Ort, aber für einen normalen Verkehr sind diese unbrauchbar. Alle Versuche, diesen wichtigen Verbindungsweg frei zu bekommen, sind bis jetzt fehlgeschlagen. Ein Straßenneubau scheiterte an den finanziellen Mitteln. Während die besagte Mühle wenigstens noch für den Heimatort arbeiten kann, liegt die zweite Mühle vollkommen still. Sie ist modern eingerichtet, hat Turbinenantrieb und kann große Mengen an Getreide verarbeiten. Sie belieferte früher das Gebiet bis zur Werra. Von den 7000 Ztr., die jährlich auf dieser Mühle gemahlen wurden, entfielen 6000 Ztr. auf das Gebiet jenseits der Grenze. Dazu kamen noch 6000 Reichsmark Bruttoerlös aus dem Mehlverkauf. Dieser hochwertige Betrieb steht heute vollkommen still, und der Besitzer muß sich von einer kleinen Landwirtschaft ernähren.

In ähnlicher Lage befindet sich die Kaffeebrennerei. Von ihr wurden 45 Ortschaften in Thüringen beliefert bei einem Jahresvolumen von 1200 Ztr. und einer Netto-Einnahme von 5000 Reichsmark. Nebenbei wurde noch Bohnenkaffee verkauft, von den 1200 Besen, die umgesetzt wurden, gar nicht zu reden. Heute werden kleine Posten Kaffee für den Ort gebrannt, die das Existenzminimum des Besitzers nicht sichern. Ähnlich ist es bei den 4 Schneidermeistern, die alle nach Thüringen gearbeitet haben. Die 3 Lebensmittelgeschäfte haben 30% ihres Umsatzes durch den Eisernen Vorhang eingebüßt. Die zugezogenen Grenz- und Zollbeamten gleichen diesen Ausfall nicht aus.

Die Verluste der Geschäftsleute wirken sich sehr nachteilig auf die Finanzen der Gemeinde aus. Dieser fehlen jegliche namhaften Einnahmen, zumal auch Wald fehlt, der für eine Gemeinde oft die hauptsächliche Geldquelle bedeutet. Dank des Verständnisses des rührigen Kreisfachberaters für Obst- und Gartenbau wurde mit Hilfe der Unterfränkischen Obstbauplanung eine große Kirschen- und Zwetschgenanlage kostenlos für die Gemeinde erstellt. Die Anlage steht unter der Obhut des Lehrers, der mit den Jungen der Oberstufe die Pflegearbeiten erledigt. Man verspricht sich von dieser Anlage in der Zukunft einen ansehnlichen Gewinn.

Während die Einnahmen sehr dürrtig aussehen, sind die Ausgaben beträchtlich. Dabei macht die oben bereits erwähnte Wasserversorgung besondere Sorgen. Eine Tiefbohrung wurde vor zwei Jahren mit einem Kostenaufwand von 25 000 DM durchgeführt. Die Weiterführung des Vorhabens steht seit dieser Zeit still. Der staatliche Zuschuß wird noch nicht ausgezahlt. Die Gemeinde selbst, Gemeindeverwaltung und Bürger haben ihr Möglichstes getan. Von der Gemeinde wurde das Bohrloch finanziert, und jeder Haushalt hat mit 3000 DM für den Bau der Hauptleitung beigetragen. Außerdem müssen die Hauseigentümer den Hausanschluß selbst tragen. Obwohl die Erdarbeiten im Frondienst geleistet werden, fehlen doch noch erhebliche Mittel, vor allem für Pumpanlage und Hochbehälter.

Ein Sorgenkind ist die Gemeindestraße. Es könnte angenommen werden, daß in einem so abgelegenen Ort wie Mühlfeld die Beanspruchung der Straße gering ist. Genaue Feststellungen haben ergeben, daß an einem Tage durchschnittlich 20 Last- und Personenwagen und die zahlreichen Motorräder verkehren. Dazu kommen die Schlepper und Pferdefuhrwerke. Das befahrene Straßenstück von 1,5 km Länge ist nur für Fahrzeuge der Landwirtschaft vorgesehen gewesen und ist den derzeitigen Anforderungen nicht gewachsen, der Straßenunterbau ist viel zu schwach. Die Straße müßte von Grund auf neu gebaut werden. Stattdessen werden nur die Schlaglöcher mit Erde und Basaltsplitt ausgefüllt, diese Füllungen werden von den schnellen Rädern bald wieder herausgefegt. Man sagt, daß der Straßenwärter an diesem Stückchen Straße seine Lebensaufgabe gefunden hat. Hier fehlt wirkliche Hilfe, die Gemeinde kann mit ihren bescheidenen Mitteln die teure Angelegenheit nicht bewältigen.

Es ist erwiesen, daß reichere Gemeinden mit solchen Notständen nicht zu kämpfen haben. Denn für staatliche Zuschüsse muß der Antragsteller eine bestimmte Eigenleistung nachweisen. Bei unseren armen Grenzgemeinden ist es deshalb kaum möglich, in den Genuß von staatlichen Mitteln zu kommen. Gefördert werden die finanziell starken Gemeinden. Das System der Bezuschussung müßte geändert werden. Alle staatlichen Einnahmen aus den Gemeinden müßte man in einen Topf werfen, die Mittel, die für Zuschüsse vorgesehen sind, nach einem besser durchdachten Schlüssel verteilen.

Bildung im Grenzdorf

Die Herzöge von Meiningen waren immer bemüht, namhafte Künstler an die Bühne zu bringen. Auch die Musik stand in Meiningen hoch im Kurs. Waren doch die „Meininger“ auf Konzertreisen bis in England. Die Alten unseres Dörfchens zehren heute noch von den Besuchen des Theaters und der Konzerte. Jetzt sind wir vollkommen abgeschnitten. Mit dem Omnibus müssen weite Reisen nach Coburg, Schweinfurt, Bad Kissingen oder Würzburg unternommen werden, um

einmal etwas anderes als Kino zu erleben. Einen kleinen Ersatz bildet das Volkshausbildungswerk in Mellrichstadt, das im neuen Jugendheim Theaterabende der Fränkischen Wanderbühne bietet. Die Träger der kulturellen Arbeit sind Kirche, Schule und Turnverein.

In gemeinsamer Arbeit versuchen Kirche und Schule Bildung zu vermitteln. Es werden Vorträge gehalten, Lichtbilder- und Filmvorträge organisiert. Wir haben einen guten Kirchenchor und zwei ausgewählte Büchereien. Eine steht im Pfarrhaus für die Erwachsenen, die andere für die Kinder und die Jugend in der Schule. Im Winter werden von der Schule und dem Turnverein Theaterabende veranstaltet, die unter der Leitung des Lehrers stehen. Die Sportveranstaltungen des Vereins bilden für unseren Ort immer ein besonderes Ereignis, weil hier auch Sportler und Gäste aus der weiteren Umgebung zu uns kommen. Der neuangelegte Sportplatz wurde in Gemeinschaftsarbeit der dörflichen Jugend vor 3 Jahren fertiggestellt. Den Platz stellte die politische Gemeinde kostenlos zur Verfügung.

Die Schule verfügt über einen Turn- und einen Spielplatz auf dem Schulgrundstück. Er wird den Anforderungen ausreichend gerecht, während das Schulgebäude einer einklassigen Landschule nicht entspricht. Obgleich das Gebäude erst 1928 errichtet wurde, hatte der Bauherr nicht daran gedacht, einen Ausweichraum zur Stillbeschäftigung einzubauen. Wie segensreich dieser Raum ist, weiß jeder Landlehrer, erst recht, wenn er, wie wir vor 2 Jahren, 70 Schüler in seiner Klasse hat. (Durch den Abzug von Flüchtlingen und Evakuierten ist die Schülerzahl auf 50 gefallen, aber für die kommenden Jahre haben wir wieder eine steigende Tendenz zu erwarten.) Man sagt heute, daß die einklassige Schule den Anforderungen nicht mehr entspricht und hat eine Art Zentralschule im Auge. Wie auch die Entwicklung gehen mag, so sollte nicht vergessen werden, daß die dorfeigene Schule kaum zu ersetzen ist. Im kulturellen Mittelpunkt eines Dorfes liegt die Aufgabe einer Schule doch nicht nur darin, Wissen zu vermitteln, sondern vor allem auch darin, zu erziehen und den Menschen zu bilden. Wie wichtig ist gerade diese Aufgabe hier an der Zonengrenze, wo andere Bildungseinrichtungen nur dünn gesät sind.

Zur Zeit ist ein neuer Kindergarten im Bau, in dessen Erdgeschoß ein Gemeinschaftsraum für die Jugend eingerichtet wird. Der Bau wird unter der Leitung unseres Geistlichen durchgeführt und von der Kirchengemeinde finanziert. Die Gemeinde ist durch freiwillige Leistungen an Arbeitskraft und Geldspenden beteiligt. Der Pfarrer hatte erhebliche Schwierigkeiten, aus dem Grenzlandhilfsprogramm einen Zuschuß zu bekommen. Eigenartigerweise bleiben die Mittel in den Industriestädten, zum Beispiel in Schweinfurt, hängen. Der Begriff der Zonengrenze ist weit nach hinten gespannt.

Beitrag zur Sicherheit

Jenseits des 10-m-Streifens leben 17 Millionen Menschen, die unseres Volkes sind. Wie sehr wird das fast vergessen in den Teilen der Bundesrepublik, die fern von dieser Grenze leben. Die Menschen drüben aber müssen das Gefühl haben, daß wir uns mit ihnen beschäftigen, daß wir darauf brennen, mit ihnen vereinigt zu werden. Es wird sie stärken, ihnen ein Stück Sicherheit geben und ein Vertrauen. Wir sind an der Grenze diesen Gedanken näher und tragen auf diese Weise ein gut Teil zur Wiedervereinigung bei.

Schöpferischer Einsatz an der Grenze

KARLA DRABSCH

Industrialisierung scheint das Allheilmittel zu sein, wo es sich um Notstandsgebiete, um unterentwickelte Räume, um Grenzland handelt. Aber derartiges Denken ist einfallslos, mechanistisch. Neben der Möglichkeit industrieller Neuansätze bieten die vorhandenen bodenständigen Formen des Handwerks und des Gewerbesfleißes förderungswürdige Ansätze für eine schöpferische Entwicklungspolitik. Das Folgende soll anregen, vor allen Dingen zum Nachdenken.

Als mich vor 20 Jahren als Kunsthandwerkerin der Ruf erreichte, an der Grenze in der bayerischen Ostmark mitzuhelfen, arbeitslosen Stickerinnen neue Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, hatte ich zunächst keine Vorstellung von dieser Grenze, ihren Problemen, ihren Nöten, ihrer Gesamtsituation. Es drang nur an mein Ohr, daß viele Frauen seit Generationen große Handfertigkeiten in den verschiedensten Techniken erreicht hätten, daß aber trotz allerniedrigster Löhne die veralteten Muster keine Absatzmöglichkeit mehr böten und so die Menschen in Gefahr und Elend lebten. Abwanderungen und Arbeitslosigkeit lähmten ganze Gebiete.

Ich besuchte den Grenzraum. Kalter böhmischer Wind blies. Während sonst schon im Land Frühlingsstimmung herrschte, war hier noch winterliche Starre. Zu den entlegenen Dörfern führten kaum passierbare Straßen. Ärzte mußten von den Hauptstraßen aus Tag und Nacht wandern, um zu ihren Schwerkranken zu kommen. Menschen waren im Winter monatelang völlig abgeschnitten, lebten in ungepflegten, verkommenen Hütten, teilnahmslos, dumpf, rau und düster.

Eine dieser Hütten betrat ich. Es war Mittagszeit. In einer düsteren armeligen Küche saß eine Frau am Stickrahmen, barfuß mit dicker Brille, kränklich und abgehärmt. Sie sah kaum auf, als ich an ihren Stickrahmen trat. Sie stickte wie ein Motor an einer weißen Leinendecke Loch um Loch in Wickelajur. „Was bekommen Sie für diese Arbeit?“ fragte ich. „Für tausend Loch 50 Pf.“ Das war ein Stundendurchschnittsverdienst von 2 Pf. Sie kümmerte sich nicht um mich, um nur keine Zeit zu verlieren. Ich sah mich im Raum um. In der Ecke stand ein Bett. In den zerwühlten schmierigen Kissen saßen fünf Kinder und sahen mich erstaunt an. Sie hatten erbärmliche Lumpen an. Bei dieser Kälte konnten sie nicht draußen spielen. Später betrat der Vater die Küche. Er kam von der Waldarbeit, das Gesicht verarbeitet und abgestumpft. Die Frau ging an den Herd, goß über ein trockenes Brötchen im Teller eine Kelle heißen Wassers und stellte es hin. Das war das Mittagessen des Mannes.

Eine Arbeit, die nicht die Augen verdarb, nicht völlig schematisch war, aus der noch Kräfte den Menschen entgegenströmen konnten, die Freude, Stolz und Zufriedenheit über die eigene Leistung vermittelte und die handwerklichen Fähigkeiten der Menschen miteinbezog, das war das Gebot der Stunde. Die menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte rückten zunächst in den Mittelpunkt der Überlegungen. Dann aber kam ein weiterer sehr schwieriger Gesichtspunkt dazu. Wenn ein handwerklicher Artikel geschaffen werden sollte von bleibendem Wert, dann verbanden sich gleichzeitig damit kulturelle Aufgaben.

1000 Loch für 50 Pf! Und das über Rosengirlanden und alten Barockmustern,

über naturalistischen Blümchen und Schmetterlingen in Nachthemden und Bettwäsche mit Augerpulverstichen, die jede Sehkraft lähmten. So wuchs der Entschluß, aus sauberen gesetzmäßigen Techniken der Handstickerei, Muster zu entwickeln, die kein Augerpulver mehr waren, farbig und fröhlich und in schneller Einschulung von einfachen Menschen bewältigt werden konnten, Muster, die nach einem Naturgesetz aus der jeweiligen Struktur des Stoffes entwickelt wurden, großzügig angelegt, ohne Vorzeichnungen entweder aus dem Fadenzug oder aus einem Mittelpunkt heraus organisch von selbst aufblühend. Muster, die bei der Herstellung Überraschung und Begeisterung auslösen mußten. Was sollten diese Muster zieren? Auch das mußte überlegt sein. Wir richteten uns, um zum Kauf zu locken und damit Umsätze zu erzielen, an den empfindlichsten Punkt der Frau, an ihre Eitelkeit oder mehr noch an ihren Schönheitssinn und entwarfen passend zu den Stickereien Kleider und Blusen. Der Entwurf mußte in Schnitt und Stickerei einheitlich sein, eines sich aus dem anderen ergeben. Während der Arbeit entstand unter den Händen in unerschöpflicher Fülle Modell um Modell, ein ganz eigener Stil. Als dann auf der Leipziger Messe die Einkäuferinnen der Läden sich um den Stand drängten und die Auftragsbücher sich mit Bestellungen füllten, war der Beweis erbracht, daß unser Plan gelungen war.

So entstand in kurzer Zeit an der Grenze ein Werk, das die Aufgaben, die es sich gestellt hatte, erfüllte. Es war ein verkäuflicher Artikel entwickelt worden, der viele Menschen beschäftigen konnte mit tarifmäßig richtigen Löhnen. Die Einschulung auf die Muster war verhältnismäßig einfach. Die Stickerinnen arbeiteten mit Begeisterung und Freude. Die Stickerei selbst erfuhr einen neuen kulturellen Aufschwung. Hier wurde nicht in alten Stilen krampfhaft nach Mustern gesucht, hier wurde nicht bald barock, bald chinesisch, türkisch oder rumänisch nachgemacht, hier lief ein schöpferisch lebendiger Prozeß ab.

Viele hundert Frauen an der Grenze fanden Arbeit und Verdienst, der ihnen ermöglichte, die notwendigsten Dinge des Lebens zu haben. Nach wenigen Jahren wurde der Segen dieser Arbeit sichtbar. Die Häuser waren sauber gestrichen, die Menschen konnten sich besser ernähren und kleiden, Handwerker und Kaufleute hatten zu tun; wenn auch kein üppiges so doch ein fröhliches Leben. Oft halfen die Kinder mit, die groben Fäden aus den Stoffen zu ziehen, die Männer und jungen Burschen, wenn man am Abend gemütlich in der warmen Küche um den Tisch saß. Jeder hatte seine Freude und seinen Eifer mit daran. Anstatt das Leben zu zerstören und aufzulösen, band diese Arbeit die Familien und Menschen im Ort aneinander und machte sie zufrieden.

Um eine solche lebensfördernde Zelle kristallisiert sich dann folgerichtig weiteres Leben. Durch Nachwuchs entstand aus ähnlichen Überlegungen wiederum Neues. Der Wald war da mit Holz, das greifbar war und keine langen Transportwege brauchte. Es entstand ein männlicher Betrieb, in dem Holzschalen geschnitzt wurden, die schnell den Weltmarkt eroberten, weil sie modern und besonders edel und schön in der Form waren. Wichtig war, daß es leicht zu befördernde Gegenstände waren, die lohnintensiv hergestellt werden konnten, damit die hohen Frachtkosten tragbar wurden.

Wer mit den Aufgaben des Grenzlandes verantwortungsvoll betraut wird, mußte nicht nur um solche Dinge wissen, sondern sich auch Kräfte heranziehen, die jeweils die Mentalität und Fähigkeiten der Grenzlandmenschen kennen und daraus lebensfördernde Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Gäbe es viele solcher Zellen an der Grenze, entstünden Gebiete blühenden Handwerks.

Das bayerische Zonenrandgebiet

GEORG MULLER

Von Flensburg bis südlich Passau verläuft eine Grenze durch Deutschland. Auf ihrer Westseite liegt das sogenannte „Zonenrandgebiet“. Dieser etwa 40 km breite Streifen leitet seinen Namen von der Bundesgrenze zur Sowjetzone Mitteldeutschlands her, erfaßt aber mehr als sein Name vermuten läßt, denn auch die an die Ostsee grenzenden Kreise in Schleswig-Holstein und die Kreise längs der deutsch-tschechischen Grenze in Bayern rechnen mit hinzu. Das Zonenrandgebiet ist demnach ein Grenzstreifen längs des „Eisernen Vorhangs“.

Dieses Zonenrandgebiet umfaßt rd. 46 800 qkm oder rd. 19 vH. der Fläche des Bundesgebietes; in ihm leben gegenwärtig rd. 6,7 Millionen Menschen; das sind rd. 13 vH. der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes. Den größten Anteil an diesem Gebiet hat Bayern mit rd. 17 700 qkm oder rd. 38 vH. der Fläche. Von der Bevölkerung des Zonenrandgebietes leben 2 Millionen oder 30 vH. im bayerischen Teil. Ein Vergleich mit der Gesamtfläche des Landes Bayern (70 548 qkm) und dessen Einwohnerzahl (9,2 Millionen) zeigt, daß die Anteile des Zonenrandgebietes rd. 25 vH. bei der Fläche und rd. 22 vH. bei der Bevölkerung ausmachen.

Das bayerische Zonenrandgebiet ist nicht einheitlich zu beurteilen. Bei dem an die Sowjetzone grenzenden Streifen handelt es sich um ein Gebiet mit „blutender Grenze“ gen Osten. Hier ist volkswirtschaftlich Zusammengehöriges durch das Herablassen des Eisernen Vorhanges brutal zerschnitten worden. Das trifft insbesondere für den von Hof/Naila bis über Kulmbach-Bayreuth-Wunsiedel-Marktredwitz reichenden oberfränkischen Industrieraum zu, der ein Ausläufer des sächsisch-thüringischen Industriegebietes ist und dessen enge Verzahnung mit diesem Gebiet zerrissen wurde. Hier bestanden auch rege Wirtschaftsbeziehungen über die tschechische Grenze, die ebenfalls fast vollkommen abgebrochen sind. Das übrige längs der tschechischen Grenze gelegene Gebiet etwa von Tirschenreuth bis Passau/Wegscheid wird ausgefüllt vom Bayerischen Wald, der seit Jahrzehnten als Notstandsgebiet gilt und, am Rande des Gebietes der deutschen Volkswirtschaft liegend, in seiner Entwicklung zurückgeblieben ist. Die Aufnahme einer großen Zahl von Vertriebenen nach dem Kriege in dieses Gebiet, das seiner Bevölkerung schon vorher nicht die gleichen Existenzgrundlagen zu bieten vermochte wie andere Gebiete, hat in Verbindung mit der vollkommenen Abschnürung der Grenze und der Vertreibung der angrenzend wohnenden Sudetendeutschen die Notlage noch verschärft.

An den erwähnten oberfränkischen Industrieraum schließen sich im Zonenrandgebiet nach Nordwesten Räume an, die genauso wie der Bayerische Wald zu den sogenannten wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten Bayerns gehören. Es sind Teile des Frankenwaldes und des Thüringer Waldes sowie des Steinachtals, ferner die Rhön mit Grabfeld, die Haßberge und der Steigerwald. Daraus erhellt, daß sich der weitaus größte Teil des bayerischen Zonenrandgebietes mit Räumen deckt, die aus Gründen ihrer allgemeinen natur- und lagebedingten wirtschaftlichen Struktur als unterentwickelt gelten und deshalb im Rahmen der Landesentwicklungsplanung zu den Fördergebieten gehören. Einerseits wiegen die durch den Eisernen Vorhang bedingten Notstände besonders schwer. Andererseits kommen alle für die Fördergebiete vorgesehenen Entwicklungsmaßnahmen und die dafür eingesetzten Mittel auch dem Zonenrandgebiet zugute.

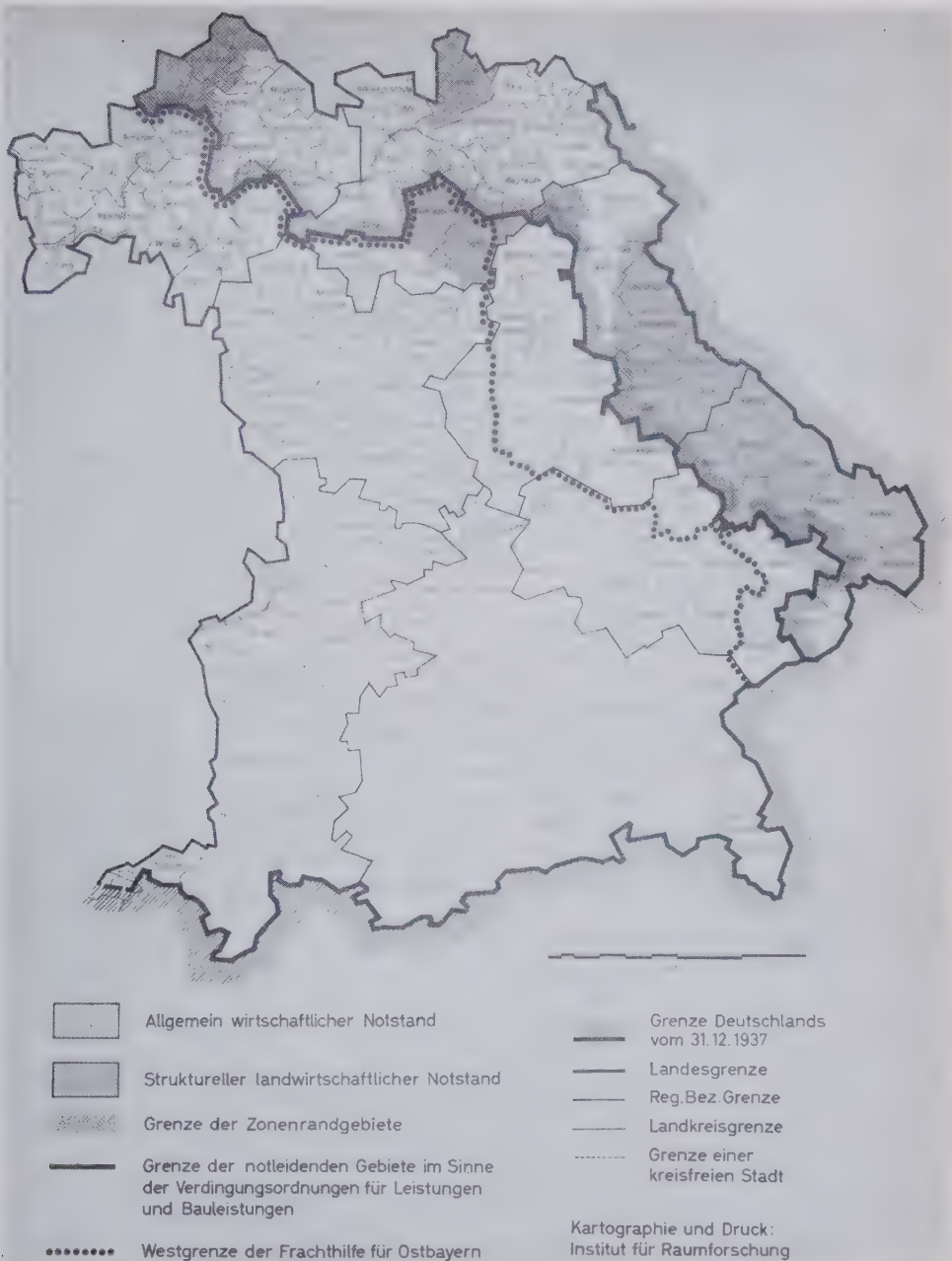
Wie die Karte veranschaulicht, liegen die vom Bund anerkannten Sanierungsgebiete in Bayern zum größten Teil im Zonenrandgebiet. Die eingesetzten Bundesmittel kommen fast ausschließlich dort zum Einsatz. Außerhalb des Zonenrandgebietes liegen von den anerkannten Sanierungsgebieten nur die Kreise Gemünden und Hammelburg in Unterfranken, Ebermannstadt und Pegnitz in der Oberpfalz sowie die niederbayerischen Kreise Landau, Vilshofen, Vilsbiburg, Eggenfelden und Pfarrkirchen. Die letztgenannten niederbayerischen Kreise werden allmählich aus der Sanierungsaktion ausscheiden, denn hier handelt es sich um einen landwirtschaftlich gesunden Raum, der in das Sanierungsprogramm aufgenommen worden ist auf Grund einer starken Überbesetzung mit Vertriebenen, denen hier keine Arbeitschancen geboten werden konnten und die deshalb zu einer hohen strukturell bedingten Dauerarbeitslosigkeit verurteilt waren. Die Umsiedlungsmaßnahmen haben inzwischen wesentlich zur Linderung der Not in diesen Gebieten beigetragen.

Die Abgrenzung des Zonenrandgebietes von Seiten des Bundes hat den Sinn, ein Gebiet zu kennzeichnen, in dem Sondermaßnahmen ergriffen, dem finanzielle Hilfe gegeben und Vorrechte eingeräumt werden. Dazu gehören die Hergabe von Zuschüssen und verbilligten Krediten sowie die Frachthilfe. Für die Frachthilfe ist in Bayern eine besondere Grenze festgelegt worden. Hier zählt der Bund die sogenannte „Frachthilfe Ostbayern“. Sie umfaßt neben dem Zonenrandgebiet fast den gesamten Regierungsbezirk Oberpfalz und die Kreise Straubing, Vilshofen und Pfarrkirchen außerhalb des Zonenrandgebietes. Die Grenze des Zonenrandgebietes deckt sich ferner mit der Grenze der notleidenden Gebiete im Sinne der Verdingungsordnungen für Leistungen und Bauleistungen; d. h. diese Grenzgebiete werden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt. Schließlich hat die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur wirtschaftlichen Förderung der Zonenrandgebiete erhebliche Mittel eingesetzt.

Aus zahlreichen Quellen des Bundes und des Landes sind Bayern für verschiedene Verwendungszwecke in den letzten Jahren Mittel zugeflossen, die alle dem Zonenrandgebiet Hilfe bringen und es wirtschaftlich fördern sollten. Eine Übersicht über die eingesetzten Geldmittel in den letzten Jahren gibt die folgende Aufstellung, in der die auf Bayern entfallenden Anteile genannt sind:

Bundes-Sanierungsprogramm 1951:	5,000 Mill. DM
" 1952:	7,800 " "
" 1953:	8,000 " "
" 1954:	8,600 " "
Grenzhilfeprogramm des Bundes 1954:	27,936 " "
Regionales Hilfsprogramm des Bundes 1955 (Im Jahre 1955 wurden die Mittel für das Grenzhilfeprogramm und das Sanierungsprogramm des Bundes zusammengelegt):	23,350 " "
Bayerisches Grenzhilfeprogramm 1954:	10,000 " "
Bayerisches Grenzhilfeprogramm 1955:	11,500 " "
Bundeshilfsprogramm zur Abgeltung der durch die Sperrung der Zonengrenze im Sommer 1952 entstandenen „akuten“ Schäden:	5,643 " "
Frachthilfe für Ostbayern und seit 1. 10. 1953 auch für das Zonen- randgebiet (Bundes- und Landesmittel)	
November 1950 — März 1953:	5,935 " "
April 1953 — März 1954:	5,655 " "
April 1954 — Mai 1955:	8,699 " "

Bayern mit Zonenrandgebiet



Karte entnommen den Informationen des Instituts für Raumforschung Nr. 4/1956. Originaltitel der Karte: Sanierungsgebiete 1954 — gemäß Beschluß des interim. Ausschusses für Notstandsgebietsfragen.



Alter Burgturm in Ostheim vor der Rhön



Vergessene Dörfer im Grabfeld (Unterfranken)





Werkstatthaus der „Kleid und Raum — Karla Drabsch KG“ in Pleystein/Opf. Die Werkstatt darf als eine der bedeutendsten ihrer Art in Deutschland angesehen werden. Die Produktion ist nicht auf handwerkliche Kleidung und Stickerei beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf moderne Möbel und Holzschalen.



Teil eines Werkstatttraumes. Z. Zt. arbeiten ca. 130 Leute im Betrieb, die Zahl der in Heimarbeit Beschäftigten schwankt zwischen 150 und 250. Die Organisation innerhalb der Arbeit ist so, daß hier zunächst die großen Winter- und Sommerkollektionen entworfen werden, die auf die Düsseldorfer und Frankfurter Messen kommen. Nach den dort eingehenden Bestellungen gehen sie in die Produktion. Nach Einkauf der Stoffe beginnt der Rohzuschnitt für die Stickerei, und alle zu stickenden Teile gehen in die Heimarbeit. Nach Ablieferung und Überprüfung der Stickereien wird in den Werkstätten fertig zugeschnitten, vernäht und anschließend versandt.

Schwerpunktprogramm 1951:	3,700	"	"
Kreditaktion zur Förderung der Wirtschaft im Zonengrenzgebiet 1953:	0,830	"	"
Darlehen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur wirtschaftlichen Förderung der Zonenrandgebiete,			
I. Tranche:	1,665	"	"
II. Tranche:	1,665	"	"

Insgesamt ist den Sanierungs- und Grenzgebieten in ca. 4 Jahren ein Betrag von 136 Mill. DM zusätzlich zugeflossen.

Hilfsprogramme für Sanierungs- und Grenzgebiete (Anteil Bayerns in 1000 DM)

	Fachliche Aufgliederung				Grenz- hilfe- progr. 1954	Regionales Hilfsprogr. des Bundes 1955
Verwendungs- zweck	Bundessanierungsprogramme:					
	1951	1952	1953	1954		
Landwirtschaft	1 100	1 625	1 085,2	1 453	2 810	2 676,3
Industrie	2 700	—	1 668	2 372	5 258,2	4 823
Handwerk	1 000	700	550	270	500	
Verkehr	—	—	—	—	—	4 690
Straßenbau	—	2 075	1 973	1 346	3 400	—
Eisenbahn	—	250	164,5	95	—	—
Fremdenverkehr	200	400	1 200	954	1 000	2 105
Wasserwirtschaft	—	885	784,3	2 110	—	—
Energie	—	1 865	25	—	—	—
Vers. W.	—	—	—	—	—	4 294,7
Berufsausbildung	—	—	—	—	2 500	1 921
Kultur	—	—	—	—	—	—
Ges. Wesen	—	—	—	—	—	—
Frachthilfe	—	—	550	—	9 497	2 700
Sonstiges	—	—	—	—	2 970,8	140
Summe:	5 000	7 800	8 000	8 600	27 936	23 350

Verwendungszweck:	Bayer. Grenzhilfsprogramme		Akute Grenzschiäden	Frachthilfe Ost- bayern m. Zonen- randgebiet Nov. 1950 bis Mai 1955
	1954	1955		
Landwirtschaft	2 425	2 150		
Industrie	873	3 000		
Handwerk	776	800		
Verkehr	970	600		
Fremdenverkehr	776	900		
Wohnungsbau	873	—		
Kultur	1 455	1 500		
Ges. Wesen	1 067	1 500		
Energie	485	400		
Sonstiges	300	650		
Summe:	10 000	11 500	5 643	20 289

Fachl. Aufglied. liegt nicht vor für Schwerpunktprogr. 1951	3 700	Summe d. Mittel f. ob. aufgeführte Programme:	128 118
Wirtsch. Förderg. 1953	830	Summe nebenstehender Programme:	7 860
Darl. d. BAVAV I. u. II. Tranche	3 330		
Summe:	7 860	insgesamt:	135 978

Eine regionale Aufgliederung der Mittel ist gegenwärtig nur für die Bundes-sanierungsprogramme 1951—1954 möglich. Sie kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Für die übrigen Hilfs- und Förderprogramme kann eine regionale Aufgliederung erst nach restloser Abwicklung gegeben werden.

Regionale Aufgliederung der Bundes-sanierungsprogramme (Anteil Bayerns in 1000 DM)

Bundessanierungsgebiet	1951	1952	1953	1954
Hohe Rhön	1 037,65	1 318,9	947,7	1 264,0
Frankenwald	1 179,40	1 963,5	967,5	939,0
Frankenjura	—	—	1 080,5	1 410,0
Bayer. Wald	2 782,95	3 985,1	3 938,3	4 360,0
Niederbayern südl. d. Donau	—	192,5	466,0	527,0
Summe:	5 000,0	7 800,0 ¹⁾	8 000,0	8 600,0 ²⁾

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die raumpolitische Situation des bayerischen Zonenrandgebietes nicht nur als Grenzproblem zu beurteilen ist, sondern — abgesehen von der besonderen Lage des darin eingebetteten oberfränkischen Industrieraumes — als allgemeines strukturbedingtes Notstandsproblem. Deshalb hängen die Fragen des bayerischen Zonenrandgebietes aufs engste mit der allgemeinen Landesentwicklungsplanung zusammen. In diesem Rahmen interessieren die Mittel und Möglichkeiten und die Ziele der Hilfsmaßnahmen, die darin für die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete vorgesehen sind. Was für diese angestrebt wird, kann den „Beiträgen zur regionalen Aufbau-planung in Bayern“ entnommen werden und sei hier abschließend zitiert³⁾. Zur Anhebung der Wirtschaftskraft der unterentwickelten Bezirke wird angestrebt:

„Verbesserung der Gesamtstruktur zur Herbeiführung einer gesunden agrar-gewerblichen Mischstruktur;

Ansiedlung von Industrie und Gewerbe zur Schaffung zusätzlicher Beschäf-tigungsmöglichkeiten;

hierzu Schaffung der Standortvoraussetzungen und zwar

Maßnahmen des Verkehrs: Bahnen, Autobahnen, Straßen, befestigte Gemeindewege etc.,

Verbesserung der Stromversorgung,

Schaffung ausreichender Wasserversorgungsanlagen und Abwasser-beseitigungsanlagen,

Siedlungs- und Wohnungsbau;

Schaffung günstigerer landwirtschaftlicher Produktionsverhältnisse;

Verbesserung der wasserhaushaltsmäßigen Verhältnisse;

Förderung des Fremdenverkehrs;

kulturelle Maßnahmen und Schaffung ausreichender Anlagen des Gesund-heitswesens;

steuerliche Erleichterungen und Tarifvergünstigungen.“

¹⁾ einschl. 340 000 DM, die regional nicht aufgegliedert werden können.

²⁾ einschl. 600 000 DM, die regional nicht aufgegliedert werden können.

³⁾ Vgl. Bernhard Kurtz „Die unterentwickelten Gebiete Bayerns im Rahmen einer regio-nalen Landesentwicklung. In: Raumforschung und Landesplanung — Beiträge zur regio-nalen Aufbau-planung in Bayern. Herausgeber: Willi Guthsmuths; als Sonderdruck aus den „Informationen“ 4/1956 des Instituts für Raumforschung — Bad Godesberg erschienen. Der zitierten Abhandlung sind auch die Tabellen dieses Beitrages entnommen worden.

Greifswald und der Schicksalsweg der deutschen Universität

Preußens älteste Hochschule begeht ihr 500. Stiftungsfest

HANS W. HAGEN

Es war immer ein besonderes Bild, wenn die Greifswalder Professoren in feierlicher Intrade zum akademischen Festakt in ihre Renaissance-Aula einzogen. Der Magnifizienz wurden zwei Szepter vorangetragen, der Rektor trug einen Hermelin-Überwurf und einen frühbarocken Herzogshut, wie er uns für die Zeit Philipps II. aus Gemälden des Velasquez vertraut ist. Pracht und Tracht sollten Würde und Alter seiner Stellung unterstreichen. Nichts wirkte atavistisch, sondern gewachsen und echt; das Gemeinwesen, das er als Rector magnificus repräsentierte, hatte ja auch seine Besonderheiten und Vorzüge: die Greifswalder Hochschule war die reichste und älteste Preußens. Über ein halbes Hundert Güter in pommerschem Größenmaß — das bedeutet keines weniger als tausend Morgen — wurden vom Güterdirektor verwaltet, und das Serum-Institut der Insel Riem lieferte die Grundsubstanz für die Impfstoffe, die in Deutschland gegen die Maul- und Klauenseuche hergestellt wurden.

Greifswald war 1456 von den pommerschen Herzögen aus dem Geschlecht der Croy gestiftet worden. Das Denkmal vor der Universität erinnert heute noch an den tatkräftigen Bürgermeister Rubenow, dem es gelang, der neuen Hohen Schule hier in der Stadt kurz vor der Mündung des Ryck in den Bodden die Heimstatt zu schaffen. Wir kennen beide, sowohl den ersten berühmten Studenten als auch den ersten Lehrer, der dann Weg und Schicksal der Universität bestimmte: Ulrich von Hutten entlud hier sein wildes Temperament, nicht anders als später in Frascati, und mußte um dieser Raufhändler willen das Land verlassen; Bugge-
hagen aber führte von Greifswald und seiner Lehrkanzel aus die Reformation an der Ostseeküste ein. Seither erklingen hier in den herrlichen backstein-gotischen Domen die Motetten und Madrigale des Protestantismus, und die Choräle Bachs vermögen den ungeheuren Hallenbau der Greifswalder „Dicken Marie“ ebenso zu füllen wie die schlanke Basilika der Nikolaikirche. Von hier aus drang die Welle der Reformation in die ungezählten Kirchen der Küste von Wolgast bis Wismar, von Stettin über Kolberg nach Danzig, und immer wieder heißen die Gotteshäuser wie in Greifswald: St. Jacobi, St. Nicolai, St. Marien. Der Croy-Teppich ist wohl das größte Kunstwerk, das die Universität aus jener Zeit bewahrt. Er hält die herzogliche Familie fest, die unter der Kanzel Luthers sich zur Predigt des Reformators und seines Gehilfen Bugge-
hagen versammelt hat und zu seinem Geist und Willen sich bekennt. Wenn dieses kostbare Wirk-Werk ausgestellt wird, nimmt es die ganze Stirnseite der Aula ein. Die besondere Zugehörigkeit Greifswalds zur Reformation währte bis in unsere Zeit, denn die Universität wurde Sitz der großen Luther-Ausgabe.

Das philosophische Dekanat aber schmückt das Porträt „Durchläuchtings“, und mancher Kandidat hat in seinen Examensängsten einen hilfeschuchenden Blick zu den gutmütig-verschmitzten Äuglein gesandt, deren Träger uns Fritz Reuter so liebenswert beschrieben hat.

So hat Greifswald vom ersten Augenblick an die Geschichte der deutschen Universität getreulich gespiegelt, und es ist nur recht und billig, wenn nun über

das Einzelschicksal der Ernst-Moritz-Arndt-Universität hinaus das Geschick der deutschen Hochschule überhaupt umrissen wird. Dem Leser sei überlassen, durch das Allgemeine hindurch dann jeweils das Besondere zu suchen und zu erkennen.

Ursprung der deutschen Universität

Bei aller Eigenprägung der deutschen Universität seien die Wurzeln nicht übersehen, die in Italien liegen. Aber es waren die Staufer, die jene im 11. Jahrhundert dort als Rechtsschulen gegründeten Anstalten während ihrer Herrschaft nun zu Bildungsstätten für die Beamten ausformten: Ravenna, Bologna, Padua. Nur mit dem dort erzogenen Beamtenstand konnte das Stauferreich als größte mittelalterliche Machtentfaltung gebaut und in seiner Vielgestalt und Größe zusammengehalten werden, konnten Sarazenen und Normannen, Italiener und Lombarden, Franken, Sachsen wie Schwaben in einen Staat gezwungen werden.

Nicht umsonst nennt Jakob Burckhardt den letzten Stauferkaiser Friedrich II. den ersten modernen Menschen — nicht zufällig entwickelten sich in den 38 Jahren seiner Herrschaft diese Hochschulen zu Universitäten. Als ihr Gegensatz blieben die Klosterschulen, die den mittelalterlich-scholastischen Geist pflegten und im Laufe der Entwicklung so sehr ins Hintertreffen geraten mußten, daß sie Hutten-Crotus Rubeanus dann zur Zielscheibe ihres Spottes werden konnten. Salerno stieg zur ersten medizinischen Universität auf, wo schon — für jeden Scholastiker ein fluchwürdiges Verbrechen! — in einem Anatomie-Theater Sektionen vorgenommen wurden.

Aber auch der Papst erkannte die neue Entwicklung und versuchte auf seine Weise Einfluß zu gewinnen. Die von den Staufern gewährte Freiheit und Selbstverwaltung der Universitäten wurde durch das Dekret des Papstes Honorius 1219 — Kaiser Friedrich II. ist also gerade sieben Jahre im Amt! — dahingehend eingeschränkt, daß die Wahl eines Lehrers vom zuständigen Bischof oder „Scholasticus“ lizenziert werden müsse. Es war wie heute im Streit um die Konkordats-Auslegungen und ihre Folgen für die Lehrerbildung: es geht um den Lehrer; wer ihn in der Hand hat, besitzt die geistige Gewalt über den Schüler. Universitas, das bedeutete zur Zeit der Begründung „universitas docentium et discentium“ also All-Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Die Verschiebung und Besinnung auf den Begriff „universitas litterarum“ erfolgte erst in der Blütezeit der Aufklärung.

In das Privileg der „universitas docentium et discentium“ griff der Papst ein mit der Forderung, der erfolgten Wahl eines Lehrers zustimmen zu müssen. Darüber hinaus hatte er sich den Konsenz, das Recht der Zustimmung zur Gründung jeder neuen Universität vorbehalten. Mit diesen beiden Machtmitteln, Aufsicht über die Lehrer und Konsenz zur Gründung neuer Anstalten, glaubte man die Menschen-Bildung durch die aufziehenden und wohl auch genau schon erkannten Gefahrenzeiten hindurch sicher steuern zu können. Ja, die erste Neugründung nördlich und westlich der Alpen, die Sorbonne in Paris, schien eine gerade Fortentwicklung dieser päpstlichen Vorsichtsmaßnahmen zu garantieren. Aus kirchlichen Anstalten hatte sich dort 1254 eine Universität entfaltet. Sonst blieb das Bildungswesen in Mitteleuropa noch ein ganzes Jahrhundert auf Kloster- und Domschulen beschränkt. Ihr geistiger Zusammenklang mit der Vorstellungswelt des Mittelalters und die Personalunion zwischen Lehrern und Geistlichkeit gewährleistete das Funktionieren im Sinne der Kurie.

Prag und die erste Gründungswelle

Doch da bricht an der Front zwischen Germanen und Slawen ein neuer Geist auf im nächsten Jahrhundert. Der Luxemburger Karl IV. baute seine Residenz Prag zum Bollwerk in diesem Grenzland aus. Es wiederholt sich der kirchlich-strategische Vorgang vor 400 Jahren, als man den alten Erztümern an Rhein und Mosel, Köln-Mainz-Trier, damals Magdeburg voranstellte, nun aber in geistig-kultureller Parallele. Der Kanzler des Kaisers, Johann von Neumark, schafft aus Gründen der allgemeinen Verstehbarkeit seine über die Dialekte erhobene Kanzleisprache und bereitet damit, anderthalb Jahrhunderte voraus, das gleichsam sprachtechnische Instrument für Luthers Reformation. Ohne diese in Prag vorbereitete Hoch-Sprache wäre der Siegeszug der Reformation weder in dieser Schnelligkeit noch in seiner Tiefe möglich gewesen. Luthers Sprachgenie und religiöse Inbrunst brauchten das bis dahin künstliche Verständigungsmittel der Hoch-Sprache nur mit der Glut seiner Seele und der Bildkraft seines Geistes zu erfüllen.

Daß Prag und der Hof Karls IV. der rechte Boden für diesen Aufbruch der Gemüter war, beweisen noch andere Tatsachen. Hier entstehen von Peter Parlers Meisterhand in den Triforienbüsten des Veits-Domes die ersten Bildnisse lebender Personen. Der Künstler schafft sogar mit seinem Selbstporträt das erste Eigenbild in unserem deutschen Kulturraum. Das ist Schöpfung aus bewußtem Renaissance-Geist. Das gesamte Mittelalter hatte das Problem des Selbstbildnisses nicht gekannt. Hier, an Karls IV. Hof, sucht Cola di Rienzi Zuflucht nach seinem mißlungenen Aufstand gegen den Papst als weltlichen Herrn von Rom. Und hier also erstand im Jahre 1348 die erste deutsche Universität. Während alles Politische Episode blieb, wurde damit die wichtigste und folgenreichste geistige Entwicklung eingeleitet. Wer die geistige Atmosphäre jener Zeit nachzuerleben fähig ist, dem erscheinen Zeitpunkt und Ort für diese Gründung als eine geopolitische Notwendigkeit, wie sie sich selten in der deutschen Geistesgeschichte ereignet hat.

Jetzt und von hier aus beginnt im Aufbruch des neuen Freiheitswillens, die Gründungswelle der Universitäten über ganz Deutschland zu fluten. Verschiedene Impulse verleihen ihr Intensität und zeitliche Dichte. Die Territorialfürsten drängen zur eigenen Betätigung und Bestätigung, die Hinwendung zur Renaissance und zum Humanismus befreit die Wissenschaften aus ihrem von der Scholastik geforderten Ancillen-Dasein, (*scientia ancilla theologiae* — Wissenschaft ist Dienerin der Gottesgelahrtheit), und schließlich der später ausbrechende Kampf um die Reformation und dann die Antwort aus dem Lager der Gegenreformation, — das alles läßt die Gründungswelle der Universitäten zu einer Sturmflut anwachsen, die sich über das ganze Land ergießt. So entstehen in den 200 Jahren dieser Schwellen- und Umbruchszeit und des seelischen Aufbruchs in Deutschland die Universitäten: Prag 1348, Wien 1365, Heidelberg 1386, Köln, 1388, Erfurt 1392, Basel 1400, Leipzig 1409, Rostock 1419, Greifswald 1456, Freiburg/Br. 1457, Ingolstadt 1472, Trier 1473, Tübingen 1477, Mainz 1496, Wittenberg 1502, Frankfurt/O. 1506, Marburg 1527, Königsberg 1544, Dillingen 1554, Jena 1558, Helmstedt 1576, Altdorf 1578.

Ringen um Reformation und Gegenreformation

Rund 200 Jahre dauerte die Umbruchszeit vom Mittelalter zur Neuzeit, das Ringen und die Ablösung vom geozentrischen und die Hinwendung zum helio-

zentrischen Weltbild, und wie aus einem frühlingssbereiten Boden wächst in dieser Zeit der erste Kranz der deutschen Universitäten. In einer Schwellenzeit, wie sie diese beiden Jahrhunderte dem rückblickenden Auge erscheinen, schichten sich Altes und Neues über- und durcheinander. Die Universitäten sind keinesfalls sofort als geistiger Kontrapost gegen das Mittelalter und seinen Repräsentanten, die Römische Kirche, entstanden. Das Dekret des Papstes Honorius wirkte noch lange Zeit weiter; erst der Landgraf Philipp von Hessen glaubte sich 1527 stark genug und geistig autark, seine Landesuniversität in Marburg zu gründen, ohne den päpstlichen Konsenz eingeholt zu haben. Er war ja der gleiche Landesherr, der zwei Jahre später Luther und Zwingli zum Religionsgespräch nach Marburg berief, — das dann ein für die Reformation so verhängnisvolles, weil ergebnisloses Ende nahm. Die Wittenberger erwiesen sich dort als politische Analphabeten, und an ihrer Unduldsamkeit scheiterte auch die geistige Gemeinschaftsfront der Reformation.

Dagegen konnte die Gegenreformation in diesen Riß ihre ersten Planungen einbauen. Der geopolitisch abgesteckte Raum der Wittenberger Reformation muß von außen gesichert werden. Von Wittenberg aus gesehen verläuft der äußere Ring auf den Verbindungslinien zwischen den Universitäten Prag-Wien-Basel-Köln-Rostock-Greifswald-Frankfurt/O. Innerhalb dieses Raumes kann man Leipzig als Refugium für das in den Hussitenstürmen verlorene Prag errichten.

Doch Rom, im ersten Ansturm der Reformation im Süden bis an die Alpen und im Westen wieder bis zum Limes und zum Rhein zurückgedrängt, baut mit Trier-Mainz-Freiburg/Br. den ersten Sperriegel. Einzig das Erztum Freising war völlig intakt geblieben. An dessen Westflanke und als Sperrfort an der Donau wird Ingolstadt ausgebaut. Und hier, auf diesem geistigen Sprungbrett, erschienen, in bezeichnender Korrespondenz zum Greifswald Huttners und Buggenhagens, die ersten Führer der Gegenreformation: Dr. Egck, der Disputator Luthers, und dann Canisius, der erste Führer der Jesuiten in Deutschland.

Mit dem Auftreten Luthers war die bis dahin gleichsam nur im Erwachen des humanistischen Geistes „unschuldig“ aufblühende deutsche Universität in die Entscheidung für oder gegen eine Reformation des Christentums gestellt. Das bisherige Anliegen war unausgesprochen gewesen, die Wissenschaft aus ihrem Ancillendasein zu befreien und ihre geistige Autonomie zu verteidigen. Nun aber, im Ringen um die Reformation, wurde dieser Prozeß der Selbstbefreiung des Geistes wieder um ein Jahrhundert aufgehalten; ja, schlimmer noch, Katholiken und Protestanten konnten die Universität als Vorposten ihrer geistigen Positionen benutzen. Während Greifswald, Rostock, Frankfurt/O., Königsberg noch mitten in ihrer neuen Aufgabe, also der Missionierung ihrer Provinzen im protestantischen Sinn standen, baute sich der Kern, repräsentiert durch Tübingen, Wittenberg, Marburg, Leipzig zum Zentrum aus mit der Aufgabe, den evangelischen Geist zu kanonisieren. Um diesen Kern lagerten sich die bewußt reformatorischen Neugründungen Dillingen, Jena, Helmstedt, Altdorf.

So traten sich Reformation und Gegenreformation gegenüber. Die Jesuiten als geistiger Stoßtrupp erkannten überall die Dammbüche. Es galt für sie, erst einmal abzuriegeln. Im Flutgelände wurden Jesuitenkollegs eingerichtet mit dem Ziel, sie nach kurzer Zeit zu Universitäten zu erheben. Planmäßig erstand folgender Sperr-Riegel: Würzburg (1582 aus dem Jesuitenkolleg von 1562), Prag (wo die neue Clementinische Akademie seit 1565 in klarer Kampfstellung und absichtlicher Konkurrenz zur Universität eigene Promotionen vollzieht), Olmütz

(1566 als Ableger von Prag errichtet und bereits 1573 zur selbständigen Universität erhoben), Breslau (im Parallelgang zu Olmütz 1636 von Prag aus gegründet und 1702 zur Universität graduert), Innsbruck (1562 Jesuitenkolleg, 1606 Universität), Graz (1573 Jesuitenkolleg, 1585 Universität), Salzburg, 1623 zur Universität erhoben. Im Westen Deutschlands wird oberhalb des Limes in die unsichere Flanke 1614 Paderborn eingebaut und die Domschule Osnabrück (1628) bereits zwei Jahre später zur Akademie erhoben. Wie man den Ausgang des Dreißigjährigen Krieges wertete, beweist die im gleichen Jahr gegründete Universität Bamberg.

Aufbruch der Aufklärung

Es ist wohl immer so in einer Zeit der geistigen Entscheidungen: die Verfechter überholter, vergehender Ideen geraten miteinander in Streit um ihre alten Werte und Leitbilder, und das Neue kann sich erst entfalten, wenn die Gestrigen sich gegenseitig zu Tode bekämpft haben. Während in Deutschland die Schweden und Kaiserlichen um Macht und Weltbilder noch stritten, die ihre Wurzeln im Mittelalter haben, konnten die neutralen Anrainer im Westen und Norden die Aufklärung als neue Weltanschauung unbefangen entfalten, — die Niederländer allerdings als wohlverdiente Frucht ihres heldenhaften Aufstandes gegen Spanien, das nicht zufällig die Heimat Loyolas war!

Jetzt, als Deutschland in Folge des Glaubenskrieges ein Trümmer- und Gräberfeld war, sollte durch die 1665 gegründeten Universitäten Duisburg und Kiel frische Luft in den über dem Lande lastenden Modergeruch einströmen. Im innersten Ring der Reformation, in Halle, schuf Thomasius durch Erhebung der dortigen Ritter-Akademie zur Universität die erste zentrale Stätte des aufgeklärten Geistes. Aber sein Nachfolger Christian Wolff mußte, beim Vater Friedrichs des Großen denunziert, nach Marburg fliehen. Der Geist der Pietisten aus den Franckeschen Stiftungen hatte in Halle gesiegt. Aus Leipzig antwortete die dort erstarrte Dogmatik der Gelehrten-Dynastie der Carpzows, deren hervorragendes Mitglied, Benedikt Carpzow, sich seines „Hexenhammers“ ebenso rühmte wie seiner tätigen Mithilfe bei ungezählten Hexenexekutionen. Aber als Friedrich der Große 1740 zur Regierung kam, war es eine seiner erster Herrschertaten, den Philosophen Wolff nach Halle zurückzurufen. Ein halbes Jahrhundert hatte genügt, um an allen nichtkatholischen Universitäten den Geist der Freiheit und Aufklärung obsiegen zu lassen, also den durch die Reformation vor 200 Jahren unterbrochenen Prozeß der Humanisierung zu vollenden.

So erklärt sich die merkwürdige Tatsache, daß der endgültige Durchbruch der gesamtabendländischen Aufklärung in Deutschland, durch Reformation und in ihrem Gefolge dann durch das politische Ereignis des Dreißigjährigen Krieges um anderthalb Jahrhunderte etwa Frankreich gegenüber aufgehalten, nun bis auf die Neugründungen von Göttingen (1737) und Erlangen (1743) mit dem alten Bestand an Hochschulen auskommt. Die Universitäten waren als Gefäß bereits so geformt, daß sie ohne weiteres den neuen Gehalt vollkommen fassen konnten. Herders Begegnung mit Goethe in Straßburg, Kants Wirken in Königsberg, Schillers Berufung nach Jena und die Formung der schwäbischen Klassik durch Tübingen waren Folgen dieses Prozesses, der Erfüllung der deutschen Universität mit den Gedankenwelten einer geistig-sittlich-aesthetischen Autonomie des Menschen. Alle Universitäten, die diese seelische Ausweitung organisch zu vollziehen im-

stande waren, erlebten jetzt eine Blütezeit. Als das Gegenbild erscheint Münster, das 1780 gegründet wurde aus Motiven, die auch bei Paderborn und Osnabrück Pate gestanden hatten. Hardenberg erlöste 1806 diese Anstalt, die nie über ihr rachitisches Kinderstadium hinausgelangen konnte, durch Schließung „wegen Ruflosigkeit“.

Im Freiheitskampf des Volkes

Während auf diese Weise die Gegenreformation an den deutschen Universitäten verebbte, trug die Welle der nationalen Begeisterung den Kampf gegen Napoleon. Fichtes „Reden an die Deutsche Nation“ sind die eigentliche Geburtsstunde und das geheime Gründungsdekret der Berliner Universität (gegr. 1810), deren erste Rektoren Savigny und Fichte wurden. Breslau wird ein Jahr später gegründet. Daß Friedrich Wilhelm III. zwei Jahre darauf von hier aus seinen Aufruf „An mein Volk“ zum Kampf gegen Napoleon erlassen kann, ist geradezu eine geopolitische Folge. Der Bogen von Königsberg, wo York die Preussischen Stände einberufen hatte, über das durch Fichtes Reden aufgeweckte geistige Berlin rundete sich zur Hauptstadt der jüngsten preussischen Provinz. Das knapp halbe Jahrhundert, seitdem im Hubertusbürger Frieden Schlesien endgültig von den Habsburgern an die Hohenzollern gekommen war, hatte genügt, um die alte jesuitische Universität verkümmern zu lassen; die Neugründung aber erwies sich gleichzeitig als der fruchtbare Boden der Erhebung. In Jena schworen 1817 die aus den Freiheitskriegen in die Hörsäle heimgekehrten Studenten, fortan in der „Deutschen Burschenschaft“ ihre im Krieg erlebten und erstrittenen Ideale weiterzupflegen. Ein Jahr darauf wurde in der neugegründeten Universität Bonn Ernst Moritz Arndt als erster Rektor berufen. Das sollte die Antwort und Absage gegen alle dort einst gepflegte politische und kulturelle Rheinbündelei sein.

So schien das großdeutsche Wollen als höchster Ausdruck des „Geistes der Zeit“ an den Hochschulen und in der Jugend verankert. Doch dieser Traum dauerte ein Jahr. Am 20. September 1819 nahm der deutsche Bundestag die „Karlsbader Beschlüsse“ an und öffnete damit der Metternichschen Reaktion Tür und Tor. In ihrem Gefolge feierte das Rheinbund-Denken fröhliche Urständ. Nicht nur Ernst Moritz Arndt wurde seines Amtes enthoben, auch in Jena wurde die Burschenschaft aufgelöst und als staatsfeindlich gebrandmarkt. Über das Land raste die Demagogen-Verfolgung. Männer wie der Turnvater Jahn oder Fritz Reuter sahen sich zu langer Festungshaft „begnadigt“, nachdem ihre Angehörigkeit zur Burschenschaft allein schon genügte, zum Tode verurteilt zu werden.

Bezeichnend für die Zeit ist der Weg der Universität München. In Ingolstadt 1470 gegründet und in der beginnenden Gegenreformation bewußt als geistige Sprungschance der Jesuiten ausgebaut, war sie 1800 nach Landshut verlegt worden. Nachdem Bayern, durch Napoleon zum Königreich erhoben, nun vom großen nationalen Sog erfaßt wurde, holte man die Universität 1826 in die Hauptstadt.

Straßburg, 1621 gegründet, hatte noch zu Goethes Studienzeit allen Réunionsplänen Ludwigs XIV. zum Trotz sein deutsches Gesicht bewahrt. Erst der napoleonische Zentralismus ließ diese Universität in die Zweitrangigkeit absinken, die seither jeder französischen Universität neben dem Mammut Sorbonne als Schicksal droht. Die Jahre 1870—1918 erlösten Straßburg aus einem provinziellen Schattendasein, in das es dann wieder verfiel und aus dem die vier Jahre im Zweiten Weltkrieg es nicht heben konnten.

Der Schlaf der Universität Münster dauerte nicht ganz 100 Jahre. Bismarcks Sturz schaffte dem Zentrum freie Luft. So wurde 1902 die Hochschule mit jenen Erwartungen wieder eröffnet, unter denen sie in ihrer zeitlichen Fehllage zur Goethezeit einstmals gegründet worden war. Aber trotz aller konfessionellen Patronanz konnte sich diese Anstalt ebenso wenig entfalten wie Frankfurt am Main, wo am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1914 die Universität gegründet wurde, die im Lauf ihrer Entwicklung außer dem Namen — aus der Zufälligkeit des Geburtsortes hergeleitet — nichts mit Goethes Geist zu tun hatte. Diese Anstalten bewiesen allesamt nur, daß satte Gründerzeiten durchaus nicht der geeignete Zeitpunkt für geistige Gründungen sein müssen. Aber auch Hamburg und Köln, beide 1919 als Ausgleich für die Verluste Straßburg und Posen gedacht, konnten kein besonderes Gesicht gewinnen. (Posen 1903 als Akademie gegründet. 1920 von Polen zur Universität erhoben).

Eine letzte Gründung muß erwähnt werden: nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Mainz unter der Patronanz französischer Kulturpropaganda nach jahrhundertelanger Verschüttung wieder ausgegraben. Kulturpolitische Reminiszenzen der Gegenrevolution und der alte Wunsch aller französischen Politik — den Durchstoß moselabwärts zum Rhein zu gewinnen — flossen hier zusammen. Im besetzten Deutschland kann die beim westlichen Nachbarn so sorgsam vermiedene Vermischung von Staat und Kirche sich ungehemmt zeigen, denn wir sind ja, wenigstens von Paris aus gesehen, das politische und geistige Vorfeld und Manövergelände. Rigoros sollte dieses Schoßkind der Sieger hochgepäppelt werden. So wurde eine andere Universität, Gießen, kurzerhand bestimmter Fakultäten beraubt und zur Halbuniversität degradiert.

Und was im Westen und mit der dort herrschenden Tradition des Rheinbundes mit Mainz möglich war, ist vielleicht auch der Wunschtraum bestimmter Kreise bei den Bemühungen um eine vierte Landesuniversität in Bayern. Kein Deutscher fände Gegengründe, wollte man damit eine Auffangstellung für die Verluste an deutschen Geistesfestungen von Königsberg bis Czernowitz schaffen, — und kein Ort wäre durch Tradition und Lage eher geeignet als die alte Reichsstadt Regensburg. Aber schon der Vorschlag Bamberg weist auf andere Ziele: Sollen damit nicht die Absichten wieder angestrebt werden, die bei der ersten Gründung der dortigen Universität im Jahr des Westfälischen Friedens bereits gesteckt und nur durch die Entfaltung der Aufklärung nicht erreicht werden konnten?

Greifswald im Sturm der Gegenwart

In dieser geistigen Situation begeht Greifswald am 16. Mai seinen traditionellen Rektorenwechsel und feiert in diesem Jahr die Erinnerung an das Bestehen seit 500 Jahren. Was lastet an Geschichte und Verpflichtung auf dieser Universität, die sich einst mit Stolz die älteste Hochschule Preußens nannte!

Kann die „alma mater gryphiswaldensis“ unter dem geistigen Führungsanspruch des Diamat, des dialektischen Materialismus, noch mit innerer Berechtigung den Namen Ernst-Moritz-Arndt-Universität tragen?

Zu ihrer Tradition ist eine neue Verpflichtung gekommen: sie ist jetzt die am weitesten nach Osten gelegene Universität, denn Königsberg heißt heute Kaliningrad, und um Kants Grab herrscht die geistige und biologische Steppe. Aber auch in

Breslau sollte mit der Vertreibung der Deutschen die lebendige Tradition der letzten anderthalb Jahrhunderte bewußt aus diesem Boden gerissen werden.

Ob Greifswald, durch seine „Nordischen Institute“ als geistige Brücke nach Skandinavien und Finnland gedacht, diese Funktion noch auszuüben imstande ist, erscheint uns zweifelhaft; auch für die Weiterführung der Lutherausgabe ist wohl die vom Diamat beherrschte Atmosphäre nicht das geeignete geistige Klima. Doch von diesem inneren Ringen ist wenig durch den Eisernen Vorhang gedrungen.

Vor einem Jahr jedoch wurde der offene Aufstand der Greifswalder Studenten bekannt. Sie wehrten sich gegen den Plan des Unterrichtsministeriums der DDR, den Besuch der medizinischen Fakultät allein den angehenden Ärzten der Volkspolizei vorzubehalten. Man vermied es, die im Ostsektor Berlins gelegene einstige Pépinière wieder zu beleben, und man baute auch keine der neuen medizinischen Akademien in Dresden, Magdeburg u. a. O. zur Ausbildungsstätte für den militärärztlichen Nachwuchs aus. Nein, Greifswald, das auf seinem Forum am Pommern-damm das modernste geschlossene Klinikgelände zu bauen begonnen hatte, sollte in seiner wissenschaftlich-freiheitlichen Bestimmung abgeschnitten und zur Fachschule umgebogen und nivelliert werden. Ob man die Tradition der großen Mediziner von Billroth bis Sauerbruch damit treffen wollte, die alle hier ihre erste Professur erhalten hatten?

Aber eins zeigte sich doch: der Geist Ernst Moritz Arndts ist dort noch wach, und auch wir wollten der ältesten preußischen Universität an ihrem Jubiläum sagen, daß wir sie nie aus dem gesamten geistigen Schicksal unserer Deutschheit entlassen haben. So wissen wir keinen besseren Glückwunsch für die alma mater und ihre Kommilitonen als die Mahnung Ernst Moritz Arndts, der nicht zufällig in Greifswald und Bonn gelebt und gelehrt, gestritten und gelitten hat, und dessen Wort für drüben ein Trost, für hüben ein Weckruf sei: „Das ganze Deutschland soll es sein!“

+

Im Augenblick, da wir unseren Brüdern in Greifswald diesen Geburtstagsgruß zurufen, erlebt München vom 7.—12. Mai die Schweizer Universitätswoche. Alle Rektoren der neun Hochschulen in der Eidgenossenschaft — ein Land mit einer Einwohnerzahl, wie sie bis zum Zweiten Weltkrieg Berlin hatte, unterhält allein sieben (!) Universitäten — sind gekommen, das Band wieder zu knüpfen, das unsere Kultur umschließt. Wir sehen in diesem Versuch die Geste, die mit dem Austausch zwischen München und der Sorbonne vor einem Jahr begonnen wurde, — und wir wollen die Hoffnung nicht verbergen, daß dieser Geistesbogen weiter geschlagen werde zu einer Universitätswoche im Austausch mit den stammes- und schicksalsverwandten Hochschulen in Österreich.